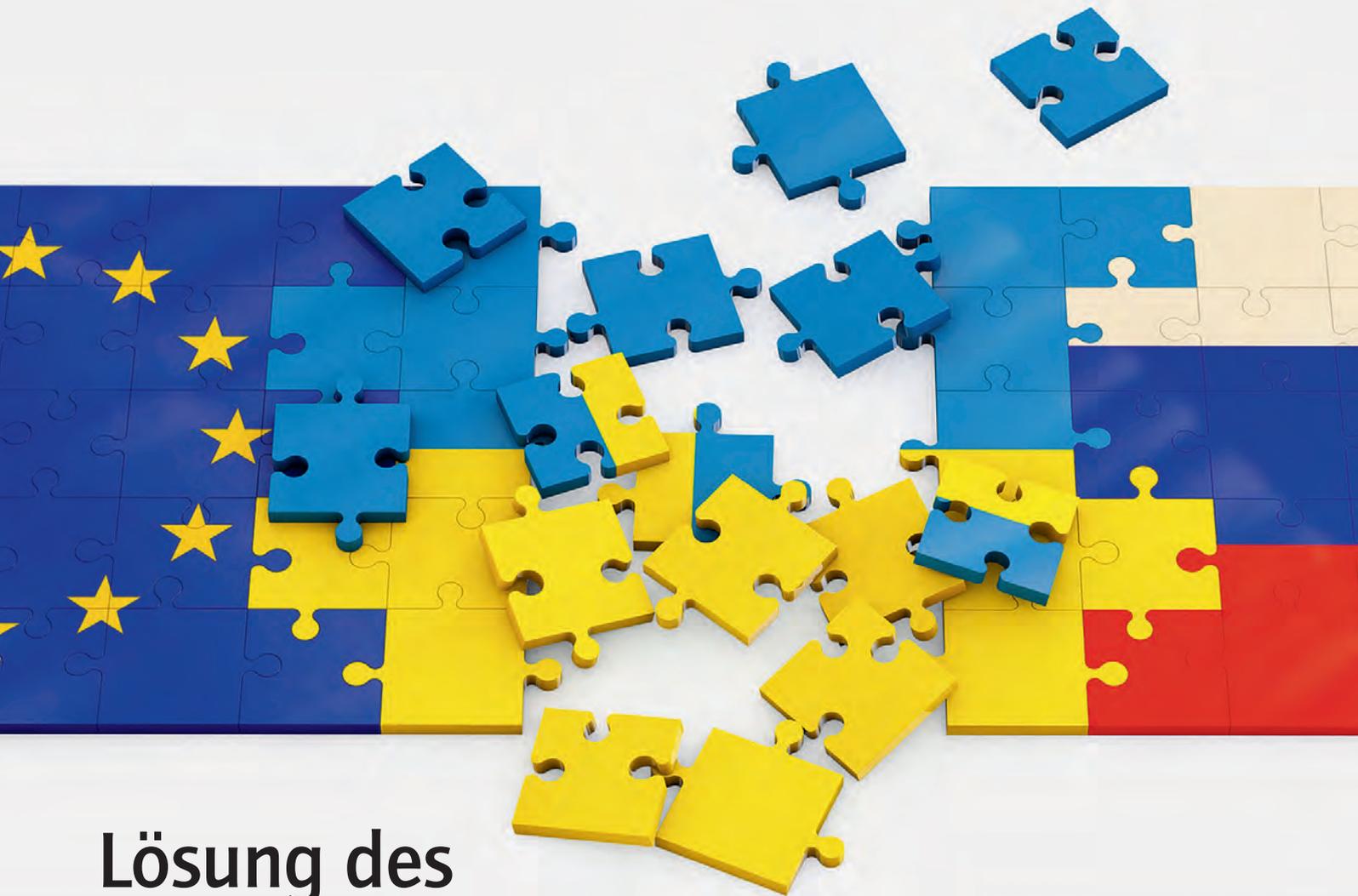
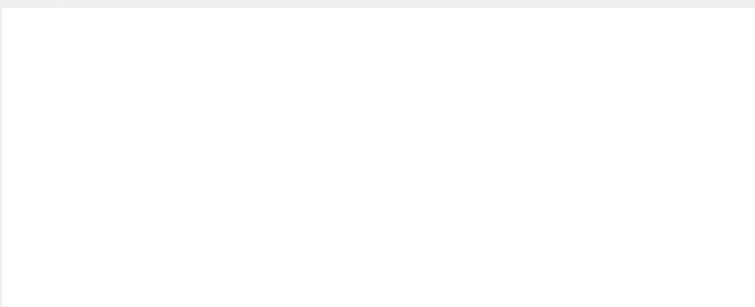


souverän



Lösung des
Ukraine-Konflikts

**Prüfstein
für Europa**



So souverän wie Sie.



Der neue Passat. Mit intelligenten Assistenzsystemen. So souverän wie Sie.

Im neuen Passat können Sie auf die Unterstützung vieler Helfer zählen. So gehören zum Beispiel Fußgängererkennung, Stauassistent und „Emergency Assist“ zum optionalen Fahrerassistenzpaket Plus. Damit bleiben Sie auch während der Fahrt ganz souverän. Apropos souverän: Auch bei der Wahl des Goldenen Lenkrads hat der neue Passat überzeugt und sich in der Kategorie Mittel-/Oberklasse den Spitzenplatz gesichert.*



Das Auto.

Kraftstoffverbrauch des Passat in l/100 km: kombiniert 5,3–4,0, CO₂-Emissionen in g/km: kombiniert 139–106. Abb. zeigt optionale Sonderausstattung. * Gewinner des Goldenen Lenkrads in der BILD am SONNTAG/AUTO BILD, Ausgabe Nr. 46/2014.

*Selbst geübte Journalisten sind besser
als die Profis, die ihnen sind Profis,*



Als das Hamburger Wahlergebnis unmittelbar nach Schließung der Wahllokale über die Kanäle lief, gab es für die Union nur eine Überraschung, dass es noch schlechter ausgefallen war, als man es ohnehin unter vorgehaltener Hand erwartet hatte. Nach den üblichen Kommentaren und „Aufarbeitungen in den Parteigremien“, wo oder was schief gelaufen war, und man jetzt genau wisse, woran alles gelegen habe, und die großen Strategen aus den verschiedensten Stäben natürlich bereits vorher alles gewusst und mit tragender Stimme zu Protokoll gegeben hatten, ging's bereits Tage später mit der üblichen Parteiarbeit weiter. Das war's! Und so fragt sich das eine oder andere biedere und brave Parteimitglied nun doch, wie es denn in Zukunft in Wahlkämpfen mitarbeiten und woran es glauben soll. Erst unbeugsamer Siegeswille und dann die lapidare Feststellung, an einem Wahlsieg hätte doch niemand ernsthaft einen Gedanken verschwenden können. War etwa der Applaus der Mannschaft bei der Kandidatenkür nur jenes Mindestmaß an Loyalität, die man sich allein der Optik wegen notgedrungen abringen ließ? Und schließlich halte ich es auch für eine miese wie bequeme und nicht korrekte Entschuldigung, eine Schlappe allein einer bestimmten Parteispitze zuzuschreiben. Diese Spitze wurde doch mit einer demokratischen Mehrheit beschlossen, so dass keiner der Beteiligten so tun kann, als habe er mit dem Wahlausgang nichts zu tun. An der Qualität des Spitzenkandidaten hat es gewiss nicht gelegen, mit Sicherheit nicht allein! Sich nach einer Wahlniederlage in die Büsche zu schlagen und feige zu verschwinden, gilt nicht, wohl gemerkt für jedes Parteimitglied! Wer auf Wahlsieg setzt, aber nicht daran glaubt, verliert an Glaubwürdigkeit, Überzeugungskraft und Autorität, er verliert sich im billigen politischen Taktieren. Für Christdemokraten gehört es sich, auch in der Niederlage zusammenzustehen und sie als neue Chance zu begreifen. Sind wir eigentlich noch ehrlich miteinander im politischen Alltag, trauen wir uns noch gegenseitig oder trauen wir uns schon selbst nicht mehr? Häufig komme ich ins Grübeln angesichts so mancher Grabenkämpfe, Ränke und Eifersüchteleien, von Häme ganz zu schweigen, und das angesichts globaler Herausforderungen, die unter den Bürgern Unsicherheit und Ängste hervorrufen, denen insbesondere Christdemokraten entgegentreten müssen. Wahlen gewinnt man nicht in nicht enden wollenden Diskussionen in Ausschüssen, Kommissionen, Vorständen und Fachgruppen, die sich nur mit Appellen an die Öffentlichkeit richten, aber keinen Bürger erreichen. Ebenso wenig kann Entschlossenheit hinter vorgehaltener Hand überzeugen. Auch der imaginäre Kopfschmuck eines Häuptlingsvorderen genügt allein nicht, im Getümmel der politischen Auseinandersetzung als Held emporzusteigen. Eine gute, überzeugte und beherrschte Truppe gehört dazu, der man die Freude bei der Arbeit ansieht, die nicht nörgelnd, langweilig und pessimistisch den Menschen begegnet, sondern mutig und freundlich und dabei bescheiden und einfühlsam und schon gar nicht hochnäsiger und mit erhobenem Zeigefinger. Und es muss eine Truppe sein, die auch zu Opfern bereit ist. Ich will als betagter Parteisoldat niemandem mit altklugen Litaneien auf

den Wecker fallen, und ich weiß auch, dass sich die Zeiten geändert haben. Aber erinnern sollte man sich trotz alledem einmal der Parteifreunde, die in früheren und weniger einfachen Tagen die Holzrahmen für Wahlplakate selbst gefertigt, sie anschließend mit Plakaten beklebt und diese auch bei Regen und Schnee und in der Dunkelheit aufgehängt haben. Heute wird solches Tun in der Regel gegen Bezahlung von Profis erledigt, zahlt man nicht, fehlen die Plakate. Und so frage ich mich doch, ob in diesem selbstverständlichen Verhalten seligen Angedenkens nicht auch die Entschlossenheit und der Kampfeswille der Union sichtbar wurde, die den Menschen Mut machte und unserer Partei Sympathien verschaffte.

Also müssen wir uns etwas Neues einfallen lassen. Allein Entertainer wollen die Menschen auch nicht, die in unzähligen Talkshows als Politiker neben fast immer den gleichen Schauspielern und Vertretern der unterschiedlichsten Unterhaltungsbranchen ihre Vorstellung geben. Die Wähler wollen Menschen von Fleisch und Blut, die in eine Veranstaltung kommen und nicht „erscheinen“, die sachverständig über Politik debattieren und die sich nicht wie manche Filmstars – mit großer Erfahrung, versteht sich – über die Bedeutung der Ehe auslassen, deren Filme aber länger laufen als ihr Bund fürs Leben. Ein Christdemokrat muss sich vor Ort im politischen Gedränge beweisen, Präsenz und Bürgernähe zeigen und vor allem Zuhörer sein. Wer das tut, der wirkt glaubhaft, und dem glaubt man auch, wenn er sagt, dass er auf Sieg setzt.

Neuerdings zeigt die CDU mit dem Generalsekretär und dem Vorsitzenden eines großen Landesverbandes erfreuliche Beispiele, wie man mit neuen Ideen mehr Profil und Anziehungskraft für die Union gewinnen kann. Wir wollen die Jüngeren gewinnen, das ist richtig, aber wir wollen die Älteren dabei auch nicht verlieren, das ist ebenso richtig. Beide, Jung und Alt, bilden das Rückgrat der Partei, der „Union der Generationen“. Und beide, Jung und Alt, nur beide gemeinsam schaffen demokratische Mehrheiten.

Die Wahl in Bremen steht vor der Tür, die Union bekommt eine neue Chance. Mit mehr Mut und mehr Selbstvertrauen können wir sie nutzen, mit Pessimismus und Verzagtsein sicherlich nicht. Die vorgehaltene Hand lassen wir diesmal in der Tasche!

*Mit freundlichen Grüßen
Ott Wulff*

Prof. Dr. Otto Wulff
Bundesvorsitzender der Senioren-Union der CDU Deutschlands



Titelthema:

Schöne neue Welt? Abschaffung des Bargeldes – auf dem Weg von der Vision zur Realität

6 Eine Lösung nach Schweizer Vorbild?

Interview mit Ralph Göhlert, Oberstleutnant der Reserve und Osteuropa-Vertriebsleiter eines US-Unternehmens

8 Kooperation statt Konfrontation

Ein Beitrag zum Ukraine-Konflikt von Philipp Mißfelder, außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

10 Um erfolgreich zu bleiben, müssen wir uns ändern

Dr. Peter Tauber, Generalsekretär der CDU, mit aktuellen Überlegungen zu einer Parteireform

11 Quo vadis, CDU?

Gedanken zur Parteireform in der CDU aus der Sicht der Senioren-Union

12 „Wir brauchen aufgeklärte Imame“

Mouhanad Khorchide, Professor für Islamische Religionspädagogik in Münster, zur aktuellen Diskussion um den Islam und Islamismus.

14 Kampf gegen Extremismus

Ein Interview mit Aiman Mazyek, Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland

18 Linke Lebenslügen

Professor Norbert Bolz zu den drei Mythen der deutschen Linken in Sachen Einwanderung und Integration

20 Eine Horrorvision wird langsam Realität

Die Abschaffung des Bargeldes – der gerade Weg in eine schöne (und bequeme) neue Welt? Ein Beitrag von Prof. Dr. Max Otte.

22 Griff in die staatliche Trickkiste

Fragen zur Steuer- und Abgabenbelastung in Deutschland an Matthias Warneke, Leiter des Deutschen Steuerzahlerinstitutes

24 Energiepolitik mit weniger Scheuklappen?

Ein Plädoyer für eine Energiewende, die alle energietechnischen Optionen ergebnisoffen überprüft

28 Konzepte für ein Wohlergehen ohne Wachstum

Die Diskussion um den demografischen Wandel muss endlich in sachgerechte Anpassungskonzepte münden, meint Dr. Reiner Klingholz

29 Strafverfolgung nach Kassenlage?

Der pensionierte Kölner Oberstaatsanwalt Egbert Bülles zur organisierten Kriminalität und ihrer Bekämpfung in Deutschland

34 Leserbrief

36 Erste Erfolge

Dr. Max Kaplan, Vizepräsident der Bundesärztekammer, über den Kampf gegen den Landärztemangel

37 Aus der Senioren-Union

38 Nachrichten aus der Europäischen Senioren Union (ESU)

39 Buchtipps/Initiativen

Impressum

Herausgeber
Senioren-Union der
CDU Deutschlands
Konrad-Adenauer-Haus
Klingelhöferstr. 8
10785 Berlin
Tel. 030 / 220 70 - 4 45
Fax 030 / 220 70 - 4 49
E-Mail seniorenunion@cdu.de
www.senioren-union.de

Verlag

Weiss-Verlag GmbH & Co. KG
Postfach 30 - 52153 Monschau
Geschäftsführer: Martina Schmitz
Verlagsleiter: Alexander Lenders
Tel. 02472 - 9 82 118
Fax 02472 - 9 82 77 114
alenders@weiss-verlag.de

Anzeigen und Beilagenkontakt

Verlagsrepräsentanten
Wolfgang Braun
Braun Medien GmbH
Riedelstraße 14
42349 Wuppertal
Tel. 0202 - 3 17 86 93
Fax 0202 - 3 17 86 95
kbmedien.braun@t-online.de

Auflage:

70000 Exemplare über personalisierten Posteinzelvertrieb, davon 58000 an Senioren-Union-Mitglieder und 12800 an CDU-Funktions- und Mandatsträger

Leserzuschriften an:

Senioren-Union der
CDU Deutschlands
Redaktion Souverän
Konrad-Adenauer-Haus
(Adresse s.o.)

Herstellung:

Weiss-Druck GmbH & Co. KG
Hans-Georg-Weiss-Straße 7
52156 Monschau
Layout: Ute Meurer

Redaktion:

Chefredakteur: Andreas Oberholz
Tel. 02056 - 5 73 77
Fax 02056 - 6 07 72
pressebuero_oberholz@t-online.de

Weitere Autoren dieser Ausgabe:

Egbert Bülles, Prof. Dr. Norbert Bolz, Alfons Gerling, Dr. Max Kaplan, Jan Peter Luther, Prof. Dr. Horst-Joachim Lüdecke, Prof. Dr. Max Otte, Dr. Götz Ruprecht, Fabian Schalt, Dr. Peter Tauber, Ulrich Winz,

Bildnachweis:

Dirk Reitze, Ulrich Winz, fotolia

Titelfoto: fotolia

Wussten Sie schon?

Was **Großeltern** für die Gesellschaft leisten ...

Großeltern werden immer jünger, das Durchschnittsalter bei der Geburt des ersten Enkelkinds liegt zurzeit bei 52 Jahren. Popsängerin Nena beispielsweise wurde mit 50 schon Oma, inzwischen ist sie dreifache Großmutter. Aber ob jung oder alt, Großeltern geben Wissen und Fähigkeiten weiter, stehen mit Rat und Tat zur Seite, schenken in nicht unerheblichem Maße Geld, unterstützen beim Lernen, beim Führerschein und vieles mehr.

Hier ein paar Schlaglichter zum Thema:

- ▶ Es gibt in Deutschland ca. 21 Millionen Großeltern – das sind mehr als die Einwohnerzahl der Schweiz und Österreich zusammen (16,6 Millionen).
- ▶ 17 Millionen davon haben mindestens ein Enkelkind unter 21 Jahren.
- ▶ Insgesamt mehr als zehn Millionen Großeltern sind online und nutzen ihre IT-Ausrüstung nicht zuletzt, um mit den Kindern und Enkeln zu kommunizieren.
- ▶ Jede Minute werden 1,3 Enkelkinder, d.h. jeden Tag 1.863 Enkel geboren (bei 680.000 Geburten p.a.). Jede Minute werden also vier Bewohner Deutschlands Oma oder Opa.
- ▶ Großeltern betreuen Enkelkinder: Sie bringen sie zum Kindergarten, gehen mit ihnen zum Spielplatz oder zum Arzt. Durchschnittlich wendet jede/r Fünfte im Alter von 40-85 Jahren 35 Stunden pro Monat für das Enkelkind auf. Bei ca.

45,1 Millionen Personen in Deutschland im Alter von 40-85 Jahren, ergibt das die unglaubliche Summe von 316.260.000 Stunden pro Monat oder 3.795.120.000 Stunden pro Jahr (Quelle: 35 Stunden DZA Deutsches Zentrum für Altersforschung)

- ▶ 3,8 Milliarden Stunden Enkelbetreuung pro Jahr entsprechen einem volkswirtschaftlichen Wert von gut 32 Milliarden Euro. Diese Summe entspricht dem Verteidigungsetat der Bundesrepublik Deutschland in Höhe von 33 Milliarden Euro (Basis der Berechnung ist der Mindestlohn 8,50 EUR/Std.; Quelle: Verteidigungsministerium Stand 2013).
- ▶ Nach einer Studie des Generali Zukunftsfonds helfen 37 Prozent der Großeltern bei finanziellen Schwierigkeiten, knapp ein Drittel bietet Unterstützung bei größeren Anschaffungen und 26 Prozent halten Geldanlagen für ihre Kinder bzw. Enkel vor. ■

Quelle: www.grosseltern.de, Deutsche Seniorenpresse Arbeitsgemeinschaft e.V., Generali Zukunftsfonds, Magazin Reader's Digest



Eine **Lösung** nach Schweizer Vorbild?



Der Konflikt in der Ukraine sorgt trotz des zweiten Minsker Abkommens im Februar für Hoffen und Bangen. Wie konnte die Lage dort eigentlich so eskalieren? Ein Rückblick im Gespräch mit dem Augenzeugen Ralph Göhlert, Osteuropa-Kenner, Oberstleutnant der Reserve und Beauftragter für Sicherheitspolitik im Reservistenverband der Bundeswehr im Kreis Düsseldorf.



Unser Interviewpartner Ralph Göhlert im Dezember 2014 auf dem Majdan in Kiew. Im Hintergrund eine propagandistische Bilderwand mit Aufnahmen von kämpfenden ukrainischen Soldaten.

Souverän: Herr Göhlert, Sie sind Vertriebsleiter für Osteuropa und Arabien eines amerikanischen Maschinenbauunternehmens, zudem mit einer Russin verheiratet. Die Ukraine und Russland sind dementsprechend häufige Reiseziele?

Göhlert: Natürlich. Ich bin seit zehn Jahren Vertriebsleiter für diese Gebiete, wir haben damals bei null angefangen. Inzwischen haben wir beispielsweise in der Ukraine drei Niederlassungen in Kiew, Charkow und Odessa mit insgesamt 20 Mitarbeitern. Für diese Tätigkeit muss man Land und Leute sehr gut kennen.

Dann haben Sie die Entwicklung seit November 2013, als die Proteste auf dem Majdan begannen, intensiv verfolgen können?

Ja, ich war im Dezember 2013 selbst auf dem Majdan und habe dort mit den Leuten gesprochen. Da war ein Konflikt Ost- gegen Westukraine noch gar nicht abzusehen, die Menschen einte der Protest gegen das korrupte Regime des damaligen Präsidenten Wiktor Janukowytsch. Es herrschte eine totale Aufbruchsstimmung, die auch der teils brutale Einsatz von Sonderpolizeieinheiten – ich habe selbst gesehen, wie eine Gruppe von Studenten von ihnen zusammengeschlagen wurde – nicht unterdrücken konnte.

Man sagt, unter den Protestlern seien auch faschistische Gruppen gewesen ...

Das stimmt, es waren kleinere Gruppen, alle in Schwarz gekleidet und mit dem Banner von Stepan Bandera ausgerüstet.

Wer ist das?

Eine sehr umstrittene Persönlichkeit. Während Bandera vor allem im Westen des Landes von vielen Ukrainern als Nationalheld verehrt wird, gilt er in der Ostukraine, aber auch in Polen, Russland und Israel, überwiegend als Nazi-Kollaborateur und Verbrecher. Bandera führte 1940 den radikalen Flügel der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) an. Diesen Verbänden wird vorgeworfen, am 30. Juni 1941 und noch vor dem Einmarsch der regulären deutschen Truppen ein Massaker in der Stadt Lemberg verübt zu haben. Hierbei seien rund 7000 Menschen, überwiegend Kommunisten und Juden, ermordet worden. Bandera selbst wurde 1959 von Agenten des KGB in München getötet.

Die in der Westukraine verankerte nationalistische Partei „Swoboda“ beruft sich auf Bandera?

Ja, sie erhielt bei den Wahlen zum Parlament aber nur 1,5 Prozent der Stimmen, obwohl sie zuvor in der Übergangsregierung vier Ministerposten und den Generalstaatsanwalt stellte. Diese Übergangsregie-

rung ist meiner Meinung nach für die heutige Situation verantwortlich, weil sie 1. Russisch als Amtssprache verbot, 2. den 9. Mai als Tag des Sieges über den Nationalsozialismus abschaffte und 3. dafür den Geburtstag von Stepan Bandera wieder als Feiertag einführte. Man stelle sich vor: Obwohl 98,5 Prozent der Ukrainer russisch und etwa 60 Prozent ukrainisch sprechen – der Unterschied ist vergleichbar dem Deutschen und Schwizerdütsch – sind nun Ukrainisch und Englisch die Amtssprachen. Dies wurde in den drei Ostprovinzen als Provokation empfunden.

Haben denn die Faschisten trotz des mageren Wahlergebnisses immer noch Einfluss?

Ja, sie stellen u.a. den neuen Polizeichef von Kiew. Der war vorher stellvertretender Kommandeur des Asow-Bataillons, einer im Frühjahr 2014 gegründeten rechtsextremen Miliz. Ihre Anhänger tragen als Abzeichen die Wolfsangel auf gelbem Grund, so wie die 2. SS-Panzerdivision „Das Reich“. Darüber hinaus gibt es weitere von Oligarchen aufgestellte und finanzierte Freiwilligenbataillone, wie etwa das ebenfalls mit rechtsextremen Kämpfern durchsetzte Ajar-Bataillon. Sie sind weit besser ausgerüstet und bezahlt als die normale, seit Sowjetzeiten eher marode ukrainische Armee. Diese Bataillone sind offiziell dem Innenministerium

unterstellt. Der Trick ist: Deshalb können sie gegen die Separatisten, in der Ukraine offiziell Terroristen genannt, eingesetzt werden. Die ukrainische Verfassung erlaubt eigentlich keinen Militäreinsatz im eigenen Land, aber eine Terrorbekämpfung gilt als Polizeiaktion und kann mittels Militär und der Freiwilligenbataillone durchgeführt werden.

(Anm. der Redaktion: Je nach Truppengattung umfasst ein Bataillon zwischen 300 und 1 200 Soldaten, das Asow-Bataillon schätzt man auf etwa 1 000 Kämpfer.)

Und die Separatisten in den Ostprovinzen Lugansk und Donezk – ohne russische Unterstützung könnten diese doch wohl kaum dem militärischen Druck solcher gut ausgerüsteten Verbände standhalten?

Das ist vermutlich richtig. Insgesamt schätze ich die Zahl der auf Seiten der Separatisten Kämpfenden auf anfangs rund 5 000 Menschen, Aufständische aus den Ostprovinzen, verstärkt um russische Freiwillige. Inzwischen sind es nach meinen Quellen (Stand: Anfang Februar) 30 000-35 000 Mann. Diese dürften nur bedingt mit russischen Waffen und Gerät ausgerüstet worden sein, weil es auf dem Gebiet der Ostukraine riesige Mengen an Waffen gibt. Die Depots dort waren voll, die Munition bergeweise vorhanden. Ihnen stehen etwa 40 000 Mann der ukrainischen Armee gegenüber plus die erwähnten Freiwilligen-Bataillone. An reguläre russische Truppen in einer Stärke von 10 000 - 15 000 Mann, wie von der NATO behauptet, glaube ich nicht. Ich habe den russischen Militärattaché danach befragt. Er antwortete, dass die dafür notwendige Logistik gar nicht zu verbergen wäre, der Westen also schon längst entsprechende Beweise hätte vorlegen können, wenn es solche regulären Truppen wirklich gäbe. Das erscheint auch mir als noch aktivem Reserveoffizier nachvollziehbar. Der Stabschef der ukrainischen Streitkräfte hat zudem Ende Januar in einem Briefing gegenüber ausländischen Militärattachés ausdrücklich bestätigt, dass es keine regulären russischen Truppen auf ukrainischem Boden gibt.

Wie schätzen Sie die Lage der Bevölkerung in der Ostukraine ein?

Putin hat recht, wenn er sagt, dass die aktuelle Regierung von Präsident Petro Poroschenko dort einen Krieg gegen das eigene Volk führt. Die Luftwaffe bombardiert Lugansk mit international eigentlich geäch-

teten Streubomben, seit Monaten gibt es keinen Strom, kein Wasser und kein Bankensystem in der Ostukraine. Die Menschen müssen durch die militärischen Linien hindurch, um sich Geld zu holen. Mindestens zehn Prozent der Summe müssen sie dann an Soldaten abgeben, damit sie wieder zurückgelassen werden. Poroschenko hat vor der Jahreswende in Bulgarien und Rumänien alte Panzer gekauft, um eine Großoffensive am Boden zu beginnen. Umgekehrt eröffneten die Separatisten eine Offensive auf Debalzewe.

Sind Sie Putin-Versteher?

Ich bin Russland- wie auch Ukraine-Versteher und wehre mich dagegen, dass solche Begriffe inzwischen wie Schimpfworte verwendet werden. Wir hier im Westen betrachten den Konflikt sehr einseitig, auch medial machen wir immer nur eine Seite verantwortlich. Da steckt doch Methode dahinter. Dass beispielsweise Herr Poroschenko seinen einträglichen Handel mit Schokolade- und Pralinenprodukten beim Hauptabnehmer Russland trotz des Konfliktes mit Moskau über neuerrichtete Umpackfabriken in Weißrussland munter weiterbetreibt, interessiert hier offenbar niemanden. Meine Sorge ist, dass die Ukrainer und ihre untereinander zerstrittenen Oligarchen sich instrumentalisieren lassen für einen geopolitischen Konflikt zwischen West und Ost. Welches Interesse sollte eigentlich Russland an der maroden Schwerindustrie in der Ostukraine haben? Da liegt ein Interesse des Westens an der Ausbeutung der vermuteten Bodenschätze und Schiefergasvorkommen schon näher, insbesondere wenn man weiß, dass die entsprechenden Kontrakte von westlichen Konzernen gehalten werden.

Aber muss man nicht auch in die Waagschale werfen, dass Putin die Krim völkerrechtswidrig annektiert hat?

Die Krim hat eine wechselvolle Geschichte, gehörte lange Zeit zur Türkei, 250 Jahre zum Zarenreich. Katharina die Große hat Russen und Kosaken dort angesiedelt. Bis zur Revolution auf dem Maidan teilten sich die russischen und ukrainischen Streitkräfte mit jeweils etwa 22 000 dort stationierten Soldaten diesen strategisch überaus wichtigen Marinestützpunkt. Nach dem Sturz von Janukowytsch musste Russland befürchten, dass dort NATO-Truppen stationiert würden. Welche Handlungsoptionen blieben ihm vor diesem Hintergrund, wenn man zudem bedenkt, dass die

oft zitierte Schenkung der Krim an die Ukraine durch Chruschtschow im Jahr 1954 aus russischer Sicht auch rechtswidrig war, weil sie als Willkürakt Chruschtschows ohne jede Beteiligung der damaligen sowjetischen Institutionen erfolgte.

Was ist eigentlich aus den ukrainischen Soldaten dort geworden?

Nach der Übernahme der Krim in die Russische Föderation haben sich die ukrainischen Truppen dort wie folgt aufgelöst: 18 000 Mann sind in die russischen Streitkräfte eingetreten; 2 000 Mann wurden auf eigenen Wunsch entlassen, blieben aber als Zivilisten auf der Krim, weitere 2 000 wurden auf eigenen Wunsch entlassen, kehrten aber in die Ukraine zurück. Die dort stationierten Marinesoldaten indes haben sich mitsamt ihren Schiffen der russischen Marine angeschlossen.

Wie kann, wie sollte es weitergehen in diesem Konflikt?

Die EU sollte der Regierung Poroschenko nur in dem Maß Hilfgelder zur Verfügung stellen, wie es ihr gelingt, Lösungen für den Konflikt zu finden. Denkbar ist zum Beispiel eine Art Föderalismus nach Schweizer Vorbild. Dort leben ja auch mehrere Sprachgruppen unter einem staatlichen Dach. Weitere Sanktionen werden nach meiner Einschätzung lediglich dazu führen, dass die Russen sich nach anderen Lieferanten umsehen.

Das alles wird aber von Tag zu Tag schwieriger, denn wer sich als Politiker für eine Wiederannäherung der beiden Landesteile einsetzt, wird im besten Fall ausgelacht, in der Regel aber als feindlicher Agent diffamiert. Die Kiewer Politik hat als einziges Projekt gegenüber der Ostukraine deren Unterwerfung auf dem Programm. Die Volksrepubliken im Osten der Ukraine hingegen scheinen sich noch nicht darüber im Klaren zu sein, was sie wirklich wollen, zumal dort im Moment heftige Flügelskämpfe im Gang sind. Es gibt Stimmen – immer weniger –, die eine Rückkehr zu einem pragmatischen Nebeneinander mit Kiew fordern, aber auch solche, die von einer Offensive in Richtung Kiew phantasieren. Die Bevölkerung will – das sagen laut US-Sender Radio Liberty auch ukrainische und westliche Quellen – nach den Bombardements des letzten Sommers nichts mehr davon wissen, unter ukrainischer Herrschaft zu leben. Letztlich wollen die Menschen aber nur noch Frieden. ■

Das Interview wurde Mitte Februar 2015 geführt.

Kooperation statt Konfrontation

Das deutsch-russische Verhältnis muss auf eine neue Grundlage gestellt werden. Ein Beitrag von Philipp Mißfelder, dem außenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Die Minsker Vereinbarung vom 12. Februar 2015, die nach 16-stündigen Verhandlungen abgeschlossen werden konnte, ist ein herausragender Erfolg der intensiven diplomatischen Bemühungen unserer Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel. Die Vereinbarung gibt Hoffnung auf einen dauerhaften Waffenstillstand im Osten der Ukraine. Dass auch Russland zu einer baldigen Beendigung des Konflikts bereit zu sein scheint, zeigt die Tatsache, dass Präsident Putin während der Verhandlungen den nötigen Druck auf die Separatisten ausgeübt hat, damit diese das Abkommen ebenfalls unterzeichnen. Entscheidend ist nun, dass alle Konfliktparteien ihrer Verantwortung gerecht werden und sich dauerhaft an die Übereinkunft halten. Die direkten Verhandlungspartner müssen gemeinsam mit der OSZE den begonnenen politischen Prozess laufend überprüfen.

In Minsk wurde eine Möglichkeit zur Beendigung des Blutvergießens erreicht. Dies ist eine Voraussetzung für die Lösung des Konflikts um die Ukraine. Vor allem aber ist es ein entscheidender Schritt für die Menschen, die in den Gebieten von Donezk und Lugansk leben und jeden Tag die Gräueltaten des Krieges hautnah erdulden müssen. Bis zu einer politischen Lösung des Ukraine-Konflikts wird jedoch noch einige Zeit vergehen.

Vor dem Hintergrund dieses Konflikts haben sich in den vergangenen Monaten die Beziehungen zu Russland als äußerst schwierig erwiesen. Europa erlebte eine der schwersten Krisen seit dem Ende des Kalten Krieges, indem ein ständiges Mitglied des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen mit der Annexion der Krim einseitig bestehende Grenzen in Europa verändert und damit gegen bestehendes Völkerrecht verstoßen hat. Der Verhandlungserfolg von

Minsk und der deutsche Beitrag dazu zeigen jedoch: Sowohl die Bundesregierung als auch zahlreiche Mitglieder des Deutschen Bundestags, von Stiftungen und politischen Vereinigungen wie der Seniorenunion der CDU waren bereit, als engste Partner Russlands in der EU die vorhandenen Gesprächsfäden nicht abreißen zu lassen. Zahllose Treffen und Telefongespräche von Bundeskanzlerin Angela Merkel mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin gingen dem Verhandlungsmarathon von Minsk voran.

Kooperation zur Lösung globaler Herausforderungen

Ungeachtet der Krise in der Ukraine hat Deutschland viele gute Verbindungen mit Russland. Beide Länder teilen eine jahrhundertalte, oft bewegte Geschichte. Angesichts etwa 27 Millionen Toter, welche die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg zu beklagen hatte, ist es eine historische Verpflichtung, dass Deutschland und Russland friedlich zusammenarbeiten.

Deutschland und Russland sind sich geographisch nah und kooperieren in vielen wirtschafts-, kultur- und sicherheitspolitischen Fragen. Viele Herausforderungen unserer Tage, wie etwa Rüstungskontrolle, die Befriedung internationaler Konfliktherde, die Herausforderungen des Klimawandels oder der Kampf gegen den internationalen Terrorismus, sind nur zusammen zu lösen.

Deutschland und Russland haben gemeinsame Aufgaben, Ziele und Interessen. Deshalb muss das deutsch-russische Verhältnis im positiven Sinn auf eine neue Grundlage gestellt werden.

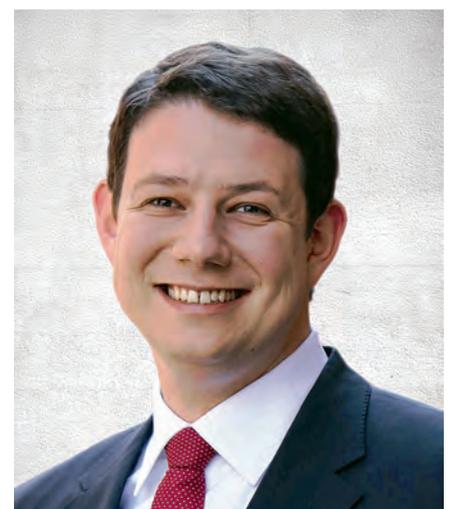
Neben den politischen Herausforderungen muss ein zentraler Punkt die Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit nach der Aufhebung der Sanktionen sein. Deutschland und Russland ergänzen sich in ihren jeweiligen wirtschaftlichen Gegebenheiten geradezu ideal: Während Deutschland eine der höchstentwickelten produzierenden Industrien überhaupt bietet, die eine breite Palette von Maschinen, Anlagen und Fabrikaten zur Verfügung stellt, besitzt Russland ein fast unerschöpfliches Ausmaß an Rohstoffen und Bodenschätzen, auf welche die deutsche Industrie dringend angewie-

sen ist. Durch Kooperation und freien Handel ergeben sich Wohlstandsgewinne für alle beteiligten Partner. Der Westen sollte sich selbstkritisch fragen, ob es nicht eine kluge Entscheidung gewesen wäre, die unzähligen Angebote anzunehmen, welche die Präsidenten Putin und Medwedjew im wirtschaftlichen wie im sicherheitspolitischen Rahmen wiederholt gemacht haben, anstatt sie weitgehend zu ignorieren. Es war ein mutiges Zeichen, dass unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel auf dem zurückliegenden Weltwirtschaftsforum in Davos den Vorschlag eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes von Wladiwostok bis Lissabon erneut aufgegriffen hat.

Gemeinsamer Werteraum

In der Schaffung eines gemeinsamen Werteraumes muss auch die NATO ihr Verhältnis zu Russland überdenken. Das westliche Verteidigungsbündnis sollte sich unter ihrem neuen Generalsekretär, dem früheren norwegischen Ministerpräsidenten Jens Stoltenberg, wieder stärker auf Artikel 2 des NATO-Vertrages berufen, der die Mitglieder zu friedlichen und freundschaftlichen internationalen Beziehungen aufruft. Dies sollte Kooperationsangebote an Russland einschließen.

Neue Herausforderungen in einer Welt im Umbruch zeigen, dass im 21. Jahrhundert nicht mehr eine reine Politik der Stärke verfolgt werden kann. Das Prinzip „Wandel durch Annäherung“ hat sich dabei in der historischen Rückschau als äußerst erfolgreich erwiesen und sollte als Wegweiser für die Zukunft gelten. Kooperation statt Konfrontation. Reden statt Schießen. Das muss zukünftig der Maßstab des politischen Handelns bleiben. ■



Philipp Mißfelder MdB

Alte Steine? Nein, lebendige Geschichte!

Mehr Informationen:
www.denkmalschutz.de

30 Jahre Deutsche Stiftung Denkmalschutz

Herausragende Bauwerke kannte man schon in der Antike – und hat die wichtigsten von ihnen schon damals zu „Weltwundern“ erklärt. Bis heute werden Kulturen daran gemessen, was sie – allen Widrigkeiten zum Trotz und häufig über Generationen hinweg – an Kunst- und Bauwerken erschaffen haben. Die Bewahrung dieser einzigartigen historischen Baukultur bedeutet nicht die Rettung alter Steine, sondern, die Erlebbarkeit unserer Geschichte und künstlerischer Schaffenskraft unverfälscht und unmittelbar weitergeben zu können.

Diese einmaligen Zeugnisse unserer Geschichte zu erhalten ist die Aufgabe der Deutschen Stiftung Denkmalschutz (DSD). Die Deutsche Stiftung Denkmalschutz ist die größte private Initiative für Denkmalschutz in Deutschland. Sie setzt sich seit 1985 bundesweit kreativ, fachlich fundiert und unabhängig für den Erhalt von bedrohten Baudenkmalen ein. Ihr ganzheitlicher Ansatz ist in Deutschland ein-

zigartig und reicht von der Notfall-Rettung bedrohter Denkmale, pädagogischen Schul- und Jugendprogrammen bis hin zu bundesweiten Aktionen wie dem „Tag des offenen Denkmals“. Im April 2015 wird die Deutsche Stiftung Denkmalschutz 30 Jahre alt.

Die Stiftung konnte dank der aktiven Mithilfe von über 200 000 Förderern bereits mehr als 5 000 Projekte mit mehr als einer halben Milliarde Euro in ganz Deutschland unterstützen. Über 460 Denkmale, von der Dorfkirche bis zur historischen Dampflok, fördert die Stiftung jährlich. Doch immer noch gibt es zahlreiche Denkmale, die akut bedroht sind und dringend Hilfe benötigen.

Bewahren auch Sie Einzigartiges – retten Sie mit!

Spendenkonto Commerzbank AG:

IBAN: DE71 500 400 500 400 500 400

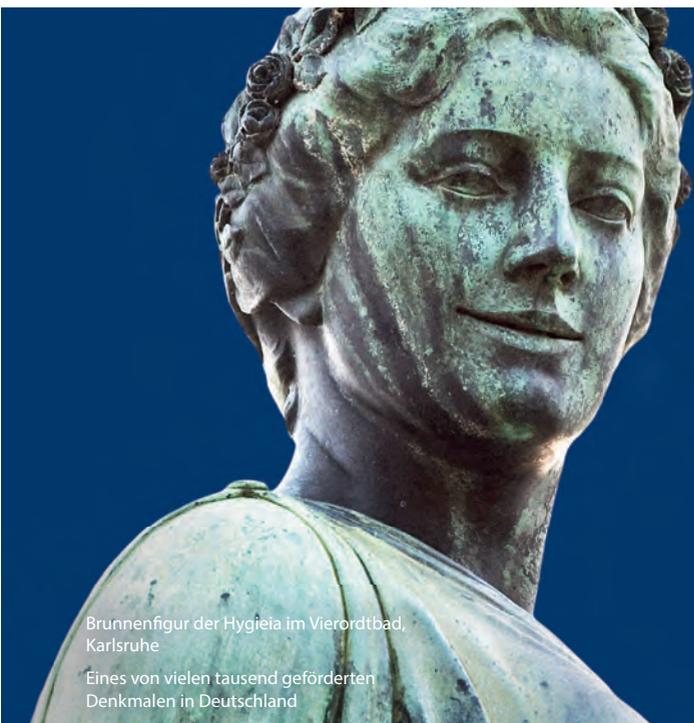
BIC: COBA DE FF XXX

Kto-Nr: 305 555 500, BLZ 380 400 07



Faszination Denkmal: Die Deutsche Stiftung Denkmalschutz setzt sich seit über 30 Jahren für den Erhalt einzigartiger Bauwerke ein.

Foto: DSD/R.Rossner



*Ihre Hilfe
bringt Denkmale zum Lächeln.*

Danke

für 30 Jahre Denkmalschutz

Brunnenfigur der Hygieia im Vierordtbad, Karlsruhe

Eines von vielen tausend geförderten Denkmalen in Deutschland

Dank Ihrer Spenden konnte die Deutsche Stiftung Denkmalschutz in den letzten 30 Jahren mehr als **5000 Denkmale** in Deutschland fördern. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung – **bitte retten Sie weiter mit!**

Spendenkonto

Commerzbank AG

IBAN: DE71 500 400 500 400 500 400

BIC: COBA DE FF XXX

www.denkmalschutz.de



DEUTSCHE STIFTUNG
DENKMALSCHUTZ

Wir bauen auf Kultur.

Um **erfolgreich** zu bleiben, müssen wir uns **ändern**



Ein Beitrag von Dr. Peter Tauber, Generalsekretär der CDU Deutschlands.

Wenn ich derzeit in unserer Partei unterwegs bin und über die Parteireform spreche, werde ich auch von älteren Mitgliedern immer wieder gefragt: Warum machen wir gerade jetzt eine Parteireform? Ist das überhaupt notwendig? Ich muss dann immer an das berühmte Zitat von Thomas Morus denken: „Tradition ist nicht das Bewahren der Asche, sondern das Weitergeben des Feuers.“ Wir als CDU befinden uns derzeit in einer Position der Stärke: Wir sind die stärkste Volkspartei in Deutschland, durch unseren Wahlsieg bei der Bundestagswahl 2013 und die vielen Direktmandate sind wir fast überall im Land gut verankert. Diese Chance müssen wir nutzen. Wir wollen, dass die CDU auch in Zukunft noch politische Heimat für unsere Mitglieder ist, die uns teilweise seit Jahrzehnten treu sind und ohne die die CDU nicht das wäre, was sie ist: eine starke politische Gemeinschaft.

Und schließlich wollen wir auch in Zukunft die politische Gestaltungskraft in Deutschland bleiben. Das bedeutet für mich: Die CDU muss eine Volkspartei bleiben, die auf drei Grundüberzeugungen steht, die sich ungeachtet aller tagesaktuellen Anpassungen nicht ändern werden. Das christliche Menschenbild wird auch künftig hand-

lungsleitend sein, und zwar über Konfessionsgrenzen hinweg. Die zweite Säule ist die Soziale Marktwirtschaft nach Ludwig Erhard. Sie enthält die Botschaft, dass jeder, der sich anstrengt, es zu etwas bringen kann und dass die, die hinfallen, jemanden finden, der ihnen beim Aufstehen hilft. Die dritte Säule unserer Erzählung ist die Liebe zum Vaterland. Für uns sind Schwarz-Rot-Gold keine beliebigen Farben. Diese drei Grundpfeiler sind für uns identitätsstiftend. Es war und ist die Stärke der CDU, es immer wieder geschafft zu haben, neue Antworten auf aktuelle Herausforderungen zu geben, ohne dabei diesen ureigenen Markenkern aufzugeben.

Und wir stehen organisatorisch vor aktuellen Herausforderungen: 1 000 Menschen treten durchschnittlich jeden Monat in die CDU ein, und trotzdem verlieren wir im Saldo Mitglieder. Weniger Mitglieder bedeuten weniger Verankerung vor Ort, weniger kreative Ideen, weniger Einnahmen, weniger Spenden. Ein besonderes Problem ist die demografische Entwicklung. Wir sind stolz auf die Erfahrung und das Engagement unserer älteren Mitglieder. Heute liegt das Durchschnittsalter der CDU-Mitglieder bei 59 Jahren. Ein Drittel unserer Mitglieder verlieren wir deshalb, weil sie leider versterben.

Das bedeutet, unsere Mitgliedschaft bildet die Bandbreite unserer Gesellschaft zunehmend weniger ab. Das Gleiche gilt für unsere Wählerschaft: 2013 lag der Frau-

enanteil unter den CDU-Wählern bei 55,7 Prozent. Der Anteil der Frauen unter den CDU-Mitgliedern liegt aber nur bei rund 25 Prozent.

Die Veränderungen gehen aber tiefer. Wir sehen in unserer Gesellschaft die abnehmende Bereitschaft zu langfristigem Engagement. Wir sehen gerade bei jungen Leuten häufige Wohnort- und Arbeitsstellenwechsel. Für uns als Parteien heißt das: Wie gehen wir mit dem Grundsatz um, dass man nur dort politisch aktiv sein kann, wo man seinen Wohnsitz hat? Wir sehen, dass Handys und Internet die Kommunikation zwischen Parteien und Mitgliedern und zwischen Parteien und Bürgern grundlegend verändern. Dabei bietet dieser Trend uns Parteien viele Chancen: Wir hatten noch nie so viele, so einfache Möglichkeiten, Bürger und Mitglieder zu informieren oder mit ihnen ins Gespräch zu kommen.

Dies alles zeigt: Um erfolgreich zu bleiben, müssen wir uns ändern. Was das konkret bedeutet, daran arbeiten wir derzeit in der Kommission „Meine CDU 2017“. Im Mittelpunkt steht dabei die stärkere Wertschätzung der Mitglieder. Auch deshalb beteiligen wir unsere Mitglieder auf allen Ebenen und in jeder Phase der Kommissionsarbeit. Da geht es aber auch um den Mehrwert der CDU-Mitgliedschaft insgesamt. Vor allem im Umgang mit neuen Mitgliedern und im Aufbau von künftigen Amts-, Mandats- und Funktionsträgern können wir noch besser werden – etwa durch Patenschafts- oder Mentorenprogramme. Zudem wollen wir das Wissen und die Interessen der Mitglieder noch stärker nutzen und vernetzen. Im Sommer wollen wir den Entwurf für die Modernisierung der Parteiarbeit vorlegen und dann auf unserem Parteitag im Dezember in Karlsruhe beschließen. Insgesamt ist für mich klar: Die CDU braucht keine Revolution, sondern eine Evolution. Wir müssen das bewahren, was uns stark macht, und das verbessern, was nicht so gut läuft. Vor allem aber müssen wir offen, selbstbewusst und neugierig sein. So, wie es die CDU immer war. ■

Parteireform:

Quo vadis, CDU?

Eine Parteireform, wie sie von CDU-Generalsekretär Dr. Peter Tauber derzeit vorangetrieben wird, muss auch die Vereinigungen stärken.

Ist die CDU vom Aussterben bedroht? Wer z.B. am 23. Juni 2014 auf der Internetseite von „Die Welt“ gestöbert hat, konnte womöglich diesen Eindruck gewinnen. Der Artikel „Wie die CDU ihr Aussterben verhindern will“ befasste sich mit dem Plan von CDU-Generalsekretär Peter Tauber, die CDU Deutschlands reformieren zu wollen. Worum geht es dabei? Tauber will die CDU „jünger, weiblicher und bunter“ machen, denn: Das durchschnittliche CDU-Mitglied ist ca. 59 Jahre alt. Das gilt übrigens auch für die SPD, die CSU und die Linkspartei. Zum Vergleich: Die Mitgliedschaft in der Senioren-Union beginnt (in der Regel) mit 60 Jahren.

Wer sich ein wenig in der Politik und der Parteienlandschaft auskennt, der weiß, dass vor allem die beiden großen Parteien CDU und SPD seit vielen Jahren unter rückläufigen Mitgliederzahlen leiden und ihre Mitgliedschaft altert. Die Mitgliederzahl der CDU lag 1990 noch bei ca. 790 000, um bis Ende 2013 auf rund 467 000 zu sinken, unabhängig davon, ob die CDU Oppositions- oder Regierungspartei war. Wissenschaftlich fundierte Prognosen sagen der CDU und SPD bis 2040 – vor allem aufgrund des demografischen Wandels – ein Absinken der Mitgliederzahlen voraus, auf bundesweit etwa rund 200 000 (Quelle: Nicolai Dose und Anne-Kathrin Fischer: Mitgliederschwund und Überalterung der Parteien: Prognose der Mitgliederzahlen bis 2040, S. 892-900, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 4. Ausgabe 2013, S.898).

Es ist Realität, dass Parteien für die Bürger längst nicht mehr erste Wahl sind, wenn es ums aktive Mitmachen geht. Die Funktion der Interessenbündelung ist für die Parteien komplexer geworden, die Konkurrenz zwischen Parteien und anderen Politikanbietern – vor allem Bürgerinitiativen, neuen sozialen Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen – um diejenigen, die sich engagieren wollen, hat sich



in den letzten Jahren deutlich verschärft. Vor diesem Hintergrund sind die Ziele von Peter Tauber, die CDU zu modernisieren, attraktiver aufzustellen und die Bedürfnisse der Mitglieder künftig stärker als bislang zu berücksichtigen, richtig und ein positives Signal an die gesamte Mitgliedschaft.

Aber: Bevor ein Haus renoviert wird, sollte man wissen, was wirklich renoviert werden muss und was eben nicht. Wo liegen die Stärken des Hauses, wo seine Schwächen. Kurz gesagt: Das Haus sollte in Gänze analysiert werden, um dann die entsprechenden Maßnahmen zur Renovierung einzuleiten. Gleiches gilt für die Parteireform der CDU. Grundlage für alle kommenden Reformmaßnahmen der CDU sollte eine Mitgliederstrukturanalyse sein. Die SPD hat 2010/2011 – als Opposition – eine umfassende Parteireform geplant und auf den Weg gebracht, die durchaus beispielgebend ist. Im Vorfeld der Reform hatte die Parteiführung einen umfangreichen Fragebogen an ihre Ortsvereine und Parteigliederungen verschickt, um sich einen umfassenden Überblick über das Binnenleben der Partei zu verschaffen. Die Ergebnisse sind bekannt und waren überwiegend ernüchternd. Durchaus positiv war aber die relativ gute Rücklaufquote aus den Ortsvereinen von rund 44 Prozent.

Mit Blick auf die CDU sollte gelten: Insbesondere die Arbeit, die Strukturen und die Rahmenbedingungen der Vereinigungen sowie ihre Zusammenarbeit mit der Mutterpartei sollten zwingend untersucht werden. Die Vereinigungen gehören zur CDU wie die Butter zum Brot. Wichtig wäre

deshalb, genau zu prüfen, wie man Mitglieder bzw. Sympathisanten der CDU in den Vereinigungen motivieren kann, sich stärker als bislang in die politische Arbeit einzubringen. Die Wahrscheinlichkeit, dass es hier brachliegende Potenziale gibt, ist hoch. Die Vereinigungen sollen ja auch in Zukunft „Brücken“ der CDU zu den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen sein. Diese Brücken muss die CDU pflegen und stärken. Auch wenn jede Vereinigung ihre Berechtigung hat, sollte aus strategischen und wahltaktischen Gründen vor allem die Senioren-Union durch eine Parteireform gestärkt werden. Von zentraler Bedeutung für den Erfolg wird sein, den persönlichen Nutzen einer CDU-Mitgliedschaft bzw. den Nutzen einer Mitgliedschaft in einer Vereinigung der CDU künftig wieder stärker erkennbar zu machen. ■

Fabian Scholt

Elbe

Seniorenwohnungen „Bellevue“
Im Kurgebiet Hitzacker (Elbe)
Von Privat zu vermieten
2 Zi., 55 m², ab 199,- + NK mtl.
Neubau, Fahrstuhl, Balkon, Garage.
Betreuung möglich, gegenüber im
Alten- u. Pflegeheim „Bellevue“
Gratisprospekte: Tel. 05862- 97550
www.peter-schneeberg.de

Professor-Wohlmann-Straße



Ausbildung für den islamischen Religionsunterricht:

„Wir brauchen aufgeklärte Imame“

Als Professor für islamische Religionspädagogik an der Universität Münster vertritt Mouhanad Khorchide die moderne islamische Theologie. Auch Bundespräsident Gauck machte seinem Zentrum für islamische Theologie bereits die Aufwartung, denn Khorchide zeichnet ein friedliches Bild der islamischen Theologie.



Souverän: Herr Professor Khorchide, bitte geben Sie unseren Lesern einen kurzen Einblick, was an Ihrem Lehrstuhl konkret im Mittelpunkt steht ...

Prof. Khorchide: Ich bilde Religionslehrerinnen und Religionslehrer für den islamischen Religionsunterricht aus. Dabei steht ein reflektiertes Islambild im Mittelpunkt, in dem der Islam nicht als dogmatische oder als Gesetzesreligion gelesen wird, sondern als eine Quelle der Entfaltung von Spiritualität und Ethik. Die Ausarbeitung des Lebensbezugs des Islam ist zentral, um mit der Lebenswirklichkeit der jungen Muslime in Deutschland und Europa zu korrespondieren. Die jungen Menschen sollten letztendlich befähigt sein, die islamische Tradition zu reflektieren, nichts unhinterfragt hinzunehmen und somit ihre Religion selbst zu verantworten und selbst zwischen menschenfreundlichen und menschenfeindlichen religiösen Angeboten zu unterscheiden.

Immer wieder wird betont, dass die Glaubenslehre des Islam keine gewaltbetonte, politische Ideologie zulässt. Wie kommt es dann Ihrer Meinung nach zu extremen religiösen Auslegungen wie bei Taliban oder IS? Lässt der Koran nicht doch extreme Auslegungen zu?

Der Koran, übrigens wie auch die Bibel, spricht Gewalt an. Das ist keine Frage. Dadurch bieten unsere heiligen Bücher zugleich Potenzial für Missbrauch, für Gewalt. Wir finden aber auch innerhalb der islami-

schen Tradition die eine oder andere Position, die Gewalt in bestimmten Situationen bejaht, was jedoch für uns heute keineswegs akzeptabel ist. Die Frage ist, wie geht man heute im 21. Jahrhundert mit diesen Positionen bzw. koranischen Stellen um, die im 7. Jahrhundert auf der arabischen Halbinsel im Zug von kriegerischen Auseinandersetzungen entstanden sind? Nur die historische Kontextualisierung dieser Stellen, das heißt, sie in ihrem Entstehungsrahmen zu lesen, entschärft sie. Extremisten lesen solche Stellen als Imperative im Sinne: Tötet Nichtmuslime, weil sie Nichtmuslime sind. Die historische Kontextualisierung zeigt allerdings, dass es sich bei diesen Stellen und Positionen um politische Debatten, in denen auch Kriege geherrscht haben, handelte und keineswegs um Glaubenskriege. Dort, wo Frieden geherrscht hat, spricht der Koran eine friedliche Sprache, und dort, wo Krieg geherrscht hat, werden diese entsprechend vom Koran kommentiert.

Viele Bürger hierzulande sehen die Muslime in der Pflicht, an der Bekämpfung der Extremisten aus den eigenen Reihen mitzuwirken. Im Handelsblatt fand sich im Januar das Zitat: „Sie werden sich daran messen lassen müssen, inwieweit sie die deutsche Demokratie verteidigen, statt die Extremisten in den eigenen Reihen zu dulden. Wie könnte so etwas überhaupt aussehen? Überfordert ein solches Ansinnen nicht die Strukturen einer Glaubensgemeinschaft?“

Um sachlich zu bleiben, müssen wir das Phänomen Extremismus in all seinen Implikationen anschauen. Extremismus ist keineswegs ein rein religiöses Phänomen. Religion spielt eine Rolle als Legitimation für Gewalt, und zwar im Namen des Heiligen. Die Ursachen dafür, warum sich junge Menschen für Gewaltmilieus und für gewaltbejahende Lesarten des Islam begeistern lassen, liegen im sozialen und psychologischen Bereich. Fehlende soziale Bindung in der Gesellschaft und fehlende Anerkennung, weil man z. B. im Bildungssystem bzw. auf dem Arbeitsmarkt nicht weitergekommen ist, begünstigen stark die Rekrutierung in Gewaltmilieus. Auch die eigenen Erfahrungen von Gewalt in der eigenen Sozialisation dürfen nicht außer Acht gelassen werden. Das heißt, dass das Extremismusproblem, auch im Namen des Islam, kein rein islamisches Problem ist, sondern eines, das uns alle in unserer Gesellschaft angeht. Wir brauchen ein Geflecht an gesellschaftlichen Maßnahmen im Bildungssystem, auf dem Arbeitsmarkt, in der Jugendarbeit, in der Vermittlung eines großen „Wir“, zu dem selbstverständlich auch die Muslime gehören. Die Moscheegemeinden können dafür sorgen, dass ein offenes und friedliches Islambild stärker unter den Muslimen kommuniziert wird. Dafür brauchen wir aufgeklärte Imame, die den hiesigen Kontext sehr gut kennen, damit sich gerade die jungen Muslime von ihnen angesprochen fühlen. Die Ausbildung von Imamen an deutschen Universitäten, die gerade vor ein paar Jahren begonnen hat, ist ein enorm wichtiger



Schritt in die richtige Richtung. Die muslimischen Gemeinden müssen diese Imame aber auch anerkennen und ihnen entsprechende Berufsmöglichkeiten in ihren Gemeinden eröffnen.

Hunderttausende von Muslimen weltweit leiden selbst unter der religiös motivierten Gewalt von Terrorgruppen wie Al-Qaida, IS oder Boko Haram. Gibt es eine interne Diskussion der islamischen Oberhäupter bzw. Institutionen zu diesen Auswüchsen? Mit welchen Ergebnissen bislang?

Es gibt wichtige Statements der Gelehrten, wie die zuletzt von den 126 international anerkannten muslimischen Gelehrten unterzeichnete Erklärung, in der sie Gewalt und Terror im Namen des Islam ablehnen und

verurteilen. Das sind wichtige Signale nach außen. Was aber noch fehlt, ist die sachliche Auseinandersetzung mit den theologischen Argumenten der Extremisten. Und damit meine ich nicht nur die Randpositionen der Extremisten, sondern Positionen innerhalb der islamischen Theologie, die Teil des Mainstreams sind, die allerdings dringend kritisch reflektiert werden müssen. Dazu gehören vor allem die Fragen nach dem Umgang mit Nichtmuslimen, Fragen nach Körperstrafen, Fragen nach den Menschenrechten usw.

Grundsätzliche Kritik am Islam gipfelt häufig in dem Vorwurf, er sei eine rückwärtsgewandte Religion, die einen ähnlichen Aufklärungsprozess durchlaufen müsse wie die christliche Kirche in den letzten Jahrhunderten.

Die Position der Senioren-Union

In der anhaltenden Debatte um die weitere Integration von in Deutschland lebenden Muslimen hat der Bundesvorsitzende der CDU-Senioren-Union (SU), Otto Wulff, im Januar ein klares Bekenntnis der islamischen Geistlichkeit zu Gewaltlosigkeit und Toleranz eingefordert. Der SU-Chef wörtlich: „Eine Religionsgemeinschaft kann nur dann als zu Deutschland gehörig betrachtet werden, wenn sie unsere Werte von Frieden, Freiheit und Toleranz teilt.“ Wenn der Islam zu Deutschland gehören wolle, so Wulff weiter, „müsse dieser sich einer nachhaltigen historisch-kritischen Aufar-

beitung stellen und seinen Absolutheitsanspruch aufgeben“. Es sei zu begrüßen, dass sich islamische Verbandsfunktionäre in Interviews und Talkshows zum deutschen Grundgesetz bekennen, allerdings „liegt ein wesentlicher Schlüssel zur wirklichen Integration in Deutschland lebender Muslime bei den Imamen.“ An der in der im Grundgesetz garantierten Religionsfreiheit „ohne Wenn und Aber“ führe kein Weg vorbei, forderte Wulff, der eine „Paralleljustiz“ im Sinne der islamischen Scharia kategorisch ausschloss und auch dazu unmissverständliche Worte verlangte.

Ist das aus Ihrer Sicht eine Anmaßung, was entgegen Sie solchen Kritikern?

Der eurozentrische Blick auf die Welt erwartet, dass sich die Welt an Europa orientiert. Und so übersieht man Entwicklungen und Chancen in anderen Kulturen. Man darf sich mit dem „Anderen“ nicht als Objekt, sondern als Subjekt auseinandersetzen. Die islamische Welt hat eine andere Geschichte als Europa. Der Islam kennt keine Institution wie die Kirche, die Machtansprüche hätte. Das Mittelalter hat uns gezeigt, welchen Beitrag die Muslime geleistet haben, um das griechische Erbe aufrechtzuerhalten. Ohne diesen Beitrag der Muslime wäre es auch nicht zu der europäischen Aufklärung in der Form, wie wir es kennen, gekommen. Auf der anderen Seite müssen wir einsehen, dass der Islam schon seit dem 7. Jahrhundert stark von der Politik instrumentalisiert wird. Kalifen, die sich „Schatten Gottes“ nannten, wollten ihre Diktaturen mit göttlicher Legitimation begründen. Solcher Missbrauch des Islam ist noch bis heute sehr stark verbreitet. Eine Säkularität, die den Islam vor diesem politischen Missbrauch schützen soll, ist heute in der islamischen Welt dringend notwendig.

Was sagt der Islam eigentlich zu einer strikten Trennung zwischen Politik und Religion?

Im Islam gibt es eine Bandbreite an Positionen und Interpretationen, daher ist es schwierig zu sagen, was DER Islam dazu sagt. Manche Muslime, gerade in der arabischen Welt, missverstehen unter der Trennung zwischen Politik und Religion, dass es hierbei um Trennung zwischen Politik und Moral geht. Säkularität wird daher mit moralischer Degeneration assoziiert. Das ist jedoch ein Missverständnis. Islamisten (Vertreter des politischen Islam) wiederum meinen, dass die Religion die politische Sphäre bestimmen soll. Das ist allerdings deshalb eine Utopie, weil die primären islamischen Quellen, der Koran und die prophetische Tradition (die Sunna), kaum juristische oder politische Aussagen zur Gesellschaftsordnung machen, um daraus ein politisches System zu entwerfen. Das heißt, es bleibt bei den Interpretationen der Gelehrten. Die Gelehrten selbst sind aber nur Kinder ihrer Zeit. Das heißt, ihre Bemühungen, Antworten zu geben, sind Konstrukte, die relativ und keineswegs heilig sind. Für die große Masse der Muslime ist es jedoch eine Selbstverständlichkeit, zwischen Religion und Politik zu trennen, um gerade dadurch die Religion selbst zu schützen. ■

„Kampf gegen **Extremismus** ist Teil unseres religiösen Selbstverständnisses.“

Die aktuellen Attentate in Paris und Kopenhagen sowie die Gräueltaten von Al-Qaida, IS oder Boko Haram haben nicht nur in Europa das Unbehagen und das Misstrauen gegenüber dem Islam geschürt. Souverän sprach dazu mit Aiman Mazyek, dem Vorsitzenden des Zentralrats der Muslime (ZMD) in Deutschland.



Souverän: Bitte geben Sie unseren Lesern einen kurzen Überblick über die organisatorische Struktur des Islam hier in Deutschland. Sind es ähnliche Strukturen wie bei den christlichen Kirchen? Und was sagt der Islam zu einer strikten Trennung zwischen Politik und Religion?

Mazyek: Es gibt etwa 2000 Gemeinden, davon um die 180 als Moscheearchitektur sichtbare Moscheen. Die meisten davon sind in den vier großen Dachverbänden organisiert: ZMD, Islamrat, Verband der islamischen Kulturzentren (VIKZ) und Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB). Den zweiten Teil der Frage beantworte ich am besten mit dem Passus dazu in unserer Islam-Charta (Punkt 12): „Wir zielen nicht auf die Herstellung eines klerikalen ‚Gottesstaates‘ ab. Vielmehr begrüßen wir das System der Bundesrepublik Deutschland, in dem Staat und Religion harmonisch aufeinander bezogen sind.“

Der Zentralrat hat sich eindeutig von den Terroranschlägen in Paris distanziert und plädiert für ein Zusammenstehen aller politischen Parteien, der Religionsgemeinschaften und der Zivilgesellschaft. Welche konkreten Schritte müssten nun unternommen werden, um dieses „Bündnis“ dauerhaft zu schmieden?

Die große Mahnwache am Brandenburger Tor im Januar beispielsweise ist eine Fortsetzung des Aktionsbündnisses vom 19. September 2014 – „Muslime stehen auf gegen Hass und Unrecht“. Dies führte in über 1 000 Gemeinden zu Friedenskundgebungen zusammen mit Spitzen aus Politik und Kirche.

Viele Bürger sehen die Muslime in der Pflicht, an der Bekämpfung der Extremisten aus den eigenen Reihen mitzuwirken. Im Handelsblatt fand sich im Januar das Zitat: „Sie wer-

den sich daran messen lassen müssen, inwieweit sie die deutsche Demokratie verteidigen, statt die Extremisten in den eigenen Reihen zu dulden.“ Wie könnte so etwas überhaupt aussehen? Überfordert ein solches Ansinnen nicht die Strukturen einer Glaubensgemeinschaft?

Die aktive Bekämpfung und Schutzmaßnahmen gegen Extremisten, die im Begriff sind, Straftaten zu verüben, sind Aufgabe unserer Sicherheitsbehörden. Der Kampf gegen Extremismus jeglicher Couleur ist Teil unseres religiösen Selbstverständnisses. Der richtig gelebte Glaube macht sensibel gegen das Abgleiten in Extremismen und immunisiert gegenüber dem Fundamentalismus.

Immer wieder wird betont, dass die Glaubenslehre des Islam keine gewaltbetonte, politische Ideologie zulässt. Wie kommt es dann Ihrer Mei-

nung nach zu extremen religiösen Auslegungen wie bei Taliban oder IS? Lässt der Koran nicht doch extreme Auslegungen zu?

Religionen und Weltanschauungen sind nicht davor gefeit, dass ihre Anhänger sie für Machtzwecke instrumentalisieren. Hier hilft die Aufklärung und nicht die pauschale Verteufelung der Religion. Der Koran mahnt zu Frieden und Toleranz unter den Menschen und Religionen. Es gibt vereinzelt Verse, die, falsch verstanden, zu Gewaltzwecken missbraucht werden. Der Vers „Oh ihr Menschen, Wir haben euch ja von einem männlichen und einem weiblichen Wesen erschaffen, und Wir haben euch zu Völkern und Stämmen gemacht, damit ihr einander kennenlernt (...)“ (Sure 49:13), durchzieht die Heilige Schrift und ist maßgebend.

Hunderttausende von Muslimen weltweit leiden selbst unter der religiös motivierten Gewalt von Terrorgruppen wie Al-Qaida, IS oder Boko Haram. Gibt es eine interne Diskussion der islamischen Oberhäupter bzw. Institutionen zu diesen Auswüchsen? Mit welchen Ergebnissen bislang?

Dass weiterhin 99,99 % der Muslime Abscheu und Ekel gegenüber diesen barbarischen und terroristischen Gruppen empfinden.

Gibt es den Versuch der Einflussnahme auf die Anführer solcher Terrormilizen?

Die Möglichkeit, an diese Söldner heranzukommen, die ihre Seelen verkaufen und behaupten – stets verummumt –, dies angeblich für Gott zu tun, ist sehr gering.

Grundsätzliche Kritik am Islam gipfelt häufig in dem Vorwurf, er sei eine rückwärtsgewandte Religion, die einen ähnlichen Aufklärungsprozess durchlaufen müsse wie die christliche Kirche in den letzten Jahrhunderten. Ist das aus Ihrer Sicht eine Anmaßung, was entgegenen Sie solchen Kritikern?

Der Islam war nie antiwissenschaftlich. Große wissenschaftliche Erkenntnisse, aus denen wir heute noch schöpfen, der Mathematik, der Naturwissenschaft, aber auch der Philosophie, sind im Licht des

Islam erst entstanden. Es waren Muslime, die die hellenistische Tradition wieder zum Leben erweckt haben, indem sie die alten Griechen, z. B. die Schriften des Aristoteles, ins Arabische übersetzt und damit wieder zugänglich gemacht haben. Darüber hinaus gab und gibt es im Islam keine Trennung oder gar Rivalität von Wissenschaft und Religion oder Religion und Vernunft, keine Trennung von Profanem und Geistigem. Dies steht fundamental der europäischen Entwicklung vor der Aufklärung entgegen. Bei all der berechtigten Forderung, dass die Muslime sich um Aufklärung bemühen müssen, im Sinne einer dynamischen Entwicklung: Die Geschichtsverläufe im Orient und Okzident sind nicht parallel verlaufen, und die Muslime im Mittelalter waren aufgrund ihrer Religion zu solch wissenschaftlichem und fortschrittlichem Denken und Handeln fähig. Leider sind sie davon heute in vielen Teilen der Welt weit entfernt, weil sie Religion oberflächlich vor sich tragen, ohne wirklich zu hinterfragen, wozu sie eigentlich gilt: nämlich zum Wohl der Menschheit und nicht zur Unterdrückung oder als bloßes Lippenbekenntnis.

Herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

Aiman Mazyek



Mit der MS Europa zu den Juwelen europäischer Geschichte

Liebe Leserinnen und Leser der Souverän,

die Senioren-Union freut sich, dass sie Ihnen nach der bedauerlichen Insolvenz unseres langjährigen Partners, der Peter-Deilmann-Reederei, im Segment der beliebten Kreuzfahrten nun doch wieder eine ganz besondere Reise offerieren kann (beachten Sie bitte die Folgeseiten). Der renommierte Anbieter Hapag-Lloyd entführt Sie im September an Bord des Luxusliners MS Europa für 15 Tage von Hamburg nach Monte Carlo und zeigt Ihnen dabei ausgesprochene Juwelen europäischer Geschichte in Frankreich und Spanien.

Besonderer Clou für Mitglieder der Senioren-Union: Für sie hat der Veranstalter ein attraktives Vergünstigungspaket geschnürt, bestehend aus einem Ausflugspaket in Höhe von 350 Euro, dem kostenlosen Rückflug und einer Ermäßigung auf die Seepassage von 500 Euro. Weitere Details zu dieser Reise sowie Infos zu den Buchungsmöglichkeiten finden Sie auf der nachfolgenden Doppelseite. Wir würden uns freuen, wenn Sie diesem attraktiven Angebot Ihre Aufmerksamkeit schenken.

Die Europa ist weltweit das einzige Kreuzfahrtschiff, das vom britischen Kreuzfahrtführer „Berlitz Complete Guide to Cruising & Cruise Ships“ zwölfmal in Folge mit der Kategorie „5-Sterne-plus“ ausgezeichnet wurde. Zum zehnten Jahrestag ihrer Indienstellung (2009) wurde sie in Hamburg umfangreich renoviert und modernisiert. Seitdem handelt es sich bei den 204 Kabinen des Schiffes ausschließlich um Suiten mit separatem Wohn- und Schlafbereich, von denen zwei über eine behindertengerechte Ausstattung verfügen. Jeder Passagier erhält übrigens während der Kreuzfahrt an Bord seine eigene E-Mail-Adresse.

WESTEUROPA NEU ERLEBEN

MIT IHRER SCHÖNSTEN YACHT DER WELT

MS EUROPA

Unser DANKE! für Ihre Mitgliedschaft:

- Seepreis bereits um € 500 reduziert!
- Abreisepaket
im Wert von € 290 p. P.²⁾
- Ausflugsguthaben
in Höhe von € 350 p. P.





Die EUROPA erhielt erneut die höchste Auszeichnung laut Berlitz Cruise Guide 2015: 5-Sterne-plus! 285 Crewmitglieder verwöhnen max. 400 Gäste. An Bord der schönsten Yacht der Welt erwarten Sie Traumrouten rund um den Globus mit einer ausgezeichneten Küche, einem stilvollen Wellnessbereich sowie einem Service, der unvergessliche Urlaubserinnerungen prägt.

Von Hamburg nach Monte-Carlo
15.10. – 30.10.2015, 15 Tage, Reise EUR1522

Highlights: • UNESCO-Weltkulturerbe: Mont St.-Michel*, Torre de Belem*, Hieronymus-Kloster*, Kathedrale und Alcazar in Sevilla*, maurische Residenz Alhambra*, Gaudis Werke in Barcelona* • Lissabon und Barcelona bei Tag und bei Nacht • Mit Schmerz die Seele heilen – Fado an Bord • Golf & Cruise-Reise mit umfangreichem Golfpaket*

pro Person ab € 4.990
in einer Garantie-Außensuite der Kat. 0.
Seereise inkl. Abreisepaket (Doppelnutzung).



Persönliche Beratung und Buchung bei
Hapag-Lloyd Kreuzfahrten GmbH
unter dem Stichwort „Souverän“
Ballindamm 25 · 20095 Hamburg
Tel. 040 3070 3070
info@hl-kreuzfahrten.de
f /hl.kreuzfahrten

¹⁾ Sie bezahlen lediglich den aufgeführten Garantiepreis zur Doppelnutzung. Die Unterbringung erfolgt je nach Verfügbarkeit in einer Suite der Kategorie 1-6. Kontingent limitiert.

²⁾ Das jeweilige An- bzw. Abreisepaket in Economy-Class ab/bis Deutschland/ Österreich/ Schweiz (nach Verfügbarkeit und laut Ausschreibung – nähere Informationen im Internet unter: www.hl-kreuzfahrten.de)

* Die Landaktivitäten sind nicht im Reisepreis enthalten und in Planung. Änderungen vorbehalten.

Die drei Mythen der deutschen Linken
in Sachen Einwanderung und Integration:

Linke Lebenslügen

Nicht alle Probleme, die unser Land bewegen, sind heillos komplex. Manchmal würden ein wenig historische Bildung und gesunder Menschenverstand genügen, um sie zu lösen.

Das zeigt sich beispielsweise in der Integrationsdebatte. Dass es hier keine Fortschritte gibt, liegt nicht an den Dummen und Ewiggestrigen, die man an den Stammtischen vermutet, sondern an den Linken. Das ist erstaunlich, denn Linke sind in der Regel intelligent und gebildet. Was ihr Denken blockiert, sind drei dogmatische Mythen.

Erstens: der Mythos der Ausländerfeindlichkeit. Kranke Hirne unter Glatzen, Springerstiefel und Kampfhunde gibt es überall in der Welt. Aber diese Verrückten, für die wir in Deutschland aus historischen Gründen besonders sensibel sind, sollten nicht den Blick dafür trüben, dass wir in einem der ausländerfreundlichsten Länder leben. Das wahre Problem, das der Mythos von der Ausländerfeindlichkeit verschleiert, hat der türkische Ministerpräsident Tayyip Erdogan im Februar auf eine prägnante Formel gebracht: „Assimilation ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.“ Solange diese Antiassimilationspolitik gilt, gibt es das Integrationsproblem. Erdogan verkörpert ein Rollback des heroischen

Projekts von Kemal Atatürk, die Türkei zu modernisieren und die Türken zu Europäern zu machen. Vieles wäre gewonnen, wenn einer der klugen Repräsentanten der türkischen Gemeinde einmal den Mut aufbrächte, das auszusprechen.

Der Mythos von der Ausländerfeindlichkeit verschleiert auch das Problem der Gewalt „mit Migrationshintergrund“. Die Linken flanieren zwar gern durch die türkischen Gemüsemärkte in ihrem „Kiez“, aber den U-Bahnhof Kottbusser Tor oder den Hermannplatz kennen sie nicht. Der Neuköllner Bürgermeister Heinz Buskowsky steht hier als heroischer Alleinunternehmer. Und die Lehrer in den Schulen der „sozialen Brennpunkte“ haben längst resigniert. Unter den Schülern dort sucht man die Kinder der Linken, so diese welche haben, übrigens vergebens. Und das könnte optimistisch stimmen. Denn fast jeder, der ein schulpflichtiges Kind hat, fängt an, vernünftig zu werden.

Zweitens: der Mythos des Multikulturalismus. Zwei Schlagworte markieren die festgefahrene Integrationsdebatte: „Multikulti“ auf der Linken und „Leitkultur“ auf der Rechten. Multikulturalismus ist das Fazit einer mit dem Kolonialismus beginnenden Selbstkritik des Westens, die das Abendland als einen Schuldzusammenhang konstruiert, aus dem uns nur „die anderen“ erlösen können. Aber dieser Multikultikult der guten anderen ist so undialektisch wie die Gegenparole „Leitkultur“. Am Multikulturalismus ist wahr, dass wir die anderen brauchen. An der Leitkultur ist wahr, dass wir die anderen nur anerkennen können, wenn wir unserer Toleranz eine Grenze setzen. Nur, wer selbstbewusst ist, kann auch offen sein. Wer keine eigenen Werte zu verteidigen hat, kann nicht tolerant sein. Multikulturalismus setzt eine Leitkultur voraus.

Es ist eigentlich eine selbstverständliche Erwartung, dass Einwanderer sich mit dem Land ihrer Wahl identifizieren. Dass Linke ein solches Bekenntnis zu Deutschland

nicht erwarten, ja verabscheuen, liegt an ihrem pathologischen Verhältnis zum Patriotismus. Gerade hinter ostentativer Ausländerfreundlichkeit versteckt sich oft nichts anderes als Deutschenhass. Überhaupt drängt sich beim Thema Integration der Eindruck auf: Der Kampf gegen die jetzt in „Islamophobie“ umgetaufte Ausländerfeindlichkeit erfindet die Bösen, damit sich die Guten alles erlauben können.

Drittens: der Mythos von der Unmenschlichkeit des ökonomischen Arguments. Wer heute nicht sieht, dass Deutschland Einwanderer braucht, ist ignorant. Die Frage ist nur: welche? Dass an deutschen Universitäten brillante Köpfe aus dem Ausland ausgebildet werden, denen nach Studienabschluss dann Arbeit und Aufenthalt verweigert werden, ist natürlich ein Schildbürgerstreich. Wir brauchen Kinder und Inder. Vor produktiven Immigranten, die sich mit Deutschland identifizieren, hat niemand Angst. Die Akzeptanz der Einwanderer hängt daran, dass die Immigration nicht als Invasion erscheint. Der Eindruck der Invasion entsteht am ehesten bei Wirtschaftsflüchtlingen und beim Nachzug von Großfamilien. Natürlich muss Deutschland politisch Verfolgten Asyl gewähren; aber die Kriterien dafür sollten dem gesunden Menschenverstand nachvollziehbar sein.

Multikulturalismus hieß bisher nur: Abschaffung der Qualitätskriterien bei der Einwanderung. Schon die Immigrationsgesetze von 1967 in Amerika haben diesen entscheidenden Umschwung gebracht. Seither gibt es ein humanistisches Tabu, die einfache Frage zu stellen: Können wir die Leute, die zu uns wollen, brauchen? Früher hat man ganz selbstverständlich nach Leistungsfähigkeit und Jobqualifikation gefragt. Heute gelten solche Fragen nach dem Humankapital des Einwanderers als unmenschlich. In Wahrheit aber zeigen sie den Weg zur gelungenen Integration: Deutschland bekommt die Leute, die es braucht. Und die, die dann kommen, sind herzlich willkommen. ■



Der Autor:
Dr. Norbert Bolz,
Jahrgang 1953, lehrt
Medienwissenschaften
an der TU Berlin.
Ursprungsquelle des
Artikels: taz Deutsch-
land, Nr. 9363.

Die zweite Säule wackelt

Jeder zweite Arbeitnehmer darf bei Renteneintritt auf Leistungen aus der betrieblichen Altersversorgung hoffen. Bangen macht sich dafür bei den Arbeitgebern breit: Sie sehen als Folge der anhaltenden Niedrigzinsphase erhebliche Risiken auf sich zukommen. Zu Recht, warnen Experten. Denn die Betriebe haften dafür, dass die Versprechungen eingehalten werden.

Rund 521 Milliarden Euro steckten Ende 2012 als Deckungsmittel in der betrieblichen Altersversorgung (bAV). Der ansehnliche Batzen soll den Ruhestand von rund 7,8 Millionen Arbeitnehmern aufpolstern. Vier von fünf Unternehmen haben das ihren Mitarbeitern versprochen, sammeln jeden Monat deren Spargroschen ein, legen manchmal sogar noch etwas drauf und das Geld dann am Kapitalmarkt an, auf dass es sich dank Zins und Zinseszins vermehre. Diesen fürsorglichen Zug fährt EZB-Präsident Mario Draghi seit geraumer Zeit an die Wand. Denn angesichts der höchstwahrscheinlich noch auf Jahre hinaus gedeckelten Zinsen sind die in Aussicht gestellten Betriebsrenten nicht zu stemmen. Die Folge: Viele Unternehmen werden ihre Zusagen teuer zu stehen kommen, denn Verträge sind einzuhalten und bei solchen mit der Belegschaft stehen sie als erste in der Pflicht. „Die bAV“, warnt Rechtsanwalt und Bankkaufmann Johannes Fiala aus München mit eindringlicher Stimme, „ist eine Atombombe. Manchen Arbeitgeber trifft der Schlag, wenn er die Haftungsrisiken durchschaut.“

Weniger dramatisch, im Kern aber kaum minder besorgt gibt sich Michael Huth, Fachanwalt für Arbeitsrecht beim Wirtschaftsprüfer Ebner Stolz in Hamburg. „Der Arbeitgeber haftet für das, was er verspricht, auch wenn er das Versprechen durch Dritte wie einen Versicherer erfüllen lässt. Bisher war das kaum ein Problem. Nun aber, bei möglicherweise dauerhaft niedrigen Zinsen, kann es passieren, dass die Versicherung am Ende nicht die versprochene Leistung erbringt.“ Dann müsse der Arbeitgeber in die Bresche springen. „Nach dem Betriebsrentengesetz haftet er für die versprochene Leistung“, bekräftigt Huth. Fällt also die Versicherungsleistung geringer aus als versprochen, muss der Arbeitgeber dem Mitarbeiter die Differenz überweisen, Monat für Monat bis zum Ableben oder als auf den Barwert abgezinsten Einmalzahlung, darüber wird zu reden sein. „Aus dieser Differenz- oder Sekundärhaftung kann sich der Arbeitgeber auch nicht wirklich befreien“, bedauert der Jurist. Die Formulierung lässt nur eine beidseitig üble Alternative vermuten: Verkauf mit anschließenden Druckverhandlungen oder Insolvenz.

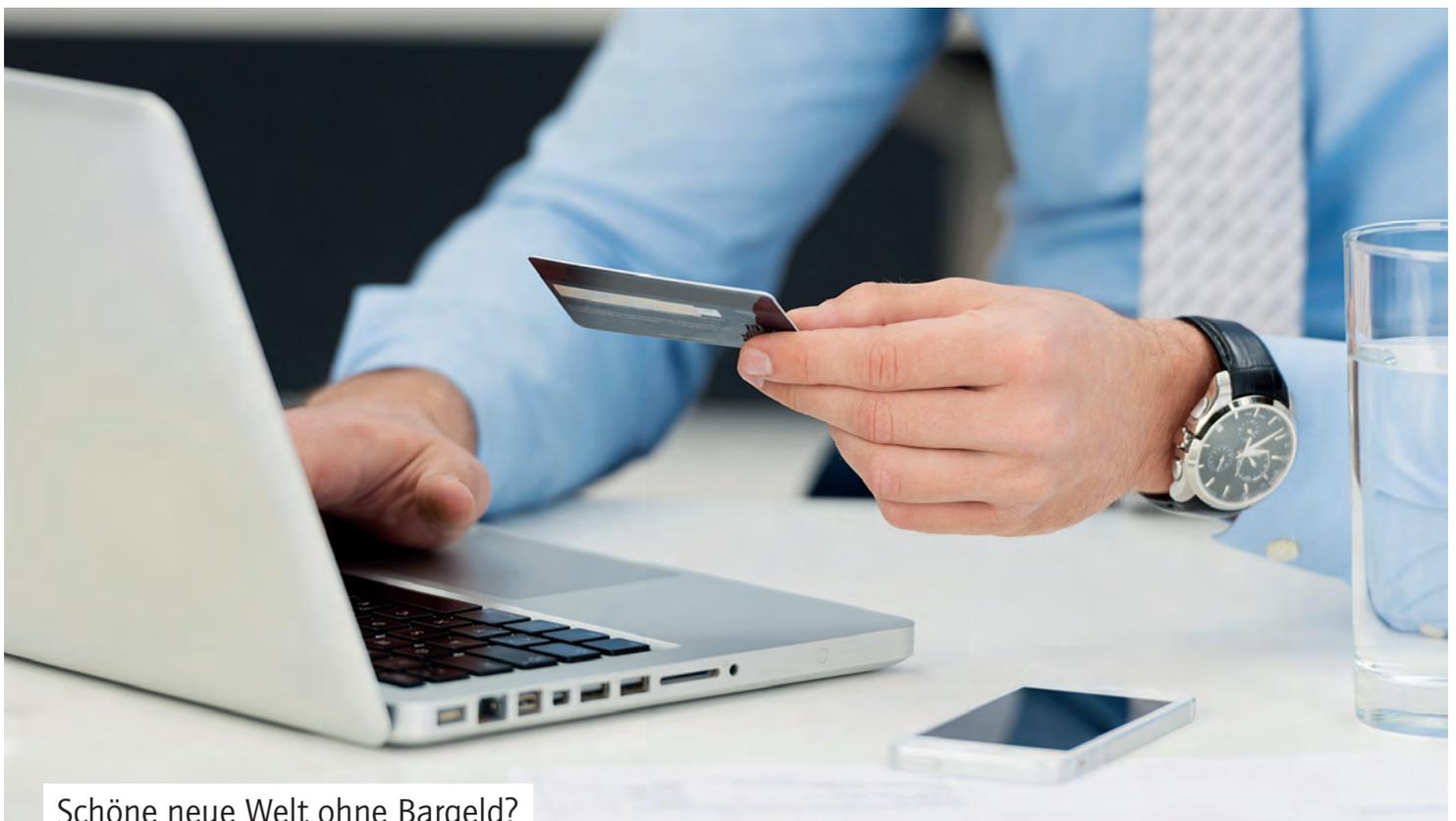
Manches Unternehmen zieht da lieber frühzeitig die Reißleine. Zum Ende des vorletzten Jahres hatte die Lufthansa AG ihre Tarifverträge Altersversorgung gekündigt. „Wir wollen die Altersversorgung für unsere rund 64000 inländischen Mitarbeiter zukunftsfähig machen“, pustet Lufthansa-Sprecher Helmut Tolksdorf der angestrebten Neuregelungen warmen Wind unter die Flügel. „Bei dem heutigen System ist das langfristig nicht mehr gewährleistet. Das neue System soll sich nun stärker am Kapitalmarkt orientieren.“ Rechtsprofessor Michael Kliemt von Klimt & Vollstädt in Düsseldorf hält das für dringend geboten, denn: „Der den Arbeitnehmern garantierte Zinssatz kann heute und

künftig nicht mehr eingehalten werden.“ Während mehr und mehr Unternehmen dazu übergehen, ihren Mitarbeitern nur noch die Zahlung von bestimmten Beiträgen für die Altersversorgung zuzusagen, häufig in Verbindung mit einer garantierten Mindestleistung, hatte die Airline ihrer Belegschaft noch der Höhe nach garantierte Rentenbausteine versprochen. Das dürfte bei länger anhaltenden Zinsen nahe Null ein Kunststück werden.

Auch bei der Lufthansa gibt es nun nur noch eine beitragsbezogene Leistungszusage. Betriebswirtschaftlich macht das Sinn. Denn was ein Arbeitgeber für seine Angestellten auf die hohe Kante legt – per Direktzusage oder durch Dotierung eines Pensionsfonds, einer Unterstützung- oder Pensionskasse oder durch Zuschüsse zu einer Direktversicherung –, das hat er im Griff, das lässt sich kalkulieren. Nicht aber das, was für die Mitarbeiter am Ende des Tages tatsächlich herauskommt, glaubt Vorsorge-Jurist Johannes Fiala.

„Viele Pensionspläne werden deshalb geschlossen“, sagt Oliver Burda, Vorstandsmitglied im Bundesverband der Personalmanager (BPM) und stv. Vorstandsvorsitzender der Santander Consumer Bank in Mönchengladbach, „der Trend ist unübersehbar.“ Was wird also aus der zweiten, der betrieblichen Säule, auf der die spätere Rente ruht und die von den meisten Bewerbern als höchst attraktiv wahrgenommen wird? „Die wird immer weiter bröckeln, wenn es nicht zusätzliche staatliche Anreize gibt“, meint der Personalchef und sorgt sich: „Das könnte ein Risiko für ganz Deutschland werden. Hier sind neue politische Konzepte gefragt.“ ■

Christine Demmer



Schöne neue Welt ohne Bargeld?

Eine **Horrorvision** wird langsam Realität.

Die bargeldlose Welt – eine bequeme Zukunftsvision oder der gerade Weg in Planwirtschaft, Überwachungsstaat und Bankenabhängigkeit?

Im letzten Jahr hielt der bekannte amerikanische Ökonom Kenneth Rogoff am ifo-Institut in München einen Vortrag, in dem er auch die Abschaffung des Bargeldes vorschlug und die Vorteile einer bargeldlosen Wirtschaft anpries. Bargeld, so Rogoff, würde die Kriminalität begünstigen. Ohne Bargeld könne man diese wesentlich besser bekämpfen. Steuerflucht sei kein Thema mehr. Auch Negativzinsen können besser durchgesetzt werden, die Steuerung der Wirtschaft werde also verbessert. „Papiergeld ist das entscheidende Hindernis, die Zinsen weiter zu senken“, so der bekannte Krisenökonom.

Neben diesen geldpolitischen Überlegungen, die auf eine bessere zentrale Steuerung der Wirtschaft hinauslaufen – das wollten wir eigentlich in einer freien Gesellschaft nicht –, lässt sich die Gesell-

schaft ohne Bargeld auch besser überwachen. Gewerkschaften, Banken und Handelsketten in Schweden und Norwegen fordern die komplette Abschaffung von Scheinen und Münzen. Bargeld, das sei nur noch etwas für alte Leute, die es nicht besser wüssten – und für Bankräuber. Stockholms Polizeipräsident nannte Bargeld „das Blut in den Adern der Kriminalität“. Rogoff erläuterte, dass ein mexikanischer Drogenbaron 250 Millionen Dollar in seinem Versteck gehabt hätte.

In Skandinavien ist der bargeldlose Zahlungsverkehr weitaus mehr verbreitet als in Deutschland. In Kiosken oder Kneipen kann man ohne weiteres bargeldlos bezahlen. Das Gründungsmitglied der Gruppe Abba, Björn Ulaveus, rief nach einem Selbstversuch ohne Bargeld die Schweden dazu auf, ebenfalls auf Bargeld zu verzichten. Das einzige Mal, wo er Probleme gehabt habe, sei bei der Münze gewesen, die er für den Einkaufswagen im Supermarkt habe verwenden müssen, so Ulaveus. Pikantes Detail – das Abba-Museum in Stockholm akzeptiert nur noch Kartenzahlungen. Und der Hauptsponsor des Abba-Museums heißt Mastercard.

Was so als schöne neue bequeme Welt ohne Kriminalität daherkommt, erweist sich bei näherem Hinsehen als Schreckensvision der totalen Überwachung. Ohne Bargeld sind wir restlos manipulierbar und steuerbar. Stellen Sie sich vor, Sie hätten sich politisch unbeliebt gemacht: kein Problem, Ihr Konto wird gesperrt. Oder man sperrt Ihnen nur einige wenige Ausgaben. Alkoholikern könnte man an der Kasse einfach den Kauf von Alkohol verbieten. Das klingt gut, aber genauso könnten Sie jedem anderen an jeder Stelle den Kauf jeder beliebigen Ware verbieten. Ebenso wäre jeder Kauf den Behörden gegenüber völlig transparent. Etliche Menschen, die ich darauf angesprochen habe, sagen: „Ich habe nichts zu verbergen.“ Das mag sein, aber wollen Sie wirklich, dass potenziell alle alles über Sie wissen?

Oder stellen Sie sich einfach vor, dass Sie sich auf einer Urlaubsreise in Italien oder Thailand befinden und Ihnen das System abstürzt. Auf einmal funktionieren die Bits und Bytes nicht mehr. Sie stehen in einem fremden Land buchstäblich ohne einen Pfennig in der Tasche. Dann wären Sie verloren.

Die bargeldlose Welt macht es auch viel einfacher, Steuern und Zwangsabgaben zu erheben. Die Bürger können sich dann gar nicht mehr gegen die Selbstbedienung der Politikerkaste wehren. Eine neue Steuer wird eingeführt und in demselben Moment auch schon einkassiert.

Auch die zentrale Steuerung ganzer Volkswirtschaften wird weiter vorangetrieben. Weil die Geldpolitik und damit auch Negativzinsen das einzige unbegrenzt zur Verfügung stehende Politikinstrument zu sein scheinen, nutzen Staaten und Notenbanken in immer größerem Ausmaß die Gelddruckmaschine.

Die Abschaffung des Bargeldes gehört also zwangsläufig zu einer immer stärker gesteuerten Wirtschaft mit immer größeren Einheiten in der Finanzbranche und im Bankwesen, der Entstehung und Erhaltung von sehr großen Vermögen auf Kosten des Mittelstandes, der Substitution echter ökonomischer Verantwortung durch Kontrolle, Compliance und Kriminalisierung von Fehlverhalten und der schleichenden Zerstörung des Mittelstandes.

Planwirtschaft kann nur – einigermaßen – in einem Kontrollstaat funktionieren. Die niedrigen Zinsen sind ein gewollter massiver Markteingriff, weil unseren Regierungen ordnungs-, industrie- und steuerpolitische Maßnahmen offensichtlich nicht mehr zur Verfügung stehen. Bei zunehmender Marginalisierung des Bargeldes sowie Datentransparenz von Konten und Bürgern lässt sich die Planwirtschaft im neuen sanften Überwachungsstaat sogar ziemlich weit treiben.

Vereinzelt gibt es Gegenwehr. In Schweden fangen einzelne Banken schon damit an, Bargeld nicht mehr anzunehmen – eine unerhörte Maßnahme. Im Stockholmer Stadtteil Östermalm wehrten sich die Menschen, als die Swedbank begann, am Schalter kein Bargeld mehr auszugeben. In Östermalm leben vor allem wohlhabende ältere Menschen. Die Gegenwehr kommt also vor allem von den Senioren. Jüngere Menschen haben sich anscheinend mit der vollständigen Transparenz und Steuerbarkeit abgefunden.

Der Vorsitzende der schwedischen Sicherheitsbranche, Björn Eriksson – immerhin vorher schwedischer Reichspolizeichef –, will bargeldlose Banken boykottieren. „Banken wollen mehr Kartenzahlungen, weil sie damit Geld verdienen“, so Eriksson. Ohne Bargeld gibt es aber keinen natürlichen Wettbewerb mehr, so wie es ohne Gold keinen Wettbewerb für die Notenbanken gibt. Dann können die Banken und Kartengesellschaften ihre Gebühren beliebig erhöhen. Da ist es nur folgerichtig, wenn Eriksson Herrn Ulaveus in einem Beitrag im „Svenska Dagbladet“ als „PR-Agenten von Mastercard“ bezeichnet. Der Berater der schwedischen Reichsbank,

Björn Segendorff, gibt zu bedenken, dass Schweden 2015 eine neue Serie von Banknoten herausgeben wird. Die sei ein Zeichen dafür, dass Bargeld auch in Zukunft noch als nützlich angesehen werde. Der Markt werde selbst entscheiden, was nützlich sei und was nicht. Wenn aber im gleichen Atemzug Kiosken und Kneipen sowie anderen Einrichtungen des täglichen Lebens erlaubt wird, Bargeld NICHT mehr anzunehmen, dann ist der Markt schon sehr stark beeinflusst – und zwar zugunsten des bargeldlosen Zahlungsverkehrs. Wenn man dann Begünstigungen für Unternehmen einführt, die auf Bargeld verzichten, wird dieses schnell aus den meisten Zahlungsvorgängen verdrängt sein.

Es geht aber noch weiter: Wenn Bargeld als legales Zahlungsmittel abgeschafft oder in Randzonen verdrängt wurde, ist die Preistransparenz weitgehend Makulatur. Es ist dann nämlich nur noch ein winziger Schritt dahin, die einheitliche Währung überhaupt abzuschaffen. Jeder Großkonzern oder jede Gruppe von Konzernen kann sich dann für die eigenen Waren eigene Maßeinheiten oder Bezeichnungen zulegen. Es wird dann sehr schwer, Preise zwischen den verschiedenen Waren, sagen wir Kaffee von Nestlé, Jacobs und Unilever, zu vergleichen, weil es keinen echten Markt zwischen diesen Waren mehr gibt. Mehr und mehr werden dann die Menschen „Eigentum“ einer oder mehrerer Konzerngruppen, wie es sich jetzt bei den Bonuskarten schon abzeichnet. Da man auch schwer von einer Konzernwelt in die andere wechseln kann, ohne erworbene Vorteile oder Rabatte aufzugeben, fehlt die Vergleichbarkeit bald völlig. Die Menschen sind dann dem Staat und ihren jeweiligen Konzernen restlos ausgeliefert, sie werden wieder zu Sklaven.

In der Bibel, nämlich in der Offenbarung des Johannes, gibt es eine Vision der bar-

geldlosen Welt: *Und es macht, dass die Kleinen und die Großen, die Reichen und die Armen, die Freien und die Knechte allesamt sich ein Malzeichen geben an ihre rechte Hand oder an ihre Stirn, dass niemand kaufen oder verkaufen kann, er habe denn das Malzeichen, nämlich den Namen des Tiers oder die Zahl seines Namens (Joh. 13:16-17).* Bargeldloses Zahlen ist nur durch Erfassung der entsprechenden Person oder des jeweiligen Unternehmens in Datenbanken möglich. Natürliche und juristische Personen benötigen dann ein „Zeichen“.

Dass diese Prophezeiung bald zur Wirklichkeit werden könnte, ist nicht ganz unrealistisch. Volkszeitungen wie *BILD* berichten bereits – und das überwiegend positiv – über menschliche Chip-Implantate.¹ In Holland haben sich vor einigen Monaten bereits Menschen experimentell Bezahlchips mit der NFC (near field communications) strategy implantieren lassen.² Noch ist es nicht so weit: Immer wieder kursierten in den letzten Monaten Gerüchte, dass Obama oder auch die EU für ihre jeweiligen Hoheitsgebiete den persönlichen Chip verpflichtend machen wollen. Diese Gerüchte erwiesen sich immer wieder als falsch. Aber schon die Tatsache, dass in Deutschland fast jeder seine Daten auf einem Gesundheitschip hat oder dass Pässe immer mehr auch mit Chips ausgestattet werden, lässt befürchten, dass irgendwann in nicht allzu ferner Zukunft eine Regierung auf die Idee kommen wird, ihre Bürgerinnen und Bürger mit Chips zu versorgen. Noch einmal: So weit ist es nicht, und es gibt derzeit keine bekannten Pläne in diese Richtung. Aber denkbar ist es, wenn es auch für jeden normal denkenden Bürger eine Horrorvision sein sollte. Und die Menschheit hat das, was denk- und machbar ist, bislang meistens umgesetzt. Lassen wir es in diesem Fall nicht so weit kommen! ■



Der Autor:

Prof. Dr. Max Otte studierte Betriebs- und Volkswirtschaftslehre sowie politische Wissenschaften in Köln und Washington und lehrt heute am Institut für Unternehmensführung und Entrepreneurship an der Universität Graz. Prof. Otte wurde drei Jahre in Folge (2009-2011) mit dem Titel „Börsianer des Jahres“ ausgezeichnet. Sein Buch „Der Crash kommt“ wurde zum Bestseller.

¹ <http://www.bild.de/ratgeber/gesundheits/medizin/9-implantate-die-wir-bald-im-koerper-tragen-3822252.bild.html>

² <http://www.cbsnews.com/news/man-becomes-human-bitcoin-wallet-with-chip-implanted/>

Griff in die staatliche **Trickkiste**

Die Ökonomen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) kommen seit Jahren regelmäßig zu dem Ergebnis, dass in kaum einem Industrieland so viele Steuern und Abgaben gezahlt werden müssen wie bei uns. Dazu vier Fragen an Matthias Warneke, Diplom-Volkswirt und Leiter des Deutschen Steuerzahlerinstitutes des Bundes der Steuerzahler.



Souverän: Mit welcher Berechtigung soll eigentlich der sogenannte Soli in die Einkommensteuer eingearbeitet werden?

Warneke: Das fragen wir uns allerdings auch. Der Soli gehört abgeschafft. Er ist eine Ergänzungsabgabe, die eigentlich nur temporär erhoben werden darf. Aus diesem Grund gibt es ja auch erhebliche verfas-

sungsrechtliche Bedenken gegen den Soli. Somit wäre ein Ende des Soli eigentlich nur noch eine Frage der Zeit. Deshalb versucht jetzt die Politik, den Soli zu retten. Schließlich ist er für den Fiskus eine wahre Goldgrube. Über 15 Milliarden Euro wird der Soli allein in diesem Jahr in die Bundeskasse spülen. 2019 werden es vermutlich über 18 Milliarden Euro sein. Zudem sind seit 2011 die Soli-Einnahmen höher als die Solidarpakt-II-Ausgaben. Da ist es natürlich kein Wunder, dass die Politik den Soli in irgendeiner Weise retten will. Die Integration des Soli in die Einkommensteuer wäre solch ein Weg. Das macht es für die Steuerzahler so gefährlich. Statt dem versprochenen Wegfall des Soli ab 2020 würde diese Sonderabgabe dann nämlich dauerhaft in die Einkommensteuer integriert weiterleben. Für die Mehrzahl der Steuerzahler würde das bedeuten, dass es ab 2020 keine Steuerentlastung durch einen Soli-Wegfall gäbe. Und schlimmer noch – für schätzungsweise acht Millionen Steuerzahler würde die Steuerbelastung sogar steigen. Das betrifft zum Beispiel Geringverdiener, die derzeit nicht den vollen Soli-Satz zahlen, und auch Familien, die derzeit wegen des Kinderfreibetrages ebenfalls etwas „soli-begünstigt“ sind. Diese Sonderfälle bei einer allgemeinen Soli-Integration in die Einkommensteuer zu berücksichtigen ist nämlich kaum möglich.

Das alles spricht sehr dafür, diesen Plan fallen zu lassen. Es ist im Übrigen schlicht ein Glaubwürdigkeitstest für die Politik, ob der Soli wie eigentlich geplant ausläuft oder ob dann kurz davor die Trickkiste geöffnet wird, um weiterkassieren zu können.

Wieso ignoriert man die kalte Progression, auch wenn sie zurzeit wegen der niedrigen Inflationsrate relativ gering ausfällt?

Die Effekte der kalten Progression sind für jeden Finanzminister großartig. Sie bringen dem Fiskus Steuermehreinnahmen, die zudem Jahr für Jahr steigen. Gesamtstaatlich sind es seit 2010, dem Jahr der letzten durchgreifenden Einkommensteuerreform, schätzungsweise insgesamt rund 25 Milliarden Euro.

Schon eine Lohnerhöhung, die lediglich die Inflation ausgleicht, führt im derzeit geltenden Einkommensteuerrecht zu höheren Durchschnittssteuersätzen. Das heißt: Der Lohn bleibt real, also kaufkraftbezogen, gleich. Aber die Steuerlast steigt. So macht die kalte Progression den Fiskus zum Inflationsgewinner. Kaufkraft wird von den Bürgern zum Fiskus in schöner Regelmäßigkeit umverteilt. Und da das Preisniveau Jahr für Jahr weitersteigt, wachsen die Effekte der kalten Progression auch dynamisch an. Aber das geschieht eben heimlich, still und leise. Auf dem Papier ist die Tarifformel ja gleich geblieben, wenn man von gelegentlichen Grundfreibetrags-Erhöhungen absieht, die die kalte Progression zumindest etwas dämpfen.

Wir versuchen mit unserer Öffentlichkeitsarbeit dazu beizutragen, dass dieser staatliche Steuertrick endlich so kritisch diskutiert wird, dass er dann auch dauerhaft abgeschafft wird. Die Gelegenheit für eine Reform ist so günstig wie nie zuvor. Die Inflationsraten sind derzeit historisch niedrig. Dadurch wären bei einer Abschaffung der kalten Progression auch die Steuermindereinnahmen vergleichsweise gering. Auf der anderen Seite waren die Steuereinnahmen noch nie so hoch wie derzeit. Und ich kenne wenige Themen, wo das Spektrum der Reformbefürworter so breit ist wie bei der kalten Progression. Es reicht von der CSU bis zur Linkspartei, von den Arbeitgeberverbänden bis zu den Gewerkschaften.

Daher hoffen wir, dass erste Reformschritte bald erfolgen.

Wir haben sogar einen eigenen Gesetzentwurf erarbeitet, auch wenn uns klar ist, dass die Politiker möglichst jede Steuermindereinnahme vermeiden wollen. Nur, um es klar zu sagen: Der Abbau der kalten Progression würgt die Einkommensteuereinnahmen keineswegs ab. Ohne Reformen würden die Einnahmen jährlich um fünf Prozent wachsen. Mit unserem Gesetzesvorschlag würde das Wachstum der Einkommensteuereinnahmen immer noch rund 3,5 Prozent jährlich betragen. Der Fiskus müsste also nur auf einen kleinen Teil der Steuermehreinnahmen verzichten, der ihm aufgrund der Inflationseffekte eigentlich ohnehin nicht zusteht.

Inzwischen haben sowohl die CDU als auch die CSU auf ihren jüngsten Parteitage ausdrücklich angekündigt, noch in dieser Legislaturperiode das Problem der kalten Progression anzugehen. Das stimmt uns sehr zuversichtlich. Vor wenigen Wochen hat die Bundesregierung zum ersten Mal dem Bundestag einen Steuerprogressionsbericht vorlegen müssen. Darin hat die Regierung zwar versucht, mit einigen Tricks das Problem kleinzurechnen. Aber das ist zweitrangig. Entscheidend ist, dass die kalte Progression prinzipiell ungerecht ist. Der Gesetzgeber muss derzeit ohnehin das Einkommensteuergesetz novellieren, um aus verfassungsrechtlichen Gründen den steuerlichen Grundfreibetrag zu erhöhen. Das ist die beste Gelegenheit, gleich auch den Rest der Tarifformel zu überarbeiten, damit die kalte Progression endlich konsequent ausgeschaltet wird. Wir haben dazu der Politik konkrete Gesetzesänderungsvorschläge unterbreitet.

Wieso gibt es keine qualifizierten Ausgabendeбаты mehr?

Geld auszugeben ist eben auch für Politiker angenehmer, als Geld zu sparen. Das gilt umso mehr, wenn es nicht um das eigene Geld geht, sondern um das Geld von Millionen von Steuerzahlern. Bei jedem Förderprogramm, bei jeder Subvention gibt es eine überschaubare Gruppe von Nutznießern, die besonders stark profitiert. Eine einzelne Subvention zu kürzen bringt dem einzelnen der vielen Steuerzahler relativ wenig, ruft aber großen Widerstand bei den Subventionsempfängern hervor. Das ist das Dilemma, in dem die Politik steckt. Umso wichtiger wäre es, nicht immer neue Förderprogramme und

Subventionen zu erfinden. Und – das zeigen unsere jährlichen Schwarzbücher – es könnte auch viel Geld gespart werden, wenn weniger Steuergeld verschwendet wird.

Zudem erleben wir gerade einen historischen Sonderfall. Das Zinsniveau ist derzeit so niedrig, dass die öffentliche Hand jährlich zweistellige Milliardenbeträge an Zinslasten spart. „Konsolidieren ohne zu sparen“ ist jetzt das Motto.

Wo bleiben eigentlich die Milliarden, die Jahr für Jahr mehr eingenommen werden?

Steuermehreinnahmen wecken natürlich Begehrlichkeiten in den Ministerien. Geld, das da ist, wird dann eben ausgegeben. Auch an Stellen, wo es unnötig ist. Das geht quer durch alle Politikbereiche. Der Bund der Steuerzahler wird demnächst wieder in seiner jährlichen „Aktion Frühjahrsputz“ mit einigen Dutzend Beispielen öffentlich machen, wofür der Staat so alles Geld hat und in wie viele, äußerst fragwürdige Bereiche die Subventionen und Fördergelder fließen. Der Phantasie – in der Vergangenheit waren es beispielsweise Forschungsprojekte wie Torf-Lippenpflegestifte, roter Apfelsaft oder violette Biomöhren – sind da selten Grenzen gesetzt. Dann

versickert Steuergeld in den allseits bekannten Investitions Großprojekten oder bei der Bundeswehr, aber auch in vielen anderen Bereichen. Unter www.schwarzbuch.de veröffentlichen wir immer wieder neue Fälle, um auf Steuergeldverschwendung hinzuweisen. Hinzu kommen die stetig steigenden Personal- und Pensionskosten. Im Namen der Entwicklungshilfe wiederum erhalten selbst Schwellenländer wie Brasilien oder Südafrika Gelder. Wir leisten uns weiter einen absolut wettbewerbsunfähigen deutschen Steinkohlebergbau. Das öffentliche Beschaffungswesen arbeitet nicht sonderlich effizient. Bis zu zehn Prozent der Ausgaben könnten hier laut Bundesrechnungshof gespart werden. Die vom Bund der Steuerzahler erarbeitete Einsparliste für den Bundeshaushalt umfasst insgesamt rund 20 Milliarden Euro pro Jahr. Sparpotenziale gibt es eigentlich genug. Doch solange sie nicht konsequent genutzt werden, müssen Jahr für Jahr die Steuerzahler die Lücken stopfen. Umso wichtiger ist es, nach der Schuldenbremse mittelfristig auch eine Steuerbremse zu installieren. Unser Staat soll solide finanziert sein. Aber die Steuerzahler haben auch einen Anspruch darauf, dass das Geld sorgsam und wirtschaftlich eingesetzt wird. ■

Kommunikation · Unterhaltung · Gesundheit · Sicherheit

Sie haben Fragen zum asina Tablet? Rufen Sie uns an! Wir sind für Sie da!
Telefon +49 (0) 351 - 219 71 444 · E-Mail info@asina-tablet.de

www.asina-tablet.de

Braucht unsere **Energiepolitik** weniger **Scheuklappen?**

Ist die Atomenergie eigentlich für alle Zeiten passé? Die Uhr für die in den 1950er Jahren entwickelten Leicht- und Siedewasserreaktoren ist sicherlich abgelaufen. Aber lohnt nicht ein Blick auf technische Weiterentwicklungen? Im Rahmen einer Energiewende sollten eigentlich alle Optionen ergebnisoffen überprüft werden.

Ein paar Sätze zur Klimadiskussion vorweg: Klima ist der mindestens 30-jährige Durchschnittswert von Wetter. Die Klimata aller Klimazonen (von tropisch bis polar) waren seit Bestehen unserer Erde nie konstant und werden es nie sein. Ein sich stets änderndes Klima kann man so wenig „schützen“ wie das Wetter. Dennoch ist „Klimaschutz“ zu einer Ikone von Gesellschaft und Politik geworden. Politik und Medien machen uns glauben, eine gefährliche Klimaerwärmung infolge anthropogener (menschgemachter) CO₂-Emissionen sei wissenschaftlicher Konsens. Dies ist unzutreffend, die Opposition unzähliger Klimawissenschaftler und weiterer fachna-

her Naturwissenschaftler gegen die Hypothese einer anthropogenen globalen Erwärmung belegt es – sogar die Physik-Nobelpreisträger Robert Laughlin und Ivar Giaever gehören ihr an¹. Weit über 1300 begutachtete wissenschaftliche Studien weisen nach, dass die anthropogene Erwärmungshypothese nicht zutrifft².

Und die Medien schweigen. Im naturgesetzlich immerwährenden Klimawandel wurde es im 20. Jh. auf ganz natürliche Weise wieder einmal wärmer – nur hatte damit der industrialisierte Mensch nichts zu tun. Dies beweist nicht zuletzt die seit 18 Jahren stagnierende globale Mitteltemperatur³.

Seit Galilei lautet das Paradigma der modernen Naturwissenschaft: „Maßgebend sind Messungen, nicht (Klima-)Modelle. Richard Feynman, einer der berühmtesten Physiker des 20. Jahrhunderts, sagte dazu: „Egal, wie bedeutend der Mensch ist, der eine Theorie vorstellt, egal, wie elegant sie ist, egal, wie plausibel sie klingt, egal, wer sie unterstützt: Wenn sie nicht durch Messungen bestätigt wird, ist sie falsch.“ Theorien oder Hypothesen müssen die Messungen wiedergeben, andernfalls sind sie zu verwerfen. Damit reduziert sich die Klimadiskussion auf eine einzige Kernfrage: Zeigen die Klimaverläufe seit Beginn der Industrialisierung (~1850) eine höhere Variabilität oder stärkere Extreme als davor? Die Antwort der Fachwelt ist eindeutig. Analysen von

Baumringen, Stalagmiten und Sedimenten zeigen zweifelsfrei, dass es immer wieder höhere Erdtemperaturen und raschere Temperaturänderungen gab als in den letzten 150 Jahren.

So 7500 und 4000 Jahre vor heute, zur Römerzeit und im Mittelalter. Grönland kühlte sich seit 8000 Jahren bis heute um 2,5 °C ab⁴ und war noch in historischen Zeiten eine weitgehend grüne, landwirtschaftlich genutzte Insel. In der grönländischen Warmperiode vor 8000 Jahren gab es keinen Eiskollaps, und auch „Knuth“ über-

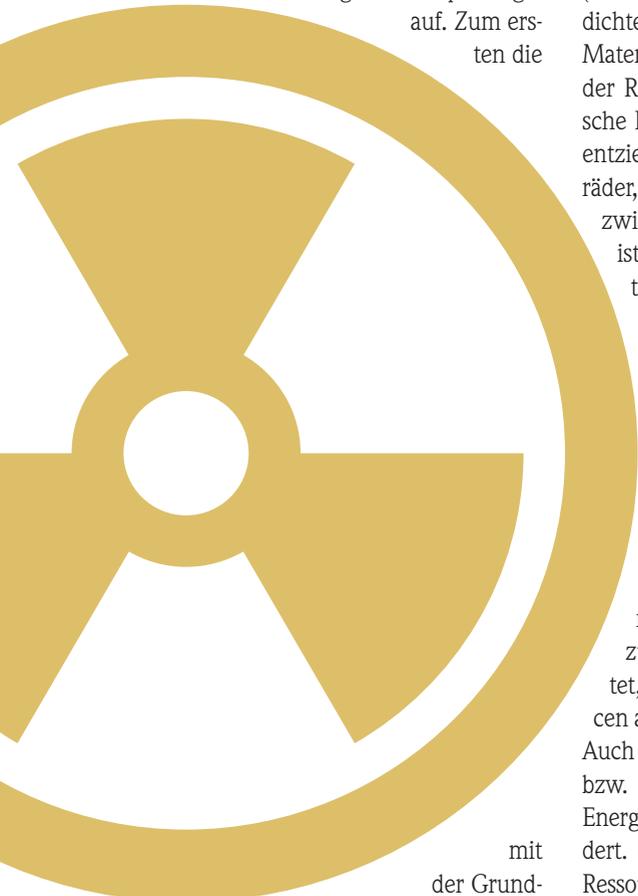
lebte bestens. In der „Kleinen Eiszeit“ gegen Ende des 17. Jahrhunderts, die in den vielen Eisbildern holländischer Maler anschaulich wird, war es umgekehrt auch schon wesentlich kälter als heute.

Für Extremwetter, Gletscherentwicklungen und Meeresspiegel gilt Analoges wie für Temperaturen⁵: Es gibt in neuerer Zeit nichts, was es nicht auch schon früher oft stärker und heftiger gab. Die Erwärmungswirkung des anthropogenen CO₂ ist zu klein und unmaßgeblich, um sich aus dem natürlichen Temperaturrauschen herauszuheben. CO₂-Einsparungen, wie jüngst wieder von der EU gefordert, sind daher wirkungs- und sinnlos. Sie schädigen nur unsere industrielle Basis. Lediglich Klimamodelle mit theoretischen Verstärkungsmechanismen, die durch keine Messungen belegt sind, zeigen eine gefährliche Erwärmung in der Zukunft an. Aber Klimamodelle können nicht die Klimavergangenheit wiedergeben, nicht die Eintrittszeitpunkte des El Nino (ENSO) vorhersagen, und sie fordern eine Erwärmungszone in ~10 km über dem Tropengürtel (Hot Spot), der nicht gemessen wird. Die entscheidende Zahlengröße ist die sog. Klimasensitivität des CO₂. Sie gibt die globale Erwärmung bei hypothetischer Verdoppelung der aktuellen CO₂-Konzentration an. Diese Größe ist UNBEKANNT, das bestätigt inzwischen das IPCC selbst in seinem jüngsten Sachstandsbericht für Politiker vom Jahr 2013⁶ auf Seite 14, als „Fußnote“ Nr. 16. Somit ergibt sich die absurde Situation, dass extrem kostspielige und für unsere industrielle Wertschöpfung verheerende CO₂-Einsparungsmaßnahmen auf einem einzigen UNBEKANNTEN Zahlenwert basieren. Wer Klimamodelle als Belege für eine gefährliche anthropogene Klimaerwärmung anführt, betreibt keine Physik mehr, sondern mittelalterliche Geisteswissenschaft.



Die deutsche Energiewende

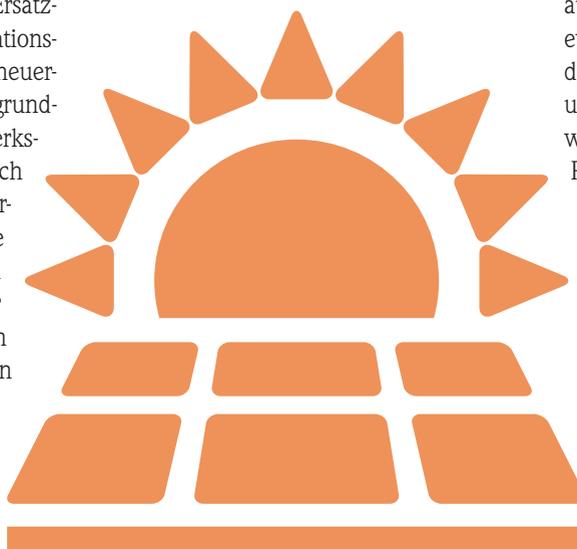
Die Energiewende in Deutschland beruht auf „Klimaschutz“, Schonung fossiler Ressourcen und der angeblichen Gefährlichkeit von Kernkraftwerken. Sie weist zwei prinzipielle, d.h. mit keiner Maßnahme zu beseitigende Hauptmängel auf. Zum ersten die



mit der Grundbedingung stabiler Stromnetze unvereinbare Fluktuation von Wind- und Sonnenstrom: Strom-Erzeugung und -Verbrauch müssen zu jedem Zeitpunkt übereinstimmen, sonst bricht das Netz zusammen. Da Elektrizität in großem Maßstab unter vertretbaren Kosten nicht gespeichert werden kann, müssen fossile Ersatzkraftwerke (meist Gas) zum Fluktuationsausgleich bereitgestellt werden. „Erneuerbare“ sind somit nur mit Hilfe eines grundsätzlich gleich großen fossilen Kraftwerksystems einsetzbar. Infolge der dadurch bedingten Lastwechsel der fossilen Ersatzkraftwerke verschleißt diese vorzeitig, denn als Grundlastanlagen sind sie dafür nicht ausgelegt. Ferner werden lange Stromleitungen von windreichen Standorten hin zu den Verbrauchern erforderlich. All dies verursacht explodierende Stromkosten und stetig abnehmende Versorgungssicherheit mit Strom. Der zweite Hauptmangel der

„Erneuerbaren“ ist ihre zu geringe Leistungsdichte, so Wind von 30 W/m² (Bayern) bis 115 W/m² (Nordsee) (m² Propellerfläche, Leistungsdichte bezogen auf die erzeugte elektrische Energie), Sonne nur 10 W/m² (m² Solarpanelenfläche), Kohle 250 000 W/m² und Uran 230 000 W/m² (m² Heizkesselfläche). Zu geringe Leistungsdichte bedeutet extremen Flächen- und Materialverbrauch. So benötigen Windräder Riesenpropeller, um genügend elektrische Energie dem zu schwachen Wind zu entziehen. Hoher Flächenbedarf für Windräder, bedingt durch den nötigen Abstand zwischen diesen Anlagen in Windparks, ist die Folge: Wollte man den gegenwärtigen Stromverbrauch Deutschlands allein aus Wind bestreiten, würde man knapp die Gesamtfläche Bayerns benötigen – und trotzdem ist immer noch ein gleich großes fossiles Kraftwerkssystem zum Fluktuationsausgleich erforderlich. Großer Flächenbedarf zieht hohe Natur-schädigung nach sich.

Schlussendlich ist Ressourcenschonung ein Fehlargument. Dies klingt zunächst falsch, weil niemand bestreitet, dass sparsamer Umgang mit Ressourcen aus Kostengründen sehr vernünftig ist. Auch CO₂-Einsparung bedeutet weniger bzw. sparsamere Verbrennung, was den Energieverbrauch und damit die Kosten mindert. Es geht hier aber um die prinzipielle Ressourcenschonung für unsere Nachkommen. Sie ist unsinnig, wie es immer wieder die Geschichte gezeigt hat. Der Grund dafür liegt darin, dass eine Ressource nicht von der verfügbaren Menge, sondern vom technischen Kenntnisstand abhängt. Die gegenwärtige Entwicklung der Schiefergasnutzung und neuer Reaktortypen zeigt jetzt schon



neue Wege weg vom Erdöl und später von der Kohle auf. Jede Ressource kann durch intelligente Technik und neue technische Möglichkeiten ersetzt werden.



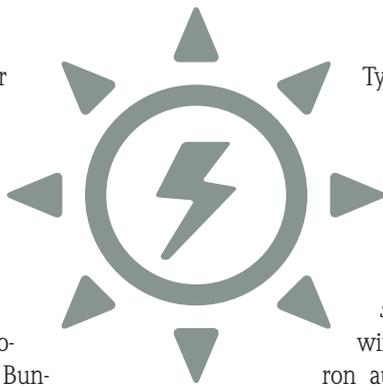
Kernenergie ist in Deutschland zum Schreckgespenst geworden. Ausgerechnet in Deutschland, wo Otto Hahn, Lise Meitner und Fritz Straßmann mit der Entdeckung der Kernspaltung 1938 in Berlin den entscheidenden Erkenntnisbeitrag zur friedlichen Nutzung dieser schier unerschöpflichen Energiequelle lieferten, will man von dieser Technik „offiziell“ nichts mehr hören. Das ist bedauerlich, denn wenn man sich auch nur etwas Zeit für eine sachliche Auseinandersetzung mit dieser Technologie nimmt, so wird man erkennen, dass es sich dabei um eine wichtige kulturelle Errungenschaft der Menschheit handelt.

Leider sind viele Begriffe aus der Kerntechnik negativ konnotiert. Dies liegt vor allem an der ersten „Anwendung“, der Atombombe sowie an der Untergangsstimmung der 1960er bis 1980er Jahre im Umfeld des nuklearen Wettrüstens. Viele Schocker-Movies sind in dieser Zeit entstanden, wie „Das China-Syndrom“, in welchem suggeriert wird, dass die Nukleartechnik überhaupt nicht beherrschbar sei und kleinste Fehler katastrophale globale Auswirkungen hätten. In Wirklichkeit sind sogenannte „Kernschmelzen“ durchaus beherrschbar, sogar fast als „Auslegungsfall“ eingeplant. In Fukushima allerdings hatte niemand die Wucht des vorausgehenden Tsunami eingeplant, dessen Wassermassen sämtliche Sicherheitsvorkehrungen überwand. Solche Kernschmelzen sind bislang viermal eingetreten (Harrisburg, Fukushima I, 1-3), in keinem Fall waren Todesfälle durch die ausgetretene Strahlung zu verzeichnen, eventuelle Langzeitfolgen allerdings sind in der Wissenschaft strittig. Nur der Reaktorunfall von Tschernobyl mit seinem nach westlichen Maßstäben niemals zulässigen Reaktortyp kostete nachweisbar 28 Arbeiter und eine vermutlich ähnliche Zahl von Menschen in der Bevölkerung das Leben. Verglichen mit anderen großen industriellen Katastrophen wie dem Bruch des chinesischen Banqiao-Staudamms (über 100 000 Tote durch Überschwemmung und Epidemien) oder der Chemiekatastrophe von Bhopal (Schätzungen schwanken zwischen 3 800 und 25 000 Toten sowie 500 000 Verletzten), erscheinen die Risiken

der Kernenergie doch eher übertrieben, zumal wenn künftig modernere Reaktortypen zum Einsatz gebracht würden.

Ein weiterer negativer Begriff ist der „nukleare Abfall“. Durch jahrzehntelange Übertreibungen in Politik und Medien hat jeder Bundesbürger vermutlich den Eindruck, wir stünden vor gigantischen Bergen hochradioaktiver Fässer, die jeden Moment leckschlagen könnten. Tatsächlich gibt es kaum einen Industriezweig, der so wenig Abfälle erzeugt. Über die gesamte Geschichte der nuklearen Energieversorgung Deutschlands sind „strahlende“ (wärmeentwickelnde) Abfälle entstanden, die in einen Würfel der Kantenlänge von 27 Meter passen – mit Verpackung! Zum Vergleich: In Hessen befindet sich die größte Giftmülldeponie der Welt, wo die ca. 100-fache Menge an toxischen Stoffen aus der chemischen Industrie eingelagert ist. Die Presse interessiert sich dafür kaum.

Allein über die Übertreibungen und Unwahrheiten zum Thema Kernenergie ließen sich ganze Bücher füllen. Wir wollen hier jedoch einen Blick in die Zukunft wagen. Denn die Entwicklung der Kerntechnik hat gerade erst begonnen. Direkt nach dem 2. Weltkrieg, als den Staaten das enorme Zerstörungspotenzial der Atombombe bewusst wurde, kam es bereits zu Abkommen, die Technik zivil zu nutzen. Dies mündete ein Jahrzehnt später in die Gründung der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO), die zum Ziel hat, „den Beitrag der Kernenergie zu Frieden, Gesundheit und Wohlstand weltweit zu beschleunigen und zu vergrößern“. Zu dieser Zeit waren alle Konzepte für zivile Kernreaktoren bereits erdacht, auch jene, die heute als „Generation IV“ beworben werden. Entwickelt wurde jedoch praktisch nur ein



Typ: wassermoderierte Reaktoren.

Der wesentliche Prozess, der in einem Kernreaktor Energie und damit Nutzwärme freisetzt, ist die *Kernspaltung*. Jede Spaltung wird dabei durch ein Neutron ausgelöst, und bei jeder

Spaltung werden auch wieder neue Neutronen freigesetzt. Die Kunst, einen Kernreaktor zu kontrollieren, besteht darin, die Zahl der Neutronen und damit der Spaltungsprozesse immer konstant zu halten. Die Neutronen, die „frisch“ aus einer Kernspaltung freigesetzt werden, haben eine relativ hohe Geschwindigkeit, die Spaltung weiterer Kerne funktioniert jedoch am besten bei möglichst niedriger Geschwindigkeit. Dazu bremst man die Neutronen durch einen Moderator ab, was bei wassermoderierten Reaktoren natürlich durch das Wasser übernommen wird, welches auch gleichzeitig die Wärme aufnimmt und nach außen transportiert, wo sie in Elektrizität umgewandelt wird.

Kernreaktoren mit Moderator nennt man allgemein thermische Reaktoren, im Gegensatz zu schnellen Reaktoren, bei denen die Neutronen ihre ursprüngliche Geschwindigkeit beibehalten, dafür aber nicht so häufig weitere Kerne spalten können. Thermische Reaktoren haben einen wesentlichen Nachteil: Sie können nicht alle Kerne spalten, die im Prinzip Energie liefern könnten. So können sie das Uranisotop U-235 gut spalten, nicht aber das viel häufiger vorkommende U-238. Man muss vorher das U-235 über umständliche Prozesse konzentrieren – die berühmte Anreicherung. Gleichzeitig bauen sie während des Betriebs immer mehr solcher (für sie selbst) schlecht spaltbaren Stoffe auf. Man kann dies mit einer unvollständigen Verbrennung wie dem „Köhlern“ vergleichen, mit dem Unter-

schied, dass das eigentliche Produkt (die Holzkohle, hier die gebrauchten Brennstäbe) als Abfall zu betrachten ist. Die Bilanz ist erschreckend: Von dem ursprünglich geförderten Uran wird nur 1% gespalten, der Rest ist Abfall. Es zeigt aber auch, welches Potenzial hier noch drinsteckt. Man überlege sich, was es bedeuten würde, wenn man auch die übrigen 99% spalten und damit energetisch nutzen könnte. Man würde nicht nur den Förderaufwand um einen Faktor 100 reduzieren, sondern auch ein geologisches nukleares Endlager überflüssig machen. Denn das, was nach der Spaltung übrig bleibt (die Spaltprodukte), muss nur noch 300 Jahre gelagert werden. Danach haben sich die Spaltprodukte in wertvolle industrielle Rohstoffe umgewandelt.

Natürlich hatten thermische Reaktoren auch Vorteile, sonst hätte man sie nicht ursprünglich entwickelt, sie treffen jedoch heute überhaupt nicht mehr zu. Damals war der Prozess der Uran-Anreicherung sehr kostspielig, und der Hauptvorteil bestand darin, dass thermische Reaktoren mit einer sehr geringen Anreicherung auskommen konnten. Gönnst man sich trotzdem etwas Anreicherung, so kann man einen thermischen Reaktor sogar sehr klein bauen. Damals schien dies eine ideale Anwendung für den mobilen Einsatz, und es ist deshalb auch nicht überraschend, dass die Entwicklung wassermoderierter Reaktoren vor allem vom Militär durch den Einsatz in atomgetriebenen U-Booten und Flugzeugträgern forciert wurde. Dieses Prinzip wurde dann auf zivile Anwendungen in Form des heute beliebtesten Typs, des Druckwasserreaktors (DWR), übertragen, wo der Vorteil jedoch gar keinen Nutzen mehr bringt. Aber hat sich etwas erst einmal bewährt, so baut man es gerne aus.

Es bleibt also festzuhalten, dass thermische Reaktoren, wie sie heute fast ausschließlich eingesetzt werden, physikalisch bedingt nicht in der Lage sind, nukleare Spaltstoffe auch nur annähernd vollständig zu verbrennen. Die anfänglichen Vorteile (bessere Skalierbarkeit, geringere Anreicherung) sind heute keine mehr, schon gar nicht in der zivilen Anwendung. Die wahrgenommenen negativen Folgen aber, nukleare „Abfälle“, die über geologische Zeiträume gelagert



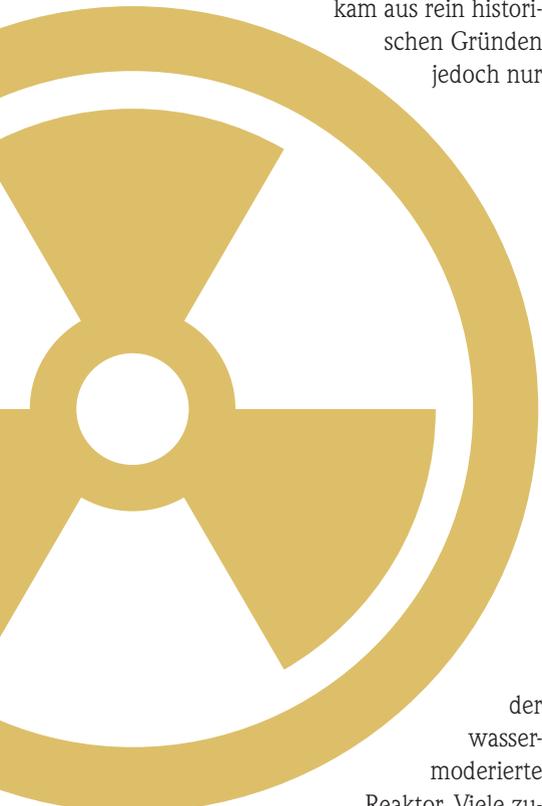
Die Autoren:
Prof. Dr. Horst-Joachim Lüdecke (li.), Jahrgang 1943, ist ein deutscher Physiker für Strömungsmechanik und emeritierter Professor an der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes. Er ist Autor von Sachbüchern und Pressesprecher des Europäischen Instituts für Klima und Energie (EIKE). **Dr. Götz Ruprecht** (re.) ist Kernphysiker und einer der führenden Köpfe bei der Entwicklung des Dual-Fluid-Reaktors.

werden müssen, sowie unnötig hohe Förderkosten, bleiben bestehen. Mit schnellen Reaktoren bestehen diese Probleme grundsätzlich nicht. Aber lassen diese sich auch ökonomisch bauen?

Die Generation IV

Wie bereits erwähnt, sind alle nuklearen Konzepte, ob thermisch oder schnell, bereits in der Anfangszeit der Nukleartechnik erdacht und die meisten in den folgenden Jahrzehnten sogar erprobt worden.

Zur kommerziellen Anwendung kam aus rein historischen Gründen jedoch nur



der wassermoderierten Reaktor. Viele zukunftsweisende Konzepte wurden sogar vollständig getestet, auch Prototypen wurden gebaut, sie kamen gegen die übermächtige Konkurrenz aber nicht mehr an. Es war voraussehbar, dass viele Konzepte, die für die zivile Nutzung im Grundsatz besser geeignet sind, in den Schubladen verschwinden.

Im Jahr 2000 rief das U.S.-Energienministerium neun in Nukleartechnik führende Nationen zu einer Initiative auf, die bekannten und auch andere Konzepte weiterzuentwickeln. Daraus ging das „Generation-IV-Forum“ (GIF) hervor, das heute 13 Staaten umfasst. Deutschland gehört nicht dazu. Ziel der Initiative ist es, die Konzepte zur Marktreife zu bringen. Anvisiert ist das Jahr 2030. Zu den „Zukunftskonzepten“ gehören bekannte Reaktortypen wie der deutsche Hochtemperaturreaktor (THTR-300) und der ebenfalls in Deutschland gebaute

„schnelle Brüter“ (SNR-300). Letzterer war, wie der Name andeutet, ein schneller Reaktor, gehörte also jener Klasse an, die das „nukleare Abfallproblem“ im Prinzip lösen könnte. Er hatte 1986 „alle 17 Genehmigungen durchlaufen und wurde von den Landespolitikern in Nordrhein-Westfalen gestoppt, als die Anlage bereits vollständig errichtet war und zum Betrieb anstand“ (Willy Marth: Meine Erlebnisse). Die Betriebsgenehmigung wurde dabei widerrechtlich jahrelang verweigert, indem immer neue Prüfkriterien erfunden wurden. Die bestehenden Anlagen wurden letztendlich zu einem Vergnügungspark umfunktioniert. Milliarden DM wurden verbrannt, und das nukleare Abfallproblem besteht heute noch, vor allem als Argument gegen den Bau neuer Anlagen und die Entwicklung neuer Konzepte wie des SNR-300.

Schnelle Reaktoren wie der SNR-300 dürfen die Neutronen nicht moderieren, weshalb sie meist flüssiges Metall zur Kühlung einsetzen. Beim SNR-300 ist es das Natrium, weshalb diese Klasse im Generation-IV-Forum allgemein SFR (Sodium-cooled fast reactor) genannt wird. Eine andere Variante ist der bleigekühlte Reaktor LFR (Lead-cooled fast reactor). Er wurde ebenfalls bereits erprobt und sogar eingesetzt, nämlich in russischen U-Booten. Auch flüssige Salze eignen sich, und auch diese sogenannten MSR (Molten-salt reactor)-Konzepte liefen bereits testweise in den 1960er und 1970er Jahren am Oak-Ridge National Laboratory in den USA, wenn auch nur die thermische Variante mit Graphit-Moderator. Das Generation-IV-Forum hat den Moderator jüngst gestrichen und will nur die schnelle Variante (MSFR) weiterentwickeln – eine sinnvolle Entscheidung. Der MSR hat jedoch eine Besonderheit: Das flüssige Salz dient nicht nur der Kühlung, sondern transportiert auch den Spaltstoff. Dies erlaubt ein kontinuierliches Aufarbeiten und Austauschen des Brennstoffs und soll deshalb unten genauer betrachtet werden.

Der THTR-300 war ein ähnlich zukunftsweisendes Projekt. Das Konzept weist dabei gleich mehrere neuartige Eigenschaften auf. Durch Heliumkühlung kann eine Betriebstemperatur von 800 °C (geplant sogar 1000 °C) erreicht werden. Bei dieser hohen Temperatur wird die Synthese von Wasserstoff so kostengünstig, dass man damit künstliche Kraftstoffe herstellen kann. Die drohende Ölkrise hat die Entwicklung dieses Typs deshalb beschleunigt. Er konnte wenigstens noch einige Jahre laufen, bevor auch er stillgelegt wurde. Hierbei spielten

jedoch auch technische Probleme und Zweifel an der Marktfähigkeit eine Rolle. Eine weitere Besonderheit ist auch die Kugelform der Brennelemente, sie können im laufenden Betrieb ausgetauscht werden, wodurch er sogar eine gewisse Ähnlichkeit mit dem MSR hat. Im Generation-IV-Forum lebt dieses Konzept weiter als VHTR (Very high temperature reactor).

Schließlich gibt es in der Generation IV noch zwei weitere Konzepte, den „superkritisch-wassergekühlten Reaktor“ (SCWR) und den gasgekühlten Reaktor (GFR). Der SCWR ist eigentlich ein wassermoderierter Reaktor und unterscheidet sich von heutigen Reaktoren nur durch die effektivere Wärmeabfuhr. So gesehen ist er die natürliche Weiterentwicklung heutiger Reaktoren, obwohl das Prinzip der Kühlung mit superkritischem Wasser auch auf andere Reaktortypen angewendet werden kann. Der GFR ist dem VHTR ähnlich, hat aber keine kugelförmigen Brennelemente und keinen Moderator. Er ist die schnelle Variante des VHTR, die Brennelemente lassen sich im Betrieb jedoch nicht mehr austauschen.

Dies sind die sechs Konzepte der Generation IV. Sie haben alle ihre Besonderheiten mit Vor- und Nachteilen. Dass außer dem VHTR alle Konzepte inzwischen wenigstens als schnelle Variante in Betracht gezogen werden, zeigt, dass man die Wichtigkeit der schnellen Reaktoren erkannt hat. Es bleibt nun das Problem der Wirtschaftlichkeit. Hier haben fast alle Konzepte einen gravierenden Nachteil: Sie benutzen feste Brennelemente. Dies erfordert eine umgebende Infrastruktur mit Fabriken für Fertigung, Wiederaufbereitung/Partitionierung und Entsorgung, Castor-Transporten, Stillstandszeiten sowie besondere Sicherheitsmaßnahmen, da sich Spaltprodukte im Reaktor anhäufen.

Fortsetzung in der nächsten Ausgabe

¹ <http://tinyurl.com/4zcrb5f>

² <http://tinyurl.com/y9jrjaf>

³ SPIEGEL: Streit über pausierende Erderwärmung: Forscher wittern Anti-Klimaschutz-Kampagne, <http://tinyurl.com/q9wkp4o>

⁴ Lecavalier, B.S., et al.: Revised estimates of Greenland ice sheet thinning histories based on ice-core records, *Quaternary Science Reviews*, 63, 73-82 (2013)

⁵ IPCC Climate Change 2001, the scientific basis, Chapter 02, Abschnitt 2.7, S. 155, http://www.grida.no/publications/other/ipcc_tar/, IPCC Extremwetterbericht (2012), <http://www.ipcc-wg2.gov/SREX/>

⁶ IPCC-Bericht (2013), Fußnote 16 unter D.2, <http://tinyurl.com/qdkxh68>

„Wir brauchen Konzepte für ein Wohlergehen ohne Wachstum“

Bedeutet eine Abnahme der Bevölkerung automatisch einen Rückgang des Wohlstands? Die Diskussion um den demografischen Wandel muss endlich in sachgerechte Anpassungskonzepte münden.

Souverän: Herr Dr. Klingholz, es wird beim Fortbestand des aktuellen Trends bis 2050 etwa acht Millionen Erwerbstätige weniger geben. Gibt es da noch ein Zurück?

Dr. Klingholz: Die geburtenstärksten Jahrgänge stammen aus den 1960er Jahren. Diese Babyboomer erreichen in den kommenden 20 Jahren das Rentenalter. Die heutigen Geburtsjahrgänge sind hingegen nur noch halb so groß wie damals, es wachsen also relativ wenige junge Menschen ins Erwerbsalter nach. Selbst wenn wir den Renteneintritt auf 69 Jahre hochfahren, wäre mit einem Rückgang der Menschen im Erwerbsalter von acht Millionen zu rechnen. Allein eine starke Zuwanderung könnte diese Zahl etwas abmildern. Ein Zurück zu einer gleichbleibenden oder gar wachsenden Zahl an Erwerbstätigen gibt es also nicht.



Reiner Klingholz ist Direktor des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung. Weitere Informationen zu dem Thema finden Sie unter www.berlininstitut.org oder in dem Buch „Sklassen des Wachstums – Die Geschichte einer Befreiung“ von Reiner Klingholz, erschienen im Campus-Verlag.

Was haben Sie gemeint, als Sie vor einigen Monaten sagten: „Die Deutschen müssen sich an Armut gewöhnen“?

Interessanterweise habe ich das nie gesagt. Eine große Tageszeitung hat diesen Titel für einen Beitrag von mir gewählt. Mein eigentlicher Titel war: „Anleitung zum Wenigersein“. Damit wollte ich ausdrücken, dass die Zeiten des vermeintlich ewigen Wachstums in Deutschland vorbei sind. Wir müssen lernen, mit einer rückläufigen Bevölkerung umzugehen, mit weniger oder gar keinem Wirtschaftswachstum. Eine alternde und schrumpfende Gesellschaft braucht Konzepte für ein Wohlergehen ohne Wachstum. Das Ende des Wachstums muss keineswegs Armut bedeuten. Dummerweise kümmern wir uns nicht um diese Konzepte, weil wir glauben, das alte Wachstum kehre irgendwann zurück.

Geht die Große Koalition mit dem Thema demografische Entwicklung zu zögerlich um?

Das Gute am demografischen Wandel ist, dass wir die kommenden zwei, drei Jahrzehnte ziemlich gut vorhersagen können. Die meisten Menschen, die dann leben werden, sind ja heute schon da. Wir wissen also, wie viele Menschen mit welcher Qualifikation berufstätig sein können, was auf das Renten- und Pensionssystem, was auf die Gesundheits- und Pflegekassen zukommt, und wir wissen auch, dass wirtschaftsstarke Zentren eher wachsen, entlegene ländliche Räume hingegen weiter an Bevölkerung verlieren werden. Mit diesem Wissen vor Augen handelt die Große Koalition nicht nur zögerlich, sondern verantwortungslos. Das Geschenkpaket aus Mütterrente und Frührente mit 63 ist ein grober Verstoß gegen das Gebot der Generationengerechtigkeit. Das Paket mag der Koalition politische Mehrheiten sichern. Aber es bestraft die jüngere Generation und schickt einen Teil der Rentner von morgen in die Altersarmut.

Was müsste politisch geschehen, um die absehbaren Probleme doch noch in den Griff zu bekommen?

Die demografischen Probleme lassen sich prinzipiell nicht lösen, denn die Zusammensetzung der Bevölkerung verändert sich nun einmal – und zwar mittelfristig in allen Ländern der Welt. Wir können und müssen deshalb versuchen, uns so gut wie möglich dem Wandel anzupassen. Um unseren Wohlstand angesichts eines immer länger währenden Lebens zu halten, müssen wir nicht nur länger arbeiten, sondern auch mehr Frauen und Geringqualifizierte für den Arbeitsmarkt gewinnen. Wir brauchen eine gesteuerte Zuwanderung, um die Lücken bei den Erwerbstätigen zu füllen, vor allem im medizinischen und Pflegesektor. Wir müssen dafür sorgen, dass alle jungen Menschen eine gute Ausbildung bekommen. Insgesamt müssen wir uns mehr um die Jungen und die Zukunft kümmern. Heute fließen rund 40 Prozent des gesamten Sozialbudgets in Sozialleistungen für Ältere. In Bildung, also in Kindergärten, Schulen, Hochschulen sowie die Berufsbildung, investiert der Staat nicht einmal halb so viel. Selbst wenn man die gesamte öffentlich finanzierte Forschung und Wissenschaft an Universitäten, nichtuniversitären Instituten und privaten Unternehmen mit einrechnet, bleibt die Gesamtsumme deutlich unter jener der Leistungen für Ältere. Seit Jahren sinkt anteilig das Budget für Bildung, während die Leistungen für Ältere steigen. Wie stark sich die finanzielle Umverteilung zugunsten der Älteren auswirkt, sieht man allein daran, dass in Deutschland Ältere deutlich seltener von Armut bedroht sind als Familien, insbesondere Alleinerziehende und deren Kinder. Wer also nur an Wohltaten für Rentner und Pensionäre denkt, damit er wiedergewählt wird, vergisst, dass sich die Zukunft nur mit Investitionen in die Jungen finanzieren lässt.

Herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

Strafverfolgung nach Kassenlage?

Der pensionierte Kölner Oberstaatsanwalt Egbert Bülles warnt: Ohne verbesserte finanzielle, strafrechtliche und personelle Mittel und ohne den politischen Willen wird es in Zukunft unmöglich sein, die organisierte Kriminalität auch nur ansatzweise effizient zu bekämpfen.

Unzählig sind die Versuche, den Begriff der Organisierten Kriminalität (OK) zu definieren, denn es gibt keine Legaldefinition für die OK. Einigkeit besteht aber darüber, dass OK die von Gewinnen oder Machtstreben bestimmte planmäßige Begehung von Straftaten ist, die einzeln oder in ihrer Gesamtheit von erheblicher Bedeutung sind. Ihre Erscheinungsformen sind vielgestaltig. Neben strukturierten, hierarchisch aufgebauten Organisationsformen (häufig zusätzlich abgestützt durch ethnische Einheit, Sprache, Sitten, sozialen und familiären Hintergrund) finden sich – auf der Basis eines Systems persönlicher und geschäftlich kriminell nutzbarer Verbindungen – Straftäterverflechtungen mit unterschiedlichem Bindungsgrad der Personen untereinander, deren konkrete Ausformung durch die jeweiligen kriminellen Interessen bestimmt wird.

OK wird zurzeit vorwiegend in den folgenden Kriminalitätsbereichen festgestellt:

- Rauschgifthandel und -schmuggel;
- Kriminalität im Zusammenhang mit dem Nachtleben (vor allem Prostitution, Frauenhandel, illegales Glücks- und Falschspiel, Schutzgelderpressung);
- unerlaubte Arbeitsvermittlung und Beschäftigung;
- illegale Einschleusung von Ausländern;
- Fälschung und Missbrauch von Zahlungsmitteln;
- bandenmäßiger Diebstahl hochwertiger Kraftfahrzeuge;
- Einbruchsdiebstahl in Wohnungen mit zentraler Beute-Verwertung;

- Rockerkriminalität (z.B. Hells Angels, Bandidos).
- Hinzu kommt etwa der organisierte Betrug
- zum Nachteil älterer Leute (z.B. Enkeltrick, Schockanrufe);
 - Betrug „an der Haustüre“; oder
 - durch Call-Center-Abzocke (Gewinnspiele).

Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass viele der Täter, die der OK zuzurechnen sind, deliktübergreifend tätig sind, sich also nicht ausschließlich mit einem Kriminalitätsbereich, sondern gleichzeitig oder nacheinander sich etwa mit Menschenhandel, gewerbsmäßigem PKW-Diebstahl und mit Rauschgifthandel beschäftigen. So werden etwa Frauen aus Osteuropa nach Deutschland der Prostitution zugeführt und quasi auf dem Rückweg entwendete Fahrzeuge mitgenommen.

Die Aufzählung dieser Straftaten ist nicht abschließend und wird insbesondere durch neue technische Erfindungen, etwa im Kommunikationsbereich (Internet u.a.), erweitert, so im Bereich der Kreditkartenkriminalität (der betrügerische Einsatz von heimlich abgelesenen Geheimnummern und Daten-„Skimming“), der Computerkriminalität. Nicht unerwähnt bleiben sollen die bis vor einigen Jahren nicht vorstellbaren Straftaten im Banken- und Finanzbe-

reich, die zum Untergang von Banken und der Zahlungsfähigkeit ganzer Staaten geführt haben.

Die Bearbeitung von Ermittlungsverfahren im OK-Bereich ist vielfach zufällig und unsystematisch, sodass eine „intelligente“ Bekämpfung erforderlich ist, um diese Kriminalität, die sich nicht nur gegen einzelne Mitbürger, sondern auch gegen den Kernbestand des Staates richtet, wirksam bekämpfen zu können. Nicht einzelne Personen wie etwa der minderjährige Wohnungseinbrecher, sondern dessen Hinterleute, die oft im Ausland befindlichen Organisationen und deren Strukturen müssen Ziel der Ermittlungen sein, wobei deren Zerschlagung und die Einziehung des Vermögens und nicht nur die Inhaftierung einzelner Personen durchzuführen sind. Die Beschlagnahme des Vermögens trifft die Organisationen besonders, da ihnen hierdurch die Grundlage entzogen wird, ihre kriminellen Geschäfte fortzuführen.

Im Gebiet des Rauschgifthandels und der Wirtschaftskriminalität, so etwa bei der illegalen Abfallbeseitigung, gibt es aber größtenteils keine Geschädigten im klassischen Sinn, sodass auch keine Anzeigen erstattet werden, mithin die Strafverfolgungsbehörden kaum Kenntnis von derartigen



Straftaten erlangen. In anderen Bereichen, wie im Rotlichtmilieu – etwa beim Menschenhandel oder bei Schutzgelderpressungen oder der Schleuser-Kriminalität –, werden in vielen Fällen Zeugen, die zur Anzeige bereit wären, durch Drohung mit Gewalt eingeschüchtert. Bei Straftaten wie Geldwäsche oder Bandenkriminalität handeln die Täter höchst konspirativ oder in geschlossenen ethnischen Gruppen, sodass die normalen Instrumente der strafprozessualen Aufklärung oft nicht zum Ziel führen. Erforderlich ist es deshalb auch, durch Früherkennung neuartiger Kriminalitätsstrukturen diese Straftaten (z. B. Skimming oder Phishing) wirksam bekämpfen zu können.

Die Kriminalstatistik spiegelt die OK nur unzureichend wider. Diese spielt sich nämlich oft nur im Verborgenen ab und ist von einer Mauer des Schweigens umgeben. Es gilt der Satz: „Erkennbare OK ist schlechte OK. Eindeutig in den letzten Jahren angestiegen ist aber die Kriminalität im Bereich der Zahlungskriminalität, bei den Straftaten zum Nachteil älterer Menschen und insbesondere bei den Eigentumsdelikten, namentlich bei den bandenmäßig begangenen Wohnungseinbrüchen und Taschendiebstählen.

Die Aufklärung von Straftaten hängt aber im Wesentlichen davon ab, wie hoch der persönliche und materielle Einsatz der Strafverfolgungsbehörden ist, Kriminalität zu verfolgen. Dieser wird von der Politik und nicht zuletzt von den Finanzministern bestimmt, wobei in Deutschland zurzeit aus ökonomischen Gründen der schlanke Staat propagiert wird, der mit dem Abbau des öffentlichen Dienstes einhergeht, was natürlich Auswirkungen auf eine wirksame Strafverfolgung hat. Ein schlanker Staat wird – wie die Geschichte gezeigt hat –

Der Autor: **Egbert Bülles**, Jg. 1946, studierte Rechtswissenschaften an der Uni Bonn. Bis zu seiner Pensionierung arbeitete er bei der Kölner Staatsanwaltschaft und leitete viele Jahre die Abteilung Organisierte Kriminalität im Kölner Justizzentrum. Sein Buch „Deutschland Verbrecherland?“ ist im Econ-Verlag erschienen (seit neuestem auch als Taschenbuch für 9,99 €).

schnell zu einem schwachen Staat, der nicht mehr fähig ist, das vernünftige Zusammenleben der Menschen zu regeln, sodass nicht-staatliche Organisationen, etwa die Mafia in Italien oder Drogenkartelle in Mexiko, mehr staatliche Aufgaben übernehmen und sich dabei nicht um Recht und Gesetz scheeren. Es sollte auch nicht außer Betracht bleiben, dass finanzielle Einsparungen – wie etwa in Berlin oder NRW – den Beruf als Polizeibeamter oder Richter und Staatsanwalt unattraktiv machen und diese nicht dazu bewegt werden, bei ständigem Personalabbau und finanziellen Einsparungen ihren Arbeitseinsatz noch zu steigern, sondern stattdessen Dienst nach Vorschrift

Es geht nicht an, den Schutz der Bevölkerung vor Straftätern – eine Kernaufgabe des Staates – zu privatisieren.

leisten. Statt einer Strafverfolgung nach Kassenlage müssen aber die Strafverfolgungsbehörden durch bessere personelle und sachliche Ausstattung in die Lage versetzt werden, schwere Straftaten, die oft von überörtlich und international tätigen Banden begangen werden, wie etwa Wohnungseinbrüche oder Betrügereien zum Nachteil älterer Menschen, zu bekämpfen. Einbrüche etwa empfinden viele Opfer als schwere Verletzung, wobei sie noch lange nach der Tat unter Ohnmachtsgefühlen oder Schlaflosigkeit leiden. Die nicht zu leugnende Einbruchswelle führt zu einer



großen Verunsicherung, man fühlt sich nicht mehr von der Polizei geschützt und beginnt, sich unter großem finanziellem Aufwand gegen einen Einbruch zu schützen oder private Bürgerwehren zu bilden – ein Alarmzeichen, das die Politik nicht übersehen sollte.

Es geht nicht an, den Schutz der Bevölkerung vor Straftätern – eine Kernaufgabe des Staates – zu privatisieren und etwa bei Wohnungseinbrüchen nach dem Motto „Riegel vor“ die Bürger zu veranlassen, sich selbst durch den Einsatz hoher finanzieller Mittel, wie einbruchsicherer Türen und Fenster, Videokameras oder privater Sicherheitsdienste, zu schützen. Dies führt dazu, dass nur noch die Reichen vor Straftätern sicher sind.

Das Gleiche gilt für den organisierten Betrug gegenüber älteren Mitmenschen. Da die meisten älteren Leute ihr Telefon früher bei der Post angemeldet haben und nunmehr bei deren Nachfolgerin, der deutsche Telekom, registriert sind, die nur noch Daten für die Dauer von einer Woche den Strafverfolgungsbehörden zur Verfügung stellt, wird durch die fehlende Vorratsspeicherung die Aufklärung von Netzwerken erschwert oder völlig verhindert. Die Einzeltrick-Täter hinterlassen in den seltensten Fällen Fingerspuren. Durch ihre intensive Kommunikation untereinander mittels Telekommunikations-Endgeräten vor und nach einer Tat, aber insbesondere während der eigentlichen Tatphase, verbleiben jedoch Daten, die sich von der Polizei herausfiltern lassen. Nur durch derartige Ermittlungen können die Täter gefasst und Opfer geschützt werden.

Gerade die älteren Mitmenschen – bekanntermaßen altert unsere Gesellschaft in fortschreitendem Maß – benötigen – wie



auch Kinder – besonderen Schutz, und niemand sollte so vermessen sein, dass er nicht im fortgeschrittenen Alter auch Opfer dieser Taten werden kann.

Die Schwerpunktsetzung der Politik der Bekämpfung des islamistischen Terrorismus und des Rechtsradikalismus führt dazu, dass die Verfolgung der OK zweitrangig wird. Das beruht darauf, dass Informanten, Observationsteams und Sondereinsatzkommandos vorrangig bei der Beobachtung dieser Kriminalitätsbereiche eingesetzt werden, nicht aber bei der Beobachtung und Verfolgung von Menschenhändlern, Drogendealern oder Schutzgeld-erpressern, Wohnungseinbrechern und Betrügern, die oft vom Ausland her einreisen oder Straftaten aus dem Ausland per Internet oder Telefon steuern.

Neben einer verbesserten Rechtshilfe ist deshalb die Einführung der Vorratsdatenspeicherung erforderlich, da hierdurch Strukturermittlungen hinsichtlich der kriminellen Organisationen der Täter möglich sind, etwa beim Einzeltrick oder mobilen Einbrecherbanden.

Ein besonders skrupelloser Fall, der nur mit Hilfe von Telefonüberwachungen auf-

geklärt werden konnte, wird in einem vor dem Landgericht Köln Ende Januar 2015 begonnenen Prozess gegen eine Betrügerbande behandelt, die mit Schockanrufen zahlreiche Rentnerinnen um ihre Ersparnisse brachte. Ein vermeintlicher Arzt teilte mit, ein naher Angehöriger sei verunglückt, liege im künstlichen Koma und könne nur durch eine aufwändige Behandlung gerettet werden. Da die Krankenkasse nicht so schnell zahle, müsse der Angerufene in Vorleistung gehen, um das Leben zu retten. Selbst erfahrene Polizeibeamte waren über die Rücksichtslosigkeit der Täter entsetzt.

Entgegen einer weitverbreiteten Meinung erklärten der Europäische Gerichtshof und das Bundesverfassungsgericht die Vorratsdatenspeicherung grundsätzlich nicht für verboten. Diese sei bei der Bekämpfung der Schwerekriminalität ein taugliches Mittel. Auf die beim Netzbetreiber verwahrten Daten könne mit Genehmigung eines Richters zurückgegriffen werden, um schwere Straftaten aufklären zu können. Dabei sollte der Rückgriff auf die verwahrten Daten m.E. auf die Dauer von drei Monaten beschränkt werden. Erstaunlicherweise wird

diese Maßnahme von manchen Politikern als unzulässig angesehen, während die Speicherung von Bankgeschäften und deren Unterlagen für die Dauer von fünf Jahren zur Bekämpfung der Geldwäsche oder die Speicherung von Kraftfahrzeugkennzeichen hingenommen wird. Das Argument, die Vorratsdatenspeicherung verhindere keine Straftaten, geht fehl, da es sich hierbei nicht um eine vorbeugende Maßnahme der Verbrechensbekämpfung, sondern vielmehr der Aufklärung bereits begangener Taten handelt. Die Überführung von Wohnungseinbrechern und Trickbetrüglern sollte aber ein besonderes Anliegen des Staates sein.

Es sind enorme Anstrengungen erforderlich, in Deutschland nicht den Kampf gegen die Kriminalität zu verlieren und zumindest den jetzigen Status quo bei der Verbrechensbekämpfung zu halten. Hinsichtlich einer wirksamen Bekämpfung der Kriminalität und neuer Bekämpfungsstrategien, etwa organisatorischer Änderungen bei den Strafverfolgungsbehörden und dem Erfordernis neuer Gesetze, wird auf das Buch „Deutschland – Verbrecherland“ verwiesen. ■

COMPUTER-TIPP

Senioren und **Technik** – ein perfektes Paar!

Senioren wird häufig nachgesagt, das Fernsehen sei ihre wichtigste Informationsquelle. Mittlerweile folgt auf beinahe alle Sendungen der Hinweis auf weiterführende Angebote im Internet. Hat man keinen Internetzugang, bleiben diese Informationen für viele im weltweiten Netz verborgen. Gleichzeitig wandern auch immer mehr Dienstleistungen ins Internet. Online-Banking oder der Online-Einkauf mögen für viele Städter bequem sein. Für Menschen, die abseits der Ballungszentren leben, ist es zunehmend die einzige Möglichkeit, Überweisungen auszulösen, wenn die lokale Bankfiliale geschlossen hat oder die nächste Einkaufsmöglichkeit kilometerweit entfernt ist. Es entsteht so eine digitale Kluft zwischen Onlinern und denen, die das Internet noch nicht nutzen. Immer häufiger fragen sich auch die Senioren, wie eine zeitgemäße Möglichkeit aussieht, um am Internet teilzuhaben? Denn Skypen mit den Enkeln, Fotos austauschen mit Freunden, Unterstützung bei Alltagsroutinen oder schlicht im Internet

surfen und eine verpasste Serie in der Mediathek abrufen – das wollen zunehmend auch die Senioren. Der Geschäftsführer des Fachverbandes Bitkom, Dr. Bernhard Rohleder, empfiehlt: „Tablet-Computer sind gerade für PC-Anfänger besonders gut geeignet. Durch die intuitive Steuerung per Finger sind sie einfach zu bedienen.“

Mit asina gibt es nun ein Tablet, das speziell an die Wünsche älterer Nutzer angepasst ist. Ein handelsübliches Android-Tablet wird mit der übersichtlichen asina-Benutzeroberfläche versehen. Über große Kacheln werden die einzelnen Funktionen



aufgerufen und ganz einfach bedient. Das Besondere an asina ist aber die Möglichkeit für Kinder oder Enkel, das Tablet der Großeltern auch aus der Ferne über die asina-Webseite einzustellen und Inhalte wie Fotos, Lesezeichen oder Erinnerungen einzupflegen. Sie müssen es dafür nicht selbst in der Hand halten. Mit der Anwendung „Assistenzruf“ kann sogar Hilfe gerufen werden, wenn es nötig ist.

Das Fazit der Experten für digitale Technik für Senioren von connect45plus lautet: „Das asina-Tablet bietet Komfort, Sicherheit und Funktionalität für Senioren und eignet sich auch für diejenigen unter ihnen, die bisher noch keine Erfahrungen mit der digitalen Technik und der Bedienung von Touchscreens gemacht haben.“

Bitkomstudie zur Tabletnutzung in Deutschland

www.bitkom.org/de/presse/81149_78726.aspx

Testbericht von connect45plus

www.connect45plus.de/tablet-fuer-senioren-tablet-test-asina/

Reisetermin:

25.09. bis
06.10.2015

Reiseleistungen:

- Flüge Frankfurt[→] / Calgary (via Toronto) - Vancouver / Frankfurt mit Lufthansa / Air Canada in der Economy-Class
 - Flughafensicherheitsgebühren und Kerosinzuschläge von zurzeit EUR 469,- p.P. (Stand 03/15)
 - Transfers Flughafen / Hotel / Flughafen
 - 10 Übernachtungen in guten Mittelklasse-Hotels (kanadische Klassifizierung)
 - Halbpension (Kanadisches Frühstück und serviertes Abendessen im Hotel oder Restaurant)
 - Rundreise im modernen, klimatisierten Reisebus
 - Besichtigungen gemäß Reiseprogramm
 - Eintrittsgelder zum Programm
 - Qualifizierte, deutschsprachige Reiseleitung während der Rundreise
 - Umfangreiches Informationsbuch zur Reise
- **Zubringerflüge nach Frankfurt auf Anfrage möglich**

Nicht im Preis enthalten:

- Zusätzliche Mahlzeiten, Getränke und persönliche Ausgaben
- Trinkgelder
- Zusätzliche Reiseversicherungen (Wir empfehlen den Abschluss einer Reiserücktrittskosten-Versicherung)

Reisepreise:

EUR **2.995,-**

pro Person im Doppelzimmer bei Zweierbelegung
Einzelzimmer-Zuschlag: EUR 510,-
→ Zubringerflüge zum Flughafen Frankfurt (z.B. ab/bis Berlin-Tegel, Hamburg, Hannover, Düsseldorf und München):
EUR 60,- pro Person

Wir empfehlen den Abschluss einer Reiserücktrittskosten-Versicherung mit Selbstbehalt zum Preis von EUR 120,- pro Person. (Die Versicherung kann nach Abschluss nicht mehr storniert werden.)

KANADA



DER WESTEN



In 11 Tagen
von Calgary nach
Vancouver

Die Natur hat den Westen Kanadas mit verschwenderischer Vielfalt und Schönheit bedacht. Die unermessliche Weite und die Gelassenheit der Kanadier sind Balsam für die Seele. Hinter jeder Biegung erwarten Sie Bilderbuchmotive – tiefblaue Bergseen, die von schneebedeckten Bergen eingerahmt werden, Wasserfälle, die tosend in die Tiefe stürzen und riesige Gletscherfelder, denen Sie ganz nahe kommen werden.

Sie beginnen Ihre Entdeckungsreise in Calgary, dem Tor zu den Rocky Mountains. Danach durchqueren Sie die beiden bedeutendsten Naturreservate des Landes: Banff- und Jasper-Nationalpark mit dem majestätischen Mount Whistler. Nach einer Fährfahrt, vorbei an einer wunderschönen Inselwelt, erreichen Sie Vancouver Island. In der Hauptstadt British Columbias, Victoria, empfängt man Sie schließlich „very british“. Zum Ausklang lernen Sie die Metropole Vancouver kennen – für viele ist sie die schönste Stadt der Welt.



Beachten Sie bitte: Für die Einreise benötigen deutsche Staatsangehörige ihren mindestens noch 6 Monate nach Einreisedatum gültigen **Reisepass**. • Die Mindestteilnehmerzahl, die bis **6 Wochen vor Reisebeginn** erreicht sein muss, beträgt 25 Personen • Unser Angebot gilt vorbehaltlich der Verfügbarkeit von Hotelzimmern und Flugplätzen zum Zeitpunkt der Festbuchung • Der genannte Reisepreis basiert auf einem Umrechnungskurs von zurzeit EUR 1,45 (Stand 03 /15, Preisänderungen auf Grund von Währungsschwankungen sind im gesetzlichen Rahmen möglich) • Mit Erhalt der Reisebestätigung und des Sicherungsscheins ist eine Anzahlung von 10% des Reisepreises fällig; der Restbetrag 3 Wochen vor Abreise • Die **Senioren-Union** und **Souverein** treten nur als Vermittler auf. Es gelten die Reisebedingungen des verantwortlichen Veranstalters Terramundi GmbH.



Programm

Mit qualifizierter, deutschsprachiger Reiseleitung inklusive Eintrittsgelder und Fährfahrten



Übernachtungen

In ausgewählten guten Mittelklasse-Hotels



Flüge

Ab/bis vielen deutschen Flughäfen auf Anfrage möglich



Der Reiseverlauf:

Freitag, 25.09.2015: Flug von **Frankfurt** (Zubringerflüge möglich) nach **Calgary** in der kanadischen Provinz Alberta. Nach der Pass- und Zollkontrolle empfängt Sie die örtliche Reiseleitung und begleitet Sie zum Hotel Blackfoot, gelegen im Zentrum von Calgary.

Samstag, 26.09.2015: Am Vormittag lernen Sie zunächst die bedeutendsten Sehenswürdigkeiten von **Calgary** kennen. Dazu zählen auch die Sportstätten der olympischen Spiele 1988 mit dem weithin sichtbaren Skisprungturm oder der Bob- und Rodelbahn, direkt am Stadtzentrum. Die Skyline der Metropole zeugt von dem Öl-Reichtum, der Calgary in den neunziger Jahren zur „Boom-City“ machte. Sie fahren weiter durch die Foot-Hills Richtung Rocky Mountains und erreichen **Banff**, gelegen mitten in einer grandiosen Bergwelt. Sie machen auch einen Abstecher zu dem weltberühmten, legendären Banff Springs Hotel. Wenn Sie möchten, können Sie die herrliche Umgebung von Banff nach einer Gondelfahrt auf den Sulphur Mountain aus



der Vogelperspektive genießen (optional). Übernachtung in der Banff Caribou Lodge.

Sonntag, 27.09.2015: Heute erkunden Sie bei einem Ausflug die Umgebung von Banff. Sie fahren über den Bow Valley Parkway zum berühmten **Lake Louise**. Bei einem Spaziergang um den See können Sie die eigentümliche grüne Farbe dieses Hochgebirgssees bewundern, die durch das Schmelzwasser der umliegenden Gletscher hervorgerufen wird. Nach einem Besuch des Moraine Lake kehren Sie nach Banff zurück. Übernachtung in der Banff Caribou Lodge.

Montag, 28.09.2015: Heute erleben Sie bei einer Fahrt über den „Icefield Parkway“ oder der „Promenade des Glaciers“ eine der spektakulärsten Gebirgsstraßen der Welt. Sie wurde in der Rezessionszeit zu Beginn der 30er Jahre von etwa tausend Arbeitern fast ohne maschinelle Hilfe gebaut. Den Weg über die Hochgebirgsstraße begleiten die mächtigen Gebirgszüge der Rockies und zahlreiche Eisfelder der größeren und kleineren Gletscher. Mit speziell konstruierten „Snowcoaches“ werden Sie auf einen der größten Gletscher in den Rocky Mountains, den **Athabasca-Gletscher**, fahren. Dieser Gletscher ist ein Ausläufer des Columbia-Icefield und mit ca. 325 km² das größte zusammenhängende Eisfeld Nordamerikas. Am Abend erreichen Sie **Jasper**

im gleichnamigen Nationalpark. Übernachtung im Hotel Crimson.

Dienstag, 29.09.2015: Am Morgen unternehmen Sie zunächst eine kurze Rundfahrt durch Jasper und zum Tal des Maligne River mit dem gleichnamigen See. Danach passieren Sie bei der Überquerung des Yellowhead Pass den Mount Robson. Er ist der höchste Berg der kanadischen Rocky Mountains. Unterwegs machen Sie Halt in **Clearwater**, am Rande des Wells Gray Provincial Park, mit den bekannten Helmcken Falls. Gegen Abend erreichen Sie dann den idyllisch gelegenen Skiort **Sun Peaks**. Übernachtung in der Sun Peaks Lodge.

Mittwoch, 30.09.2015: Weiter geht die Fahrt durch die Ausläufer der Coast Range Mountains. Sie durchqueren die wüstenartige Landschaft rund um Kamloops mit alten Goldgräberstädtchen wie Cache Creek. Der weitere Weg führt über die spektakuläre Duffy Lake Road bis zum, durch Olympia 2010 weltbekannt gewordenen, Wintersportort **Whistler**. Schon die herrliche Lage in einem weiten Tal, eingerahmt vom Whistler- und Blackcomb Mountain ist ein Erlebnis. Übernachtung im Hotel Aava.

Donnerstag, 01.10.2015: Über den Sea-to-Sky-Highway fahren Sie weiter in Richtung Vancouver. Doch zunächst verlassen Sie das Festland und setzen von der

Horseshoe Bay mit einer Fähre nach **Nanaimo**, gelegen auf Vancouver Island, über. Schon die Fährfahrt, vorbei an unzähligen malerischen Inselchen, ist ein Erlebnis. Auf **Vancouver Island** angekommen, fahren Sie weiter durch die abwechslungsreiche Landschaft bis **Chemainus**. Hier besichtigen Sie die bekannten Wandmalereien. Am späten Nachmittag erreichen Sie dann **Victoria**. Übernachtung im Hotel Quality Inn Downtown.

Freitag, 02.10.2015: Erleben Sie heute den besonderen Reiz der Provinzhauptstadt von British Columbia. An keinem anderen Ort in Kanada ist der Charme der englischen Kolonialzeit so erhalten geblieben wie hier. Sichtbare Zeichen der victorianischen Zeit sind das Parlamentsgebäude der Provinz B.C. oder das Empress Hotel, in dem die Zeit stehen geblieben scheint. Der Nachmittag steht Ihnen zur freien Verfügung. Wie wäre es mit einem Besuch im bekannten botanischen Garten „Butchard Gardens“ oder einer Bootsfahrt raus auf den Pazifik zur Walbeobachtung?

Samstag, 03.10.2015: Sie verlassen Vancouver Island und setzen mit der Fähre zum Festland nach **Tsawwassen** über. Am Nachmittag erreichen Sie dann **Vancouver**, eine der wohl schönsten Städte der Welt. Die Metropole ist an der Westküste gelegen und wird malerisch von den Coast Range Mountains eingerahmt.

2010 war Vancouver Gastgeber der Olympischen Winterspiele. Übernachtung im Hotel Executive Vantage Park.

Sonntag, 04.10.2015: Bei einer halbtägigen Stadtrundfahrt lernen Sie die vielfältigen Facetten von Vancouver kennen. Sie besuchen u.a. das Stadtzentrum mit Gastown, einem historischen Viertel mit vielen Gebäuden aus dem 19. Jahrhundert, Coal Harbour, den weitläufigen Stanley Park sowie die geschäftige China Town. Der Nachmittag steht Ihnen für Erkundungen „auf eigene Faust“ zur freien Verfügung.

Montag, 05.10.2015: Am Vormittag bietet sich noch Gelegenheit, vom zentral gelegenen Hotel aus die zahlreichen Einkaufsmöglichkeiten Vancouvers zu nutzen. Am frühen Nachmittag Transfer zum Flughafen und Rückflug nach **Frankfurt**.

Dienstag, 06.10.2015: Ankunft in Frankfurt am frühen Morgen und ggfs. Weiterflug zum Ausgangsflughafen Ihrer Reise.

Auskunft und Buchung:



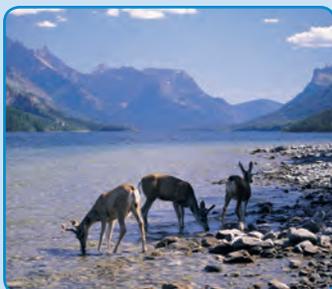
Im Wauert 14 • 46286 Dorsten
Telefon: 0 23 69 / 9 19 62 - 0
Telefax: 0 23 69 / 9 19 62 - 33
E-Mail: info@terramundi.de
Web: www.terramundi.de
Terramundi ist insolvenz-
versichert bei:



REISEANMELDUNG

Coupon ausfüllen und direkt an den Veranstalter senden:

TERRAMUNDI GmbH
Im Wauert 14 • 46286 Dorsten
Telefax: 0 23 69 / 9 19 62 - 33
E-Mail: info@terramundi.de
Web: www.terramundi.de



JA, ich möchte mit unten aufgeführten Teilnehmern an der Reise nach **KANADA** teilnehmen. Bitte senden Sie mir die Buchungsbestätigung an u.a. Adresse.

Name, Vorname (Teilnehmer/in 1 = Rechnungsanschrift)	Geburtsdatum
Straße, Hausnummer	
PLZ, Ort	
Telefon mit Vorwahl	E-Mail
Name, Vorname (Teilnehmer/in 2)	Geburtsdatum

Nach Buchungseingang erhalten Sie eine Buchungsbestätigung vom Veranstalter Terramundi GmbH. Mit Erhalt der Reisebestätigung und des Sicherungsscheins ist eine Anzahlung von 10% des Reisepreises fällig, der Restbetrag 3 Wochen vor Anreise.

Mit meiner Unterschrift erkenne ich die Reise- und Zahlungsbedingungen des Veranstalters Terramundi GmbH (einsehbar unter www.terramundi.de) – auch im Namen der/des Mitreisenden – an.

Ort, Datum, Unterschrift

Reiseziel: KANADA
Termine: 25.09. bis 06.10.2015
Preise: EUR 2.995,- p.P. im DZ*
Einzelzimmer-Zuschlag:
EUR 510,-



Flüge: Grundpreis mit Flügen ab/bis Frankfurt
Aufpreis für Zubringerflüge ab/bis Berlin-Tegel, Hamburg, Hannover, Düsseldorf und München:
EUR 60,- pro Person

Gewünschte Flüge** ab/bis:

**nach Verfügbarkeit, bitte beachten Sie evtl. Zuschläge

Hier bitte Ihre gewünschten Leistungen ankreuzen: **DZ** = Doppelzimmer • **EZ** = Einzelzimmer • **RV** = Reiserücktrittskosten-Versicherung

Teilnehmer 1 DZ EZ RV
Teilnehmer 2 DZ EZ RV

(* bei Zweierbelegung)



Sie haben das Wort ...

Ihre Meinung zu den
Artikeln in Souverän
interessiert uns.
Bitte schreiben Sie uns:

**Senioren-Union der
CDU Deutschlands
Leserbriefe
Konrad-Adenauer-Haus
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin**

Die Redaktion behält sich vor,
Leserbriefe sinngemäß zu kürzen.

Der Fall der Mauer im Herbst 1989 Zur Souverän 4-2014, Editorial des Bundes- vorsitzenden auf S. 3

Mit den Ausführungen in Ihrem Leitartikel der o.a. Ausgabe bin ich voll und ganz einverstanden. Es ist richtig, dass die CDU über all die Jahre den Anspruch auf Wiedervereinigung aufrechterhalten hat. Im Gegensatz dazu hat die SPD – vor allem eine Gruppe um Egon Bahr – immer wieder verlauten lassen, dass wir uns endlich mit dem Bestand der zwei deutschen Staaten abfinden und das „Geschwafel“ von der Wiedervereinigung begraben sollten. Auch bin ich der Meinung, dass wir es in allererster Linie Hn. Gorbatschow zu verdanken haben, dass es doch noch zu einer Wiedervereinigung gekommen ist. Er hatte erkannt, dass der Ostblock – vornehmlich auch die DDR – pleite ist und es nicht angeraten ist, diese Staaten weiter zu schützen. Alle Kreml-Herrscher vor ihm hätten nach den Montagsdemonstrationen in Leipzig und anderen Städten die Truppen geschickt, nach denen Erich Honecker auch wieder gerufen hat.

Einen Punkt muss ich jedoch der CDU zum Vorwurf machen. Wenn die CDU über Jahrzehnte daran festgehalten hat, dass die Wiedervereinigung kommen muss und wird, hätte man zum Tag X einen Generalstabsplan aus der Schublade ziehen können müssen, der ein Szenario für die Zusammenführung der beiden deutschen Staaten aufzeigt. Tatsache war aber leider, dass man total über- rascht, hilflos und überfordert war. Wenn ich schon allein daran denke, zu wel-

chem unverantwortlich hohen Kurs der Umtausch der Sparguthaben der DDR-Bürger (es waren ja überwiegend Zwangssparer, weil es viele wichtige Sachen gar nicht zu kaufen gab) des Monopoly-Geldes über die Bühne gegangen ist. Mir drängt sich auf jeden Fall die Einschätzung auf, dass die beharrliche Aussage zur Wiedervereinigung von Seiten der CDU nur ein reines Lippenbekenntnis war – es hörte sich ja auch immer gut an. Andernfalls hätte man besser vorbereitet sein müssen!

**Jochen Mißfeldt,
23863 Bargfeld-Stegen
(Kreis Stormarn)**

Ich bedanke mich für den sehr guten und zutreffenden Text. Von den Linken werden Konservative gerne als die ewig Gestrigen bezeichnet. Sie selbst bezeichnen sich als die Progressiven. Hinter dieser Grundeinstellung der Linksintellektuellen verbirgt sich die Unfähigkeit, die Leistungen anderer anzuerkennen. Das ist die typische Schwäche jeder Ideologie. Konservativ ist nicht, die Vergangenheit zu verklären und die Zukunft zu verteufeln. Konservativ ist, aus der Vergangenheit für die Zukunft zu lernen und diese möglichst optimal zu gestalten. ... Konservativ zu sein bedeutet auch, mit einer pragmatischen Politik Lösungen für die nahe Zukunft zu finden, ohne dabei die fernere Zukunft durch ideologische und unrealistische Ideale als Vorgaben zu belasten. Herr Dr. Kohl hätte selbstverständlich für seine politischen Leistungen den Nobelpreis verdient. Andere haben ihn wegen weitaus weniger erhalten. ... Kohls persönliche Eigenschaften, seine angebliche Provinzialität und seine familiären Bindungen werden von den Linksintellektuellen und großen Teilen der Presse als Gründe für die Minderbewertung aller seiner politischen Leistungen angeführt. Dass Herr Kohl mit seinen europäischen sozialistischen Gesprächspartnern ein wesentlich besseres persönliches Verhältnis hatte, als es je einem anderen Politiker möglich war, ist schon bezeichnend und nagt am politischen Selbstbewusstsein der Sozialdemokraten. Selbst die Wiedervereinigung und seine Europapolitik werden ihm als nicht nobelpreiswürdig streitig gemacht. Dabei hat er gegenüber dem Westen und dem Osten weit mehr überzeugende „Kniefälle“ gemacht, als es Herr Brandt in seiner doch sehr kurzen Zeit je möglich war. Dennoch hat es ver-

mutlich die nordeuropäische Sozialistische Internationale geschafft, dass nicht dem die Ehre gebührt, der sie wahrlich verdient hätte. Zusammen mit Gorbatschow wäre das 1990 möglich gewesen. ...

**Klaas Ockenga,
67454 Haßloch**

Es brennt am Rentenhimmel Zur Souverän 4-2014, S. 18

Wiederholt wird in letzter Zeit in Fernseh-Talkshows über die Problematik der Rentenfinanzierung diskutiert. Auch in Ihrem Artikel von Leonhard Kuckart heißt es am Schluss, wir brauchen endlich den großen Wurf! Meine Frage: Warum überlegen die Rentenfachleute und Politiker nicht die Möglichkeit, das Rentensystem nach dem „Schweizer Modell“ umzugestalten. Wie man nachlesen kann, sind die Eidgenossen mit ihrem System sehr zufrieden.

**Erwin Mellies,
26506 Norden**

Politiker und Medien weisen zurzeit häufig auf zu erwartende Altersarmut in den Jahren 2030 f. hin, offensichtlich, um davon abzulenken, dass sie bereits heute um sich greift und permanent zunimmt. Betroffen sind heute schon Hunderttausende von Rentnern des Öffentlichen Dienstes, die vor Jahrzehnten darauf vertrauten, dass der Gesetzgeber vertraglich zugesicherte Versprechungen auch einhalten und sie nicht durch simple Gesetzesänderungen brechen würde. Man nennt das dann Reformen, in realiter gleich Verschlechterungen. Bei Zehntausenden von Rentnern der in der aktiven Zeit niedrigeren Gehaltsstufen reicht die VBL-Rente (Anm. der Red.: VBL = Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder) inzwischen nicht mehr aus, um ein Abdriften in die Altersarmut zu verhindern. Damit nicht genug, werden alle VBL-Renten nicht der wirtschaftlichen Entwicklung und der inflationären Geldentwertung angepasst, im Vergleich zu den Pensionären werden sie regelrecht abgehängt, aber die haben ja auch eine starke Lobby. Dabei würde eine faire Behandlung der Rentner des Öffentlichen Dienstes den Staat noch nicht einmal Geld kosten, die VBL verfügt über genug Reserven, aber die im Beirat vertretenen Gewerkschaftler interessieren sowieso nur aktive Mitglieder, und für die Parteientreter sind die Rentner nur dann

von Interesse, wenn die nächste Bundestagswahl ansteht. Herrn Kuckarts Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube ...

Klaus H.F. Kiebart,
53819 Neunkirchen

**Gewalt in den Medien:
Mitverantwortlich sind wir alle!
Zur Souverän 4-2014, S. 36**

In der Themeneinleitung des o. a. Artikels wird Bischof Gebhard Fürst als „Medienbischof“ der evangelischen Kirche genannt. Diese Angabe ist falsch. Bischof Dr. theol. Gebhard Fürst ist katholischer Bischof der Diözese Rottenburg-Stuttgart und Medien-Bischof in der Deutschen Katholischen Bischofskonferenz.

Franz W. Frank,
70734 Fellbach

Anm. der Red.: Da hat unser Leser völlig recht, herzlichen Dank für den Hinweis. Die Redaktion hat Bischof Fürst irrtümlich auf der evangelischen Seite eingeordnet. Wir bitten um Entschuldigung.

**„Wir Moslems können nicht
gleichzeitig mit euch existieren.“
Zur Souverän 4/2014, Seite 20**

Dass Äußerungen dieser Art gefallen sind und noch immer fallen, dies mag so sein. Androhung und Anwendung von brutaler Gewalt gegenüber Christen an vielen Orten in einer Reihe mehrheitlich islamisch geprägter Länder sind offensichtlich. Diesen augenblicklich herrschenden Zustand hinzunehmen ist im Interesse der Betroffenen, aber auch der Christen und aller sich für die Menschenrechte einsetzenden Menschen in den anderen Ländern der Welt, vor allem in dem von der christlichen Tradition bestimmten Westen, unmöglich.

Dass Staaten, die sich dem Schutz der Menschenrechte verpflichtet fühlen, mit Waffengewalt gegen Banden vorgehen, die sich für ihr mörderisches Tun auf den Willen Gottes berufen, kann nicht verurteilt werden. Sollen aber die Kirchen, vor allem die im Westen, die seit langem in einem breitgefächerten Dialog mit den Muslimen stehen, diese Gespräche aufkündigen und gar zum Kreuzzug aufrufen? Viele Vertreter der Kirchen im Westen, u.a. der Deutschen Bischofskonferenz, aber auch in den von islamistisch gesteuerter Gewalt betroffenen Ländern haben noch in der letzten Zeit ihren Wil-

len zum Ausdruck gebracht, den interreligiösen Dialog fortzusetzen, nicht, ohne Gewalt und Terror entschieden zu verurteilen.

Die Schlächter des IS verhielten sich, wohlgermerkt, absolut korantreu: Kennt der Verfasser des Artikels wirklich den ganzen Koran? Das muss ich bezweifeln. Denn in Sure 2, Vers 257, lese ich, dass es keinen Zwang im Glauben gibt. Sure 5, Vers 53, bejaht die gottgewollte Vielfalt im Glauben. Und nach Sure 3, Vers 85, sind die Christen diejenigen, die den Muslimen am freundlichsten gegenüberstehen (die voranstehenden Koranstellen sind zitiert nach der deutschen Übersetzung von Max Henning).

Gerade diese Stellen im Koran, die der Toleranz zwischen den Religionen eine islamische Grundlage verschaffen, lassen den christlich-islamischen Dialog als hoffnungsträchtig erscheinen. Da wird nicht vom friedlichen Islam oder von einem Dialog auf Augenhöhe „geschwafelt“, sondern da werden die Muslime mit Aussagen in ihrem heiligen Buch konfrontiert und zu konsequentem Handeln gedrängt. Wer möchte bestreiten, dass ein Dialog Zeit braucht, viel Zeit, ehe er sich auswirkt. Jedoch, welche Alternative gibt es, wenn man auf den Frieden zwischen den Religionen abzielt? Und wer kann belegen, dass der im Westen geführte Dialog keinerlei positive Auswirkungen auf die Christen in den mehrheitlich islamischen Ländern hat? Gerade das Gespräch in den westlichen Ländern mit muslimischen Minderheiten hat viele Diskussionen über den wahren Islam auch in den mehrheitlich islamischen Ländern ausgelöst.

Hubert Dobers,
53879 Euskirchen

**„Der Wert und die Würde
eines alten Menschen, der in
Windeln gewickelt im Bett
eines Pflegeheimes liegt, sind
genauso groß wie der Wert
und die Würde eines Babys,
das in Windeln gewickelt im
Kinderbett liegt.“**

Kardinal Rainer Maria Woelki,
Erzbischof von Köln

Anm. der Red.: Herr Dobers ist Mitglied der Senioren-Union seit 22 Jahren, davon Vorsitzender des Stadtverbandes Euskirchen während 12 Jahren. Er war Ende der 1960er Jahre mehrere Jahre in Nordafrika im Rahmen der Entwicklungshilfe tätig und von 1985 bis 1995 Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Jordanien, während dieser Zeit auch zuständig für die Projekte der KAS in Palästina (von Israel besetzte Gebiete und Autonomiegebiete) und im Libanon. Davor war er in der Zentrale der Stiftung zuständig für ihre Projekte und ihre Mitarbeiter in den arabischen Ländern (Nahe Osten und Maghreb) und mitverantwortlich für Organisation und Durchführung ihrer Kolloquien des christlich-islamischen Dialogs (Mitherausgeber der Veröffentlichungen über diese Kolloquien). Seit 2006 ist er aktives Mitglied seitens der kath. Pfarrei St. Martin im Arbeitskreis Christen und Muslime in Euskirchen (in diesem Rahmen Mitorganisator des bislang alle zwei Jahre veranstalteten Fests der Religionen).

Ich nehme Bezug auf die unverständliche Äußerung der Bundeskanzlerin: „Der Islam gehört zu Deutschland“, und entgegne dem wie folgt: Ich bin ein Senior. Ich bin ein Deutscher und Christ. Ich gehöre zu Deutschland, oder nicht? Die Senioren gehören zu Deutschland und nicht der Islam.

Norbert Gönnewicht,
52222 Stolberg

**In Dankbarkeit und Anerkennung ...
Zur Souverän 4-2014, S. 30 ff.**

Ich möchte allen Ihren Verantwortungsträgern ganz herzlich danken, dass Sie den Mut haben, ehrlich und offen unsere Probleme anzugehen. Die Themen, die Sie beleuchten, sind brandaktuell, gehen aber im so oft kritisierten Medienbrei der Berichterstattung verloren. Ich danke Ihnen, dass Sie unseren verehrten Herrn Gorbatschow an herausragender Stelle für seine Verdienste für den Weltfrieden würdigen, was ich leider in allen anderen Publikationen vermisste. Auch die tausendjährigen Ziele des Islam werden offen angegangen. Danke. Insgesamt ist Souverän mit der Dezember-Nummer 2014 großartig geworden. Weiter so!

Gottfried Haferkorn,
04680 Colditz

Landärztemangel:

Erste Erfolge

Der Ärztemangel ist keine Prognose mehr, sondern in vielen Regionen längst Realität. Dabei hat die Bundesärztekammer bereits 2001 vor einem drohenden Ärztemangel gewarnt ...

Speziell bei der hausärztlichen Versorgung in ländlichen Regionen und bei den grundversorgenden Fachärzten wie Augenärzten, Rheumatologen oder Gynäkologen ist die Lage problematisch. Das liegt auch an der Altersstruktur der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte. Deren Durchschnittsalter stieg binnen zehn Jahren von im Schnitt knapp 46 auf 53 Jahre. Der Anteil der Hausärzte über 60 liegt dabei noch höher als bei Fachärzten. In wenigen Jahren werden also viele derzeit noch tätige Ärztinnen und Ärzte ihre Praxen aufgeben. Wenngleich sich in den neuen Bundesländern die Probleme bereits früher darstellen, stehen alle Bundesländer vor den gleichen Herausforderungen.

Grundsätzlich betrifft die Landflucht nicht nur Ärztinnen und Ärzte, sondern stellt ein allgemeines Phänomen dar. Vor allem junge Menschen verlassen die ländlichen Regionen. Gleichzeitig werden die Metropolen für junge Familien wieder attraktiver, sodass auch Eltern mit kleinen Kindern seltener ins Umland ziehen. Durch den Wegzug der Jungen leidet die dörfliche Infrastruktur, was wiederum dazu führt, dass die Region weiter an Attraktivität verliert.

Hinzu kommen arzt spezifische Gründe: Die früher auf dem Land übliche Einzelpraxis und die Vorstellung, rund um die Uhr

für die Patienten da zu sein, entsprechen nicht mehr den Vorstellungen der nachwachsenden Ärztegeneration, wie sie den Arztberuf ausüben wollen. Neben verlässlichen Arbeitszeiten und familienfreundlichen Arbeitsplätzen ist vielen jungen Ärzten die Zusammenarbeit in interdisziplinären Teams wichtig. Dabei handelt es sich teilweise um überkommene Vorurteile, die die jungen Ärztinnen und Ärzte von einer Tätigkeit auf dem Land abhalten. Auch auf dem Land werden zukünftig haus- und fachärztliche Gemeinschaftspraxen mit angestellten Ärzten die Versorgungslandschaft prägen.

Mit dem Versorgungsstrukturgesetz unternahm die schwarz-gelbe Koalition im Jahr 2012 endlich einen ersten Versuch, den Ärztemangel zu bekämpfen. Das Gesetz folgte im Wesentlichen der Argumentation derer, die eine Ungleichverteilung der Arztsitze als Ursache des Problems sehen. Union und FDP reformierten die Bedarfsplanung und die Zulassungsbestimmungen, sie ermöglichten neue Versorgungskonzepte und versuchten, Ärzte über finanzielle Anreize in unterversorgte Regionen zu locken.

Inzwischen gibt es eine ganze Reihe von unterschiedlichen Fördermaßnahmen. In seinem jüngsten Gutachten zählt der Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen über 380 bestehende oder geplante Vorhaben zur Sicherstellung der Versorgung in strukturschwachen Regionen auf. Die Initiativen reichen von personal- und standortsichernden Maßnahmen über neue Formen der Zusammenarbeit, der Vernetzung und Koordination bis zu Modellen zur Verbesserung der Mobilität durch Patientenbusse und mobile Arztpraxen. Auch Telemedizin-Projekte und Programme von Landkreisen und Kommunen zum Ausbau häuslicher Betreuungs- und Pflegemodelle sowie neuer Wohnformen wurden ge-

nannt. Der Rat hebt dabei insbesondere das gestiegene Engagement der Kommunen hervor. Zu einem ähnlichen Ergebnis ist auch eine Erhebung der Arbeitsgruppe „Sicherstellung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum“ der Bundesärztekammer gekommen.

Viele Projekte berichten von ersten Erfolgen. So steigt die Anzahl der Weiterzubildenden in der Allgemeinmedizin seit Inkrafttreten des neuen Förderprogramms Allgemeinmedizin im Januar 2010 kontinuierlich an. Auch hat der Aufbau von Koordinierungsstellen für die Weiterbildung in der Allgemeinmedizin dazu beigetragen, dass mehr Ärztinnen und Ärzte Hausärzte werden. Von positiven Entwicklungen berichtet auch das Netzwerk „Ärzte für Sachsen“. Andere Projekte wiederum sind eingestellt worden. Für viele Maßnahmen fehlt der Nachweis, dass sie dazu geeignet sind, wieder mehr Ärzte für eine Tätigkeit auf dem Land zu gewinnen. Fördermaßnahmen allein werden aber nicht reichen. Wer den Ärztemangel erfolgreich bekämpfen will, muss sich vor allen Dingen um den medizinischen Nachwuchs kümmern. Deswegen mahnt die Bundesärztekammer schon seit längerer Zeit eine Reform des Medizinstudiums an. Sie fordert eine bessere Finanzierung, mehr Studienplätze, angemessenere Auswahlverfahren und eine Stärkung der Rolle der Allgemeinmedizin im Studium. Der Deutsche Ärztetag 2014 in Düsseldorf hat die Landesregierungen aufgefordert, die Grundfinanzierung der medizinischen Fakultäten zu sichern und ausreichend Mittel für Forschung und Lehre bereitzustellen. Diese und weitere Maßnahmen, wie die Verbesserung der beruflichen und oben ausgeführten strukturellen Rahmenbedingungen, sind dringend notwendig, wenn wir unsere nach wie vor gute ärztliche Versorgung in Deutschland langfristig sichern wollen. ■



Der Autor:
Dr. Max Kaplan ist
Vizepräsident
der Bundes-
ärztekammer.

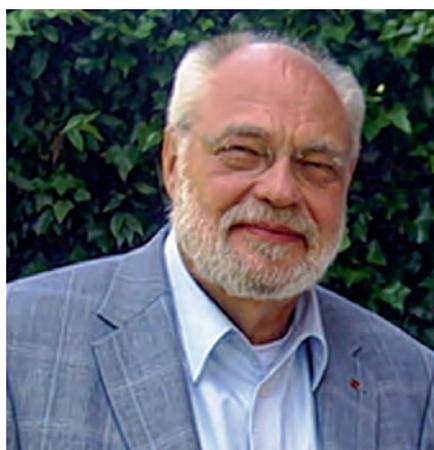
AUS DER SENIOREN-UNION

SU Niedersachsen:

Rainer Hajek als Landeschef wiedergewählt

In großer Einmütigkeit fand im November 2014 die Landesdelegiertenversammlung der Senioren-Union der CDU in Niedersachsen statt, diesmal im emsländischen Papenburg. Nach den Rechenschaftsberichten des Vorsitzenden und des Schatzmeisters wurde dem Landesvorstand nach dem Bericht der Kassenprüferin einstimmig Entlastung erteilt. Ein Satzungsänderungsantrag zur Stellung des Landesverbandes Oldenburg innerhalb der Senioren-Union der CDU in Niedersachsen wurde von einer ganz großen Mehrheit (über 90 Prozent) der Delegierten angenommen. Es folgte die Neuwahl des Landesvorstandes mit einem eindrucksvollen Ergebnis von 91,3 Prozent Ja-Stimmen für den alten und neuen Landesvorsitzenden Rainer Hajek.

Der Landesvorsitzende der CDU in Niedersachsen, der Europaabgeordnete David McAllister, ließ es sich nicht nehmen, „seine“ Senioren-Union zu besuchen und in einer engagierten Rede auf die aktuellen politischen Herausforderungen einzugehen.



Initiativen:

Seniorenfreundlicher Service

Vor nahezu zehn Jahren rief die Senioren-Union Ettlingen eine vorbildliche Aktion ins Leben. Sie verleiht ein Logo „Seniorenfreundlicher Service“ als Auszeichnung an diejenigen Geschäfte und seit neuestem auch Handwerker, bei denen die Anliegen der Senioren Beachtung finden. Dazu gehören beispielsweise Barrierefreiheit, Sitzgelegenheiten, gut lesbare Preisschilder, deutsche Bezeichnungen, die Möglichkeit der Toilettenbenutzung, fachgerechte und freundliche Beratung sowie auch die Fähigkeit des mit dem Logo ausgezeichneten Unternehmens, im Notfall Erste Hilfe leisten zu

können. Die so zertifizierten Geschäfte, inzwischen über 100, dürfen sowohl an ihrer Eingangstür als auch auf der Homepage im Internet auf die Auszeichnung aufmerksam machen. Das Zertifikat gilt jeweils für ein Jahr; für die Unternehmen ist diese Aktion kostenlos. Nähere Infos gibt gerne der stv. Vorsitzende des etwa 120 Mitglieder starken Stadtverbandes der SU, Gerhard Malzkorn (07243/93332).



11. Deutscher Seniorentag:

Senioren-Union mischt mit

Vom 2. bis 4. Juli 2015 findet der 11. Deutsche Seniorentag der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) unter dem Motto „Gemeinsam in die Zukunft!“ im Congress Center Messe in Frankfurt am Main statt. Schirmherrin ist Bundeskanzlerin Angela Merkel. Auf dem Seniorentag können sich die Besucherinnen und Besucher bei rund 100 Veranstaltungen zu Themen wie Gesundheit, Politik oder Gesellschaft informieren und sich aktiv einbringen. Begleitet wird der 11. Seniorentag von der Messe SenNova, auf der eine Vielzahl von Produkten rund um die Generation 50+ präsentiert wird. Auch die Senioren-Union als Mitgliedsverband der BAGSO ist in Frankfurt mit einer eigenen Veranstaltung und hochkarätiger Besetzung auf dem Podium vertreten. Unser Thema ist „Rehabilitation vor Pflege“. Es beschäftigt sich unter anderem mit Fragen, wie die Umsetzung dieses gesetzlich verankerten Grundsatzes in der Praxis

aussieht und wie das Reha-Angebot ausgeweitet, vereinheitlicht und wohnortnah angeboten werden kann.

Die Podiumsdiskussion wird von der Vorsitzenden der BAGSO, Frau Bundesministerin a.D. Prof. Dr. Ursula Lehr, moderiert. Referenten sind Karl-Josef Laumann, Staatssekretär und Pflegebevollmächtigter der Bundesregierung, Prof. Dr. Andreas Kruse, Institut für Gerontologie, Universität Heidelberg, Prof. Dr. Wolfgang von Renteln-Kruse, Hamburg, sowie Dr. Stefan Gronemeyer, leitender Arzt und stellvertretender Geschäftsführer des Medizinischen Dienstes des Spitzenverbandes der Krankenkassen (MDS).

Darüber hinaus ist die Senioren-Union auf der SenNova mit einem eigenen Infostand vertreten. Hier werden die stellvertretenden Bundesvorsitzenden Helga Hammer und Alfons Gerling, die Mitglieder des Bundesvorstandes, Dr. Gerhard Schier und Friederike de Haas, der hessische Landesvorsitzende, Landtagspräsident Norbert Kartmann MdL, sowie weitere Vorstandsmitglieder der Landesvereinigung Hessen und der Kreisvereinigung Frankfurt Rede und Antwort stehen.

Alle interessierten Mitglieder und Freunde der Senioren-Union sind herzlich eingeladen, ein Besuch lohnt sich auf jeden Fall!



11. Deutscher Seniorentag · 2.–4. Juli 2015 in Frankfurt a.M.

Die Präsidentin der Europäischen Senioren-Union (ESU) An Hermans in Prag:

„Für eine demokratische Gesellschaft engagieren“



Die Gastgeber der ESU-Regionalkonferenz in Prag (Vereinigung Christlicher Senioren Tschechiens /SKS CR) mit ihren Nachbarn aus Polen und Deutschland. Von links: Rolf Berend (DE), Pavel Urban, Dr. Dagmar Koutska und Dr. Vaclav Roubal (CR), Vizepräsidentin Dr. Gabriele Peus-Bispinck (DE), ESU-Präsidentin Prof. Dr. An Hermans, (hinter ihr) Irena Rivnacova (CR), Frantisek Smutny (CR), Claus Bernhold (DE), Ulrich Winz (DE), Vizepräsidentin Lidmila Nemcova (CR), Andrzej Chodorowski (PL), Jirina Svejdoва und Karel Tomek (beide CR), vorn: Margit Hawkes (PL).

Bei der Eröffnung der Prager Regionalkonferenz im November 2014 erinnerte die **ESU-Präsidentin An Hermans** an ihre erste Begegnung mit der Stadt vor über 30 Jahren. Sie war damals Rednerin auf einem Kongress über das Erbe des Philosophen, Theologen und Pädagogen Johann Amos Comenius/Komensky. „Warum habe ich nicht in der Geschichte von Erziehung und Unterricht weitergearbeitet?“, fragte sie sich diesmal in der Goldenen Stadt und gab die Antwort gleich darauf selbst: „Aber nein; ich wollte und will nicht nur wissen, kennen, sondern auch machen, handeln wie die meisten unter Ihnen.“ Als geeignete Plattformen sieht die emeritierte Professorin aus Leuven soziale Bewegungen, Kirchen, Vereine, Parteien. Und als Motiv für ihr Handeln? „An einer Gesellschaft arbeiten, in der Freiheit, Respekt vor jedem Menschen, Frieden und Demokratie die Pfeiler zum Aufbau von Wohlstand und Wohlbefinden sind.“ Dieser Herausforderung könne sie sich nun an der Spitze der Europäischen Senioren-Union stellen, stellte sie dankbar fest.

Gemeinsam mit den Partnern aus ESU-Mitgliedsverbänden wolle sie den demografischen Wandel und damit das Zusammenleben der Generationen als Chance mitgestalten, betonte sie vor Zuhörern aus zehn Ländern. Sie habe bei ihren Besuchen erfahren, dass „das Defizit-Modell des Alters auch in der Politik und in der Öffentlichkeitsarbeit aufgegeben werden muss“. Mit Genugtuung nahm die Präsidentin auch „Empfehlungen zur Förderung der Menschenrechte“ speziell von Bürgern in fortgeschrittenem Alter auf, die das Ministerkomitee des Europarates vor einem Jahr verabschiedet hat. Und schließlich werde ihre Hoffnung auf „eine integrierte Seniorenpolitik“ und „ein sozialeres Gesicht für Europa“ von der neuen EU-Kommission genährt. So sei die ebenfalls aus Belgien stammende neue Kommissarin für Arbeit und Soziales, Marianne Thyssen, von Jean-Claude Juncker aufgefordert worden, für ein Hand-in-Hand-Gehen von Wirtschaftswachstum und sozialem Fortschritt einzutreten. Der Kommissionspräsident lege Wert darauf, dass alle von der Kommission

ergriffenen Maßnahmen auf ihre Auswirkungen auf die Senioren geprüft werden. An Hermans will mehr als diese „Offenheit und Aufmerksamkeit“; ein von der ESU seit ihrem Kongress 2013 verstärkt angestrebtes „Altersfreundliches Europa“ erfordere „zahlreiche Maßnahmen“, betonte sie in ihrer Prager Rede. Es gelte, „die Rechte der Senioren bei Einkommen, Fürsorge, Gesundheit, lebenslangem Lernen und sozialer Integration“ zu sichern.

Rolf Berend, der dem Exekutivkomitee der

ESU in Kürze

Anlässlich seines 85. Geburtstages wird Dr. Bernhard Worms die Ehrenmitgliedschaft der Polnischen Senioren-Union verliehen.

In Armenien hat die NGO „Freier Bürger“ eine „Union der Senioren-Generation“ konstituiert, die mit der ESU kooperieren möchte. Aufgenommen werden Interessenten ab 18 Jahre!

Im Verlauf der Sommerakademie der ESU für Führungskräfte in Wien (3. bis 5. Juli) findet am 4.7. das zuvor für März in Brüssel geplante Treffen des Exekutivkomitees statt.

Regionalkonferenzen der ESU gibt es 2015 in Münster (Westfalen) am 11. und 12. September und in Lefkosia/Nikosia (Cypern) vom 17. bis 19. Oktober.

Das 20-jährige Bestehen der ESU wird am 7. November in Brüssel begangen; tags zuvor tagen Präsidium und Exekutivkomitee.

Aus dem Dom zu Hildesheim wurde im Januar ein Gedenkstein für das Friedenszentrum in Oswiecim/Auschwitz gespendet.

ESU bei Facebook:
[Facebook.com/esu.eu](https://www.facebook.com/esu.eu).

Am ESU-Newsletter „Senior International“ interessiert? Kostenloses Abo bei ulrich.winz@web.de!

ESU angehört, schlug in Prag in eine ähnliche Kerbe. Die Senioren-Vereinigungen von CDU und CSU hätten sich „in den letzten sechs bis acht Jahren zunehmend selbstbewusster präsentiert, und das nicht nur in den Wahlprogrammen der Parteien, sondern auch durch den verbalen Zeigefinger, der von den Amtsinhabern nicht immer wohlwollend, sondern oft argwöhnisch zur Kenntnis genommen wird“. Diese Feststellung traf er als Mitglied des ESU-Exekutivkomitees sowie als Bundesvorstand und Landesvorsitzender der Senioren-Union von Thüringen. Die heutigen Rentner und Pensionäre bewiesen, dass man mit dem Übergang in den Ruhestand keineswegs zum alten Eisen gehört. Wer sich als Jugendlicher oder junger Erwachsener für die Gesellschaft engagiert hat, beteiligt sich – Fitness vorausgesetzt – auch im Alter für die Allgemeinheit, stellte Berend fest. Die Autorität der Älteren sollte einhergehen mit dem andauernden Bemühen um ein geregeltes und verträgliches Verhältnis zwischen Jung und Alt – fernab vom Geschwätz über einen Kampf der Generationen oder eine Diktatur der Rentner. „Was wir brauchen, ist eine altersspezifische Auseinandersetzung zwischen den Generationen, einen konstruktiven Umgang miteinander, damit Zukunftsaufgaben gelöst werden können“, stellte Berend unter Beifall am Ende fest. ■

Ulrich Winz

Politik als Handwerk und Profession

So verstand und versteht Peter Radunski seine Arbeit im Politikbetrieb. Der langjährige Berliner Senator, CDU-Bundesgeschäftsführer und Wahlkampfmanager der Partei auf Europa-, Bundes- und Landesebene gab anlässlich einer Podiumsdiskussion bei der Berliner CDU einen Teil seiner Erfahrungen preis und ließ das interessierte Auditorium staunend aufhorchen, als er z.B. über die spannenden Debatten, Verhandlungen und Vereinbarungen über Parteigrenzen hinaus berichtete, die am Ende in der Hauptstadtentscheidung für Berlin im Juni 1991 gipfelten. Nachzulesen auch in seinem neuen Buch „Aus der politischen Kulisse. Mein Beruf zur Politik“, das er an diesem Tag den Berlinern vorstellte. Es ist einerseits Lebensgeschichte eines Mannes mit ausgeprägtem politischem Gespür, der sowohl schon beim Hitlerattentat am 20. Juli 1944 in unmittelbarer Nähe als Kind in Ostpreußen dabei war, als auch bei der Bombardierung Dresdens im Februar vor 70 Jahren. Andererseits ist es ein Lehrbuch für politisch interessierte Laien, wie auch Nachschlagewerk für neugierige Insider. Das Publikum in Berlin nahm beide Intentionen dankbar auf. Wissenswert vielleicht auch, dass Peter Radunski 1988



Peter Radunski, Berliner Politurgestein, beim Signieren seines neuen Buches auf einer Veranstaltung der Berliner CDU.

maßgeblich für die Gründung der Senioren-Union verantwortlich war. Sein Förderer Heiner Geißler übrigens, der Peter Radunski einst als Generalsekretär gegen den Willen von Helmut Kohl zum Bundesgeschäftsführer machte, wird wohl pünktlich zum 500. Reformationsjubiläum mit seinem Buch über Martin Luther fertig werden, wie Insider Peter Radunski verriet.

Peter Radunski: Aus der politischen Kulisse. Mein Beruf zur Politik. B&S Siebenhaar Verlag, Berlin 2015, ISBN 978-3-943132-27-4, 352 Seiten, 24,80 Euro.

INITIATIVEN

Länger in den eigenen vier Wänden

In Düsseldorf gibt es rund 87 200 Senioren-Haushalte, demnach lebt in 27 Prozent aller Haushalte der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt ein Mensch, der 65 Jahre oder älter ist. Die Crux: Viele der insgesamt 333 000 Wohnungen in der schicken Metropole erfüllen die baulichen Standards nicht, die für seniorengerechtes Wohnen erforderlich sind. Sie sind beispielsweise in den seltensten Fällen barrierefrei.

Dieses Problem geht die Stadt am Rhein seit dem letzten Jahr offensiv an. Das Wohnungsamt offeriert ergänzend zu den bestehenden Darlehensprogrammen der KfW (Bund) und des Landes NRW (Letztere max. 50 Prozent der förderfähigen Bau- und Baunebenkosten) Zuschüsse in Höhe von bis zu 6.000 Euro (max. 20 Prozent der Bau- und Baunebenkosten) für den seniorengerechten Umbau von Wohnungen. Für 2015 hat die

Metropole am Rhein dank insgesamt guter Finanzsituation über 800.000 Euro für die Reduzierung von Barrieren im Wohnungsbestand und die altersgerechte Anpassung von Wohnungen in den Haushalt eingestellt. Die Programme richten sich an Eigentümer von Eigenheimen, Eigentums- und Mietwohnungen. Einkommens- oder Wohnflächenobergrenzen spielen keine Rolle.

Ein Blick auf die Republik zeigt: Düsseldorf ist überall. Den etwa elf Millionen Seniorenhaushalten in Deutschland stehen nur rund 570 000 barrierearme Wohneinheiten gegenüber. Dabei wird der Bedarf an altersgerechtem Wohnraum in naher Zukunft noch erheblich zunehmen, denn Deutschland wird immer älter. Vor diesem Hintergrund nur ein Schlaglicht: Bei etwa 92 Prozent der von Senioren bewohnten Wohnungen besteht spätestens bei Eintritt

der Pflegebedürftigkeit Handlungsbedarf, so jedenfalls eine Studie des Bundesamtes für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR). Rund 15 Prozent dieser Pflegebedürftigen könnte der Gang ins Heim erspart bleiben, wenn bei ihnen zu Hause die ambulante Pflege in einer altersgerechten Wohnung möglich wäre. Unter ökonomischen Aspekten ließen sich so nicht nur die teuren Heimkosten sparen, sondern auch für Vater Staat lohnt sich die Investition in seniorengerechtes Bauen und Sanieren. Er könnte pro Jahr rund 5,2 Milliarden Euro an Pflege- und Unterbringungskosten sparen, wenn der altersgerechte Umbau von Wohnungen konsequent durchgeführt würde, so die Studie im Auftrag des Bundesbauministeriums.

Düsseldorf ist also tatsächlich überall. Deshalb Nachahmung empfohlen.

WIEN erleben - im sonnigen BADEN wohnen!



Badespaß im Sandstrand-Thermalbad

Winzer-Heuriger

Wien erleben

Theater & Musicals

SCHLOSSHOTEL OTH ^{★★★★}

Wien erleben - in Baden wohnen

Beim Badener Sandstrand-Thermalfreibad, prächtigem Rosenpark & Wien-City-Bus
A-2500 Baden bei Wien, Schlossgasse 23, Tel: 0043 / 2252 / 44 436, Fax 44 900



Freuen Sie sich doch auf SCHLOSSHOTEL OTH in BADEN BEI WIEN- Ihrem idealen Ausgangspunkt für Theater, Konzerte, für schöne Ausflüge zu den berühmten Sehenswürdigkeiten im Wienerwald, Mayerling, Gumpoldskirchen, zum Schloß Schönbrunn, mit dem Donauschiff durch die Wachau, ins Burgenland zum Neusiedler See, in die Alpen, nach Bratislava, Ungarn, Budapest, etc.

Ideal auch für Ihre besondere WIEN-REISE mit Freunden!

Zentral und ruhig im Badener Villenviertel gelegen, nächst einem der prächtigsten Rosenparks Europas mit über 30.000 Rosen und beim imposanten SANDSTRAND-THERMALBAD (täglich freier Eintritt für unsere Gäste!), sowie gemütlich zu Fuß zum Winzer-Heurigen.

Mit dem TAG- und NACHT-EXPRESS-BUS geht´s bequem direkt ab Hotel nach WIEN-Zentrum/Altstadt/Fußgängerzone/Staatsoper und zur Wiener U-Bahn.

SOVERÄN - Sonderpreis:

Im Doppelzimmer + Balkon, etc, pro Person:

7 NÄCHTE

inkl. Frühstück
bis 11 Uhr

€398,-

Einzelzimmerzuschlag 100,-

**Gleich
Infos
anfordern!**

**Verlangen Sie doch unverbindlich unseren
Hotelprospekt und weitere günstige Angebote!**
Einfach anrufen unter Tel: 0043 / 2252 / 44 436
oder per E-Mail an: hotel@oth.info

